

Die rechtlichen Auswirkungen des gestiegenen Erholungsbedürfnisses im Wald dargestellt an bestimmten Benutzungsformen

Inauguraldissertation zur Erlangung der Doktorwürde
an der FORSTWISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT der
Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg/Breisgau

1980

vorgelegt von
Rechtsanwalt Achim Peer Brucker aus Leonberg

Die rechtlichen Auswirkungen des gestiegenen Erholungsbedürfnisses im Wald vorgestellt an bestimmten Benutzungsformen

Inauguraldissertation zur Erlangung der Doktorwürde
an der FORSTWISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT der
Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg/Breisgau

~~1970~~

1980

vorgelegt von
Rechtsanwalt Achim Peer Brucker aus Leonberg



Dekan: Prof. Dr. rer. nat. R. Grammel

Leiter der Arbeit: Prof. Dr. Ing. E. Nießlein

- Referent: Prof. Dr. Ing. E. Nießlein

Korreferent: Prof. Dr. jur. K. Kroeschell

Tag der mündlichen Prüfung : 20. Mai 1980

In Dankbarkeit
meinen Eltern gewidmet

Vorwort

Am 2. Mai 1975 wurde das Bundeswaldgesetz (BWaldG) erlassen. Mit großem Interesse wurde dieses Gesetzeswerk erwartet, da es endlich eine Aussage zum Betretungsrecht enthielt. Da das BWaldG lediglich die Rahmenvorschrift darstellt und auch darstellen soll, welche die Regelung der Einzelheiten den Ländern überläßt, kam es von nun an darauf an, was von Seiten der Länder zu diesem viel-diskutierten Problembereich gesetzlich verabschiedet wurde. Da die Bundesländer keine bundeseinheitliche Regelung herbeigeführt haben, können sich in den einzelnen Bundesländern die Befugnisse innerhalb des Betretungsrechts verschieden für die Erholungssuchenden gestalten.

In der vorliegenden Arbeit wird vor allem unter dem Blickwinkel der baden-württembergischen Landesgesetze, aber zum Teil auch der bayrischen, die Frage nach dem gestiegenen Erholungsbedürfnis und dessen rechtlichen Folgen untersucht, insbesondere für die Benutzungsformen des Reitens und Skilaufens.

Bis zum Abschluß dieser Arbeit wurde mir zahlreiche Hilfe zuteil, wofür ich mich ganz besonders bedanken möchte.

An erster Stelle möchte ich meine dankbare Verbundenheit meinem Doktorvater und Betreuer dieser Arbeit, Herrn Prof. Dr. Ing. E. Nießlein, aussprechen, der mir aufgrund seiner eminenten wissenschaftlichen und praktischen Erfahrungen und Kenntnisse mit sachlicher Kritik und weiterführenden Anregungen die wichtigsten Impulse bis zur Fertigstellung dieser Ausarbeitung gegeben hat.



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41545304_0001

VIII

Außerdem möchte ich dem Korreferenten dieser Arbeit, Herrn Prof. Dr. jur. K. Kroeschell, meinen Dank ausdrücken für seine sachliche und motivierende Kritik und Diskussionsbereitschaft, die wesentliche Auswirkungen auf meine Arbeit hatten.

Bedanken möchte ich mich auch bei dem Deutschen Skiverband in München, dem Deutschen Sportbund in Frankfurt und der Deutschen Reiterlichen Vereinigung in Warendorf für ihre freundliche und entgegenkommende Unterstützung durch die Bereitstellung des erforderlichen Informationsmaterials, sowie den Damen und Herren Mitarbeitern im Institut für Forstpolitik und Raumordnung der Universität Freiburg, die zum Abschluß dieser Arbeit mit beigetragen haben, aber auch den Damen, die mir ihre Hilfe bei der formalen Gestaltung dieser Arbeit gewährt haben.

Leonberg, den 11. November 1979

Achim Peer Brucker

I n h a l t

Seite

Vorwort

VII

Teil 1

1. Abkürzungen	XII
2. Einleitung	1
3. Entwicklung des Freizeitsports	4
3.1 Allgemeines	4
3.2 Bestand der Reiter	7
3.3 Bestand der Skiläufer	11
4. Inhaltsbestimmung des Eigentums	15
4.1 Das Eigentum aus privatrechtlicher Sicht	16
4.1.1 Fahrnis-Eigentum	18
4.1.2 Immobilier-Eigentum	19
4.1.3 Privatrechtliche Abwehransprüche	20
4.2 Das Eigentum aus verfassungsrechtlicher Sicht	20
4.2.1 Historische Entwicklung	21
4.2.2 Eigentumsschutz durch Art. 14 GG	23
5. Die Beschränkung des Eigentums im Sinne der Sozialbindung und Enteignung	26
5.1 Rechtsweg bei Enteignungsmaßnahmen und Entstehung verschiedener Enteignungstheorien	30
5.2 Die Theorie des Bundesgerichtshofes	32
5.3 Die Theorie des Bundesverwaltungsgerichtes	36
5.4 Andere Theorien	36
5.5 Wertung der Theorien	38

6. Das Eigentum als Eingriffsobjekt	41
6.1 Der Wald als Eingriffsobjekt im Sinne des Art. 14 GG	41
6.1.1 Der Wald als Grundstücksfläche	42
6.1.2 Der Wald als Forstbetrieb	43
6.2 Grundstücksimmanente Belastungen	48
6.2.1 Sozialbindung	49
6.2.2 Sozialpflichtigkeit	52
6.3 Enteignende Grundstücksbelastungen	55
6.4 Zusammenstellung der einzelnen Abgrenzungs- kriterien zwischen Sozialbindung und Enteignung	59

Teil 2

7. Darstellung und Wertung des öffentlichen (Erholungs-) Interesses am Wald	63
7.1 Entstehung des Betretungsrechtes	63
7.2 Ansprüche der Öffentlichkeit an den Wald	65
7.3 Der Begriff der "Öffentlichkeit"	68
7.3.1 Skilauf	71
7.3.2 Reiten	73
8. Faktische Auswirkungen der Benutzung des Waldes durch Freizeitsportler	76
8.1 Schäden, hervorgerufen durch die Wald- benutzer	77
8.2 Duldung von Maßnahmen zur Ermöglichung und Verbesserung des Freizeitsports	81
8.3 Aktive - eigene - Maßnahmen zur Förderung des Freizeitsports und des Erholungswertes	83

9. Rechtliche Beurteilung des Waldbetretungs- rechtes in Bezug auf die Freizeitsportler	84
9.1 Waldbetretungsrecht als Gemeingebrauch?	85
9.1.1 Voraussetzungen des Gemein- gebrauchs	85
9.1.1.1 Gesetzliche Regelungen der Widmung	87
9.1.1.2 Gesetzliche Verankerung des Gemeingebrauchs	88
9.1.2 Die Widmung im LWaldG	89
9.1.3 Unterhaltspflicht und Sonder- nutzung	92
9.1.4 Stellungnahme zum Gemeingebrauch im LWaldG	94
9.2 Der Begriff des "Betretens" nach dem BWaldG	98
9.3 Sozialbindung oder enteignender Eingriff?	109
9.3.1 Allgemeines	109
9.3.2 Kategorisierung des Skilaufs	113
9.3.3 Kategorisierung des Reitens	114
9.4 Rechtliche Beurteilung der Beeinträchti- gungen des Eigentums, die über die Nutzung des Waldes hinausgehen	119
9.4.1 Schäden, hervorgerufen durch die Waldbenutzer	119
9.4.2 Duldung von Maßnahmen zur Ermöglichung und Verbesserung des Freizeitsports	129
9.4.3 Aktive - eigene - Maßnahmen der Waldbesitzer zur Förderung des Freizeitsports und des Erholungs- wertes	131

	Seite
9.5 Entschädigungsregelung	132
10. Schlußbetrachtung	135
<u>Anhang</u>	
11. Literaturverzeichnis	139
12. Lebenslauf	166

Teil 1

2. Einleitung

Zu Zeiten ständig wachsender Produktionsanlagen, Intensivierung des Siedlungsbaus und der damit verbundenen Ausweitung der Städte wächst das natürliche Bedürfnis des Menschen nach Erholung in der freien Natur.

Gerade in der letzten Zeit suchen zunehmend mehr Menschen diese Erholung im Wege einer sportlichen Betätigung.

Trimpfade, Ski-Loipen und Reitwege gehören heute bereits genauso zum selbstverständlichen Bild der Natur, wie es früher höchstens die gekennzeichneten Wanderwege taten.

Daß sich dieser ganze Erholungsverkehr auf privatem Grund und Boden abspielt, wird von den meisten Erholungssuchenden nicht wahrgenommen.

Wenn vor langer Zeit noch darüber diskutiert werden konnte, ob es ein Betretungsrecht am Walde für die Allgemeinheit gebe, so kann man heute in kurzer Beantwortung dieser Frage auf bestehende Gesetze verweisen, die jedenfalls dem Spaziergänger ein klares und eindeutiges Betretungsrecht gewähren. Denn gerade der steigende Erholungsverkehr in den Wäldern machte es dringend erforderlich, eine gesetzliche Regelung zu finden, welche die gegenseitigen Rechte abklärt. Der Bundesgesetzgeber kam diesem Erfordernis nach und verabschiedete das Bundeswaldgesetz, das am 8.5.1975¹⁾ in Kraft trat. Dieses Gesetz stellt zwar nur sogenannte Rahmenrichtlinien auf, verpflichtet jedoch gleichzeitig die Landesgesetzgeber, entsprechende detaillierte Regelungen zu verabschieden, die das Recht zum Betreten des Waldes im einzelnen regeln, wie auch die damit verbundenen Folgen. Diesem Gebot sind derzeit noch nicht alle Länder nachgekommen.

Gerade weil aber der Interessenkonflikt zwischen den Waldeignern und den Erholungssuchenden von aktueller

1) Bundesgesetzblatt I S. 1037

Brisanz ist, muß auch im Interesse der Eigentümer klar-
gestellt werden, welches Maß an Beeinträchtigungen sie
entschädigungslos hinzunehmen haben. Denn der gestiegene
Erholungsverkehr in den Wäldern hat nicht nur zur Folge,
daß konkrete Maßnahmen hierfür getroffen werden müssen
(Wanderwege, Ski-Loipen, Reitwege, Aussichtsplätze, Bänke,
Rastplätze etc.), sondern auch, daß konkrete, nicht uner-
hebliche Schäden durch den Erholungsverkehr zu verzeichnen
sind.

Will man den beteiligten Interessengruppen in gleicher
Weise gerecht werden, so muß man neben der Öffnung der
Wälder für den Freizeitverkehr auch die Tatsache beachten,
daß die privaten Eigentümer ihren Grund und Boden der
Allgemeinheit zur Verfügung stellen müssen, was in Extrem-
fällen bis zur Aufgabe des Eigentums führen kann.

Nach Artikel 14 des Grundgesetzes soll das Eigentum zu-
gleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Insofern
findet eine Entschädigung nicht statt. Wo aber genau die
Grenze zu ziehen ist zwischen der Belastung, die ent-
schädigungslos hingenommen werden muß und derjenigen,
für die eine Entschädigungspflicht besteht, kann nicht
pauschal gesagt werden. Denn die Frage der Abgrenzung
der Sozialbindung von der entschädigungspflichtigen
Enteignung beschäftigt seit langem die juristische
Literatur und Rechtsprechung. Dennoch gibt es bis heute
keinen Katalog, nach dem man in rasterförmiger Art Sach-
verhalte einordnen könnte, um die Frage beantwortet zu
bekommen, ob der betreffende Fall der Sozialbindung oder
der Enteignung angehört.

Gegenstand dieser Arbeit soll die Untersuchung sein,
inwieweit die privaten Waldeigentümer die Belastungen
entschädigungslos hinzunehmen haben, die sich aus der
Inanspruchnahme ihrer Grundstücke durch Freizeitsportler
ergeben. Aus aktuellen Gründen und wegen der besseren

Überschaubarkeit wurden für diese Abhandlung zwei beliebte Sportarten ausgewählt: Reiten und Skilaufen.

Gerade an diesen immer häufiger praktizierten Sportrichtungen zeigt sich die zentrale Problematik der Interessenkollision zwischen Absolutheit des Grundeigentums und Erholungsbedürfnis als konkretisierte Form des "öffentlichen Interesses".

Das Ausmaß und die Wichtigkeit dieser Fragestellung können nur dann erfaßt werden, wenn man sich darüber im klaren ist, wie groß die Zahl derer ist, die ein - verständliches - Bedürfnis nach Erholung in der freien Natur haben. Der Freizeitsport hat sich in der Bundesrepublik gerade in den letzten Jahren sprunghaft entwickelt.¹⁾ Aus diesem Grunde sind die gegensätzlichen Rechtspositionen zwischen Freizeitnutzung und Grundstückseigentum erst richtig deutlich geworden.

Einerseits haben die Waldbesitzer das wirtschaftliche Eigeninteresse an einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung, andererseits wird der Wunsch der Allgemeinheit, den Wald zu Erholungszwecken nutzen zu dürfen, begleitet von dem ebenso starken öffentlichen Interesse an der Walderhaltung. Denn seine Erholungsfunktion soll der Wald nicht nur für heute, sondern auch für die zukünftige Zeit für diese und die nachfolgenden Generationen bewahren. Die Pflicht zur Walderhaltung trifft somit nicht nur und allein die Waldbesitzer, sondern ebenso diejenigen, welche im Zusammenhang mit der Freizeitnutzung Vorteile aus dem Wald genießen.

1) vgl. unten 3.2 und 3.3

3. Entwicklung des Freizeitsports

3.1 Allgemeines

Die Geschichte unseres Staates und die soziale Struktur haben bislang noch niemals die Möglichkeit geschaffen, in dem Ausmaß und in der Form Freizeitsport zu betreiben wie heute. Sich daran beteiligen heißt: "spielerisch-sportliche, nicht von den Attributen 'Leistung' und 'Jugendlichkeit' abhängige Tätigkeit in der Freizeit (einschließlich Urlaub) ausüben", oder treffender: "Spielsport im Freizeit- und Urlaubsbereich teilnehmen und teilhaben". ¹⁾

Das gestiegene Erholungsbedürfnis in unserer Zeit und damit die Verbreitung des Freizeitsportes sind zurückzuführen auf die Leistungsorientiertheit unseres beruflichen Alltages und die Hektik im privaten wie beruflichen Lebensbereich. Auf diese Weise werden bestimmte gesellschaftliche Probleme in Form von psychischen und physischen Gesundheitsschäden in die Freizeit verlagert, wo dann in möglichst intensiver Form die Gesundheit wiederhergestellt werden soll. Denn "die Gesundheit gilt im Bewußtsein der bundesdeutschen Bevölkerung als das höchste Gut". Das Motiv "gesund ... fit zu bleiben" ist auch eine Hauptbegründung für die Notwendigkeit der Sportausübung. Der Gesundheitsbegriff wird im folgenden nicht im engen - heute überholten - Rahmen physischen Intaktseins gebraucht, sondern Gesundheit wird abhängig gesehen von psychischen, sozialen und somatischen Faktoren.

1) Dr. Horst W. Opaschowski, Leitlinien für eine Standortbestimmung der Freizeitpädagogik und des Freizeitsportes, Schriftenreihe des Deutschen Skiverbandes, Fachausschuß Freizeitsport, Heft 1 zum 1. Seminar Freizeit-Skisport vom September 1973 in Bormio/Italien; München 1973

Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß die soziale Umwelt einen Menschen krank machen kann. Solche Ursachen reichen von zu engen Wohnungen und motorischer Behinderung der Kinder über einseitige Arbeitsbeanspruchung bis zu fehlenden Freizeitparks sowie bestimmten Formen psycho-sozialer Überlastungen. Gesundheit ist somit auch abhängig von gesellschaftlichen Bedingungen. Im konkreten Fall läßt sich eine direkte Verbindung feststellen von der Organisation gesellschaftlicher Arbeit über eine spezifische Arbeitsplatzstruktur (z. B. monotone, in Abhängigkeit ausgeführte Fabrik- oder Büroarbeit), den damit einhergehenden psycho-somatischen Belastungen sowie deren Verlagerung in Familie und Kindererziehung, bis hin zur kontinuierlichen Fortsetzung des Streß in Freizeit und Urlaub und schließlich bis zu entsprechenden einengenden Wohnverhältnissen, mangelnden Bewegungsmöglichkeiten und psychischen Entfremdungserscheinungen.

Sport soll nun - wenn dies auch nicht explizit betont wird - Probleme lösen (Gesundheit erhalten, Rehabilitation in die Wege leiten, der Krankheit vorbeugen, die Fitness und Arbeitskraft steigern), die zum großen Teil ihre Ursache in der gesellschaftlichen Verfassung, z. B. den Produktionsverhältnissen haben. Sporttreiben wird somit zu einer Problemlösung für gesellschaftlich vermittelte Schäden und Krankheiten. ¹⁾

1) Klaus Renner: "Freizeit und Skisport aus gesellschaftlicher Sicht", Schriftenreihe des Deutschen Skiverbands, Fachausschuß Freizeit-Sport, Heft 1, 1. Seminar Freizeit - Skisport September 1973, Bormio/Italien; München 1973

Neben dieser bewußten Zielverfolgung wird der Sport aber auch einfach deshalb betrieben, weil er Spaß und Freude bringt. "In der Tat empfindet der Sportsmann beim Laufen, Springen, Schwimmen, Turnen und Spielen 'Spaß' und nichts anderes, vor allem nichts aus dem Hintergrund der rationalisierten Begebenheiten von Bedürfnissen, Trieben, Sozialisation und Infarktvorsorge. Es macht ihm wirklich nur ziemlich amorph Spaß". ¹⁾

Ob der Sport nun aus Gründen des Gesundheitsbewußtseins oder zur Förderung des eigenen Spaßes ausgeübt wird, er wird meistens in der freien Natur betrieben. Dies gilt insbesondere für die hier zu untersuchenden Sportarten, das Reiten und den Skilauf. Öffentliche Flächen für die Ausübung dieser Sportarten bestehen nicht in ausreichendem Maße, was zur Folge hat, daß private Grundstücke von der Allgemeinheit aufgesucht werden zur Ausübung dieses Freizeitsportes. Mit Sicherheit würde sich kein Waldbesitzer daran stören, wenn an jedem Wochenende je ein Reiter oder ein Skiläufer sein Grundstück "bevölkern" würde. Die Wirklichkeit zeigt jedoch, daß sich Tausende in ihrer Freizeit an den Schönheiten der Natur erfreuen, ohne dabei zu bedenken, daß sie fremden Grund und Boden betreten. Als wohltuender Kontrapunkt zur Betriebsamkeit und zum Lärm der Ballungszentren ist der Wald ein besonders beliebtes Ausflugsziel. Er spendet seinen Besuchern all das, was die Siedlungsräume in zunehmendem Maße ihren Bewohnern vorenthalten: Ruhe, klare Luft,

1) Prof. Dr. Manfred Steinbach, "Sport macht Spaß" in Sport - Leistung - Gesellschaft, eine zeitkritische Dokumentation des Deutschen Sportbundes, herausgegeben vom Deutschen Sportbund in Verbindung mit dem Nationalen Olympischen Komitee für Deutschland und der Stiftung Deutsche Sporthilfe, Verlag Prosport München 1975

unverfälschte Natur und Weiträumigkeit. Daß zur Erhaltung dieser absoluten Vorzüge eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung erforderlich ist, wird dabei oft vergessen. Um diese jedoch zu gewährleisten, muß man die Grenze der Belastbarkeit der Waldeigentümer durch die Massen der Allgemeinheit feststellen. Inwieweit einzelne Gruppen oder Gruppierungen diese "Allgemeinheit" repräsentieren, kann nur festgestellt werden, wenn man sich im klaren darüber ist, wie groß diese Gruppen oder Gruppierungen sind, mit anderen Worten, man muß den Bestand der Freizeit-Reiter und -Skiläufer zahlenmäßig erfassen.

3.2 Bestand der Reiter

Eine exakte Erhebung über die Zahl der Reiter in der Bundesrepublik gibt es nicht. Grund dafür ist insbesondere die Tatsache, daß es viele Freizeit-Reiter gibt, die keinem Verein angeschlossen sind. Daher kann die Größe dieser Personengruppe allenfalls geschätzt werden. Nach Auskunft der Deutschen Reiterlichen Vereinigung eV. liegt die Zahl der Freizeit-Reiter, die keinem Verein angeschlossen sind, bei ca. 100 000. Insgesamt schätzt man, daß etwa eine halbe Million Leute reiten, sei es auch nur ein- oder zweimal jährlich im Urlaub. ¹⁾

Exakter zu bemessen ist die Zahl der organisierten Reiter, von denen ca. 42 % Freizeit-Reiter sind. ¹⁾

1) Mitteilung der Deutschen Reiterlichen Vereinigung eV.
vom 1.8.1977 direkt an den Verfasser nach Anfrage

Die Reitvereine zählen insgesamt einen Mitgliederbestand von ca. 445 000 Reitern.¹⁾ Diese sind in über 2 400 Vereinen in der DEUTSCHEN REITERLICHEN VEREINIGUNG E.V. (FN) in Warendorf zusammengefaßt.¹⁾

Reitervereine gibt es erst seit ca. 1900. Im Jahre 1924 schlossen sich die Provinzialverbände ländlicher Reit- und Fahrvereine zusammen zur "Vereinigung der ländlichen Reit- und Fahrvereine Deutschlands".²⁾

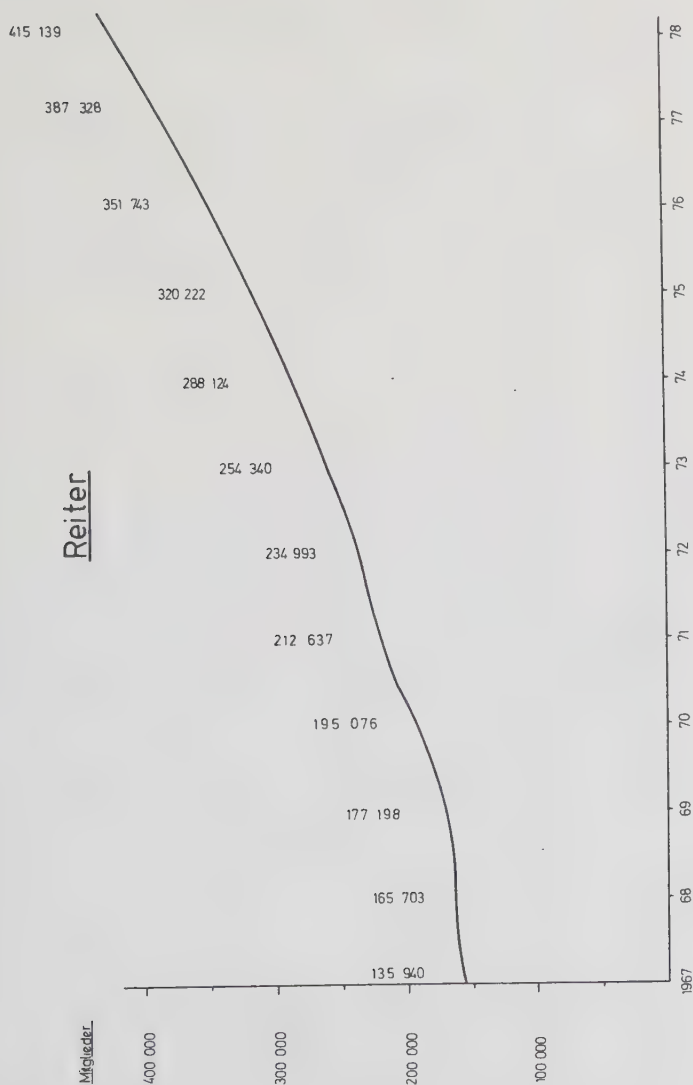
Reiten als Freizeitsport wird schon immer betrieben; finanziell für jedermann erschwinglich ist der Reitsport seit ca. 1970 mit dem Wiederanstieg des Pferdebestandes.²⁾ Auf diese Weise wird erklärlich, daß die Freizeit-Reiterei gerade in jüngster Zeit sich immer größerer Beliebtheit erfreut und der Wunsch nach einem eigenen Pferd sich zunehmend verbreitet. Allein im Laufe des Jahres 1975 hatte die Deutsche Reiterliche Vereinigung einen Mitgliederzuwachs "von 31 653 Mitgliedern zu verzeichnen, das entspricht einer Zuwachsrate von etwas weniger als 10 %".³⁾

Die Entwicklung des Mitgliederbestandes in den letzten zehn Jahren wird deutlich aus folgender Übersichtsdarstellung³⁾:

1) B. von dem Knesebeck, a.a.O., E.10.

2) Mitteilung der Deutschen Reiterlichen Vereinigung eV. vom 1.8.1977 direkt an den Verfasser nach Anfrage

3) Jahresbericht der Deutschen Reiterlichen Vereinigung eV. und des deutschen Olympiade-Komitees für Reiterei eV., Warendorf/ Angelika Eggerling, a.a.O., S. 8



Übersicht 2

Verteilung der Reiter auf die Landesverbände (Quelle: Jahresbericht 1976, wie S. 8)

Stichtag	1.1.1972	1.1.1973	1.1.1974	1.1.1975	1.1.1976	1.1.1977	1.1.1978
Baden-Württemberg	34.396	37.541	40.082	43.362	47.198	50.620	53.830
Bayern	26.118	29.105	33.605	37.915	42.053	45.642	50.580
Berlin	3.245	3.198	3.853	3.597	4.125	4.537	4.800
Hamburg	4.321	4.742	5.016	5.275	5.078	5.518	5.831
Hessen	22.198	24.181	26.597	28.725	31.846	35.730	36.260
Niedersachsen einschl. Bremen	43.244	48.928	54.040	62.232	69.030	75.566	82.553
Nordrhein-Westfalen	71.897	79.443	88.489	96.672	104.173	116.993	125.133
Rheinland-Pfalz	13.389	14.755	16.045	17.986	19.451	20.740	21.799
Saarland	6.100	6.332	6.844	7.579	7.946	8.711	9.252
Schleswig-Holstein	10.085	11.115	13.553	16.879	20.843	23.271	25.101
	243.993	259.340	288.124	320.222	351.743	387.328	415.139

Die ascendente Entwicklung der Freizeit-Reiterei rechtfertigt die Sorge der Verantwortlichen, die einerseits dafür zu sorgen haben, daß diese Sportart in dem gewünschten Maße ausgeübt werden kann, die aber auch andererseits berücksichtigen müssen, daß die Schäden, welche durch die Reiter angerichtet werden, so gering als möglich gehalten werden. Um dieses Ziel zu erreichen, kann es nur eine vernünftige Kooperation zwischen den durch die Verbände vertretenen Reitern und den zuständigen Landesgesetzgebern geben.

3.3 Bestand der Skiläufer

Anders als beim Reiten ist es im Bereich des alpinen und nordischen Skisports möglich, ohne erheblichen Kostenaufwand Freizeitsport zu betreiben. Denn es gehört nach wie vor zu den Ausnahmen, wenn ein Reiter ohne Vorschulung sich mit seinem Pferd ins Gelände begibt. Dagegen sind die Fälle nicht selten, in denen ein absoluter Skianfänger ohne jegliche fachkundige Anleitung damit beginnt, seinen Freizeitsport in der freien Natur auszuüben.

Es ist unbestritten, daß es für beide Sportarten zweckmäßig und ratsam ist, die fachkundige Anleitung vor der Ausübung des Sportes zu genießen.

Dennoch ist gerade im Bereich des Skilaufs die Zahl der "Privatfahrer" besonders groß. Auf diese Weise und unter Berücksichtigung des - im Vergleich zum Reiten - doch erheblich geringeren Kostenaufwandes ist die Schar der Freizeit-Skiläufer unvergleichbar größer als die der Reiter. Auch unter den Skisportlern muß unterschieden werden, wer einem Verein angehört und wer nicht organisiert ist. Die Zahl der nichtorganisierten Skiläufer kann wiederum nur geschätzt werden. Die Zahl der Skiläufer insgesamt

- Vereine eingeschlossen - wird für die Bundesrepublik derzeit mit 5 - 7 Millionen angegeben.

Die Entwicklung des Skilaufs läßt sich jedoch nur anhand konkreter Zahlen bestimmen. Repräsentativ erscheint hierfür die Angabe des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) über die Zahl seiner Mitglieder von 1905 bis 1978. Interessant für diese Betrachtung ist auch die Angabe des DSV über die Mitglieder des seit 1965 bestehenden "Vereins der Freunde des Skilaufs" (FdS), der allein in den Jahren von 1965 bis 1975 die Zahl seiner Mitglieder ungefähr verfünffacht hat. Die genauen Zahlen werden in den folgenden Überblicken 3 und 4 dargestellt.

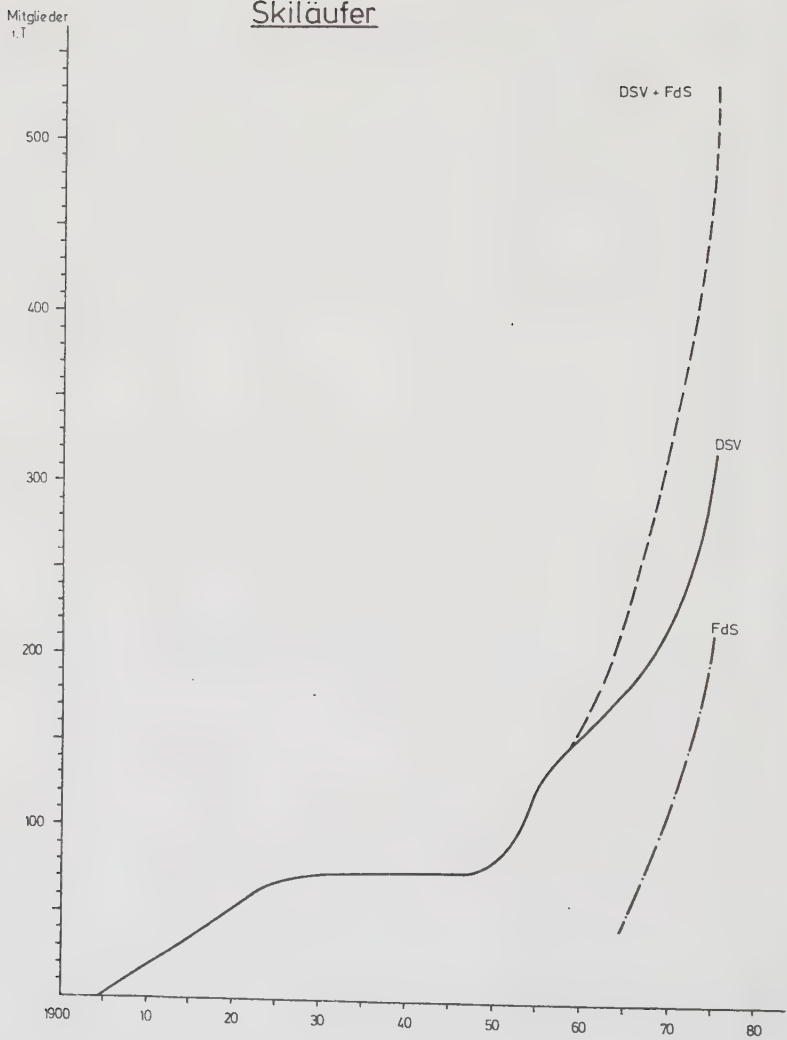
Übersicht 3

Mitgliederzahlen (Quelle: "70 Jahre Deutscher Ski-Verband
1905 - 1975", herausgegeben vom DSV)

1905:	2.289	
1914:	32.843	
1925:	68.332	
1950:	ca. 76.000	
1955:	125.964	
1960:	154.450	
1965:	178.710	und FdS 40.731 = 219.441
1970:	218.493	und FdS 116.376 = 334.869
1975:	319.211	und FdS 212.368 = 531.579
1978:	404.500	und FdS 270.000 = 674.500

Anm.: FdS = "Freunde des Skilaufs e.V." (außerordentliche
Mitglied des Deutschen Ski-Verbandes).

Skiläufer



Die sportliche Freizeitbetätigung der Reiter und Skiläufer hat ein Ausmaß angenommen, wie es kaum zu vermuten war. Für jeden einzelnen dieser Freizeitsportler ist es eine zur Selbstverständlichkeit gewordene Gewohnheit, sich in der freien Natur zu bewegen, als sei sie der eigene Garten. Daß durch diese Haltung die Eigentümer der Grundflächen, auf denen sich die Natur besonders attraktiv entwickelt hat, in ihrem verfassungsrechtlich garantierten, absoluten Eigentumsrecht oftmals über alle Maßen beeinträchtigt fühlen, erscheint - zumindest in den Ballungsräumen - verständlich. Es ist daher unumgänglich, daß gleichzeitig mit der Ausweitung des Freizeitsports die Rechtsposition der betroffenen Grundeigentümer gesichert wird. Für diese stellt sich ständig erneut die Frage, wie weit sie im Rahmen der Sozialbindung des Grundeigentums zur entschädigungslosen Duldung verpflichtet sind, oder ob sie eine Entschädigung beanspruchen können.

4. Inhaltsbestimmung des Eigentums

Für das Eigentum gibt es keine verbale Definition im Gesetz. Das bedeutet jedoch nicht, daß man den Begriff des Eigentums jeweils nach dieser oder nach der anderen Seite auslegen könnte, denn die bestehenden Gesetze beschreiben auch ohne Legaldefinition in ausreichendem Maße die Rechte, welche sich aus dem Eigentum ableiten lassen. Inhaber dieser Rechte ist in aller Regel der Eigentümer selbst. Dabei kommt es jedoch wesentlich darauf an, welche Rechte der Eigentümer in bezug auf ein Eigentum verfolgen möchte. Hierbei ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen den Ansprüchen, die ein Eigentümer gegen gleichwertige Rechtssubjekte, wie z. B. seine Mitbürger, geltend macht und denjenigen, welche er gegen staatliche Hoheitsträger in bezug auf das Eigentum verfolgt.

"Das Privatrecht beruht auf dem Prinzip der Gleichordnung und regelt das Recht der einzelnen Rechtspersönlichkeiten für sich und im Verhältnis zu anderen. ... Im Gegensatz dazu beruht das öffentliche Recht auf dem Prinzip der Unterordnung der einzelnen unter die Träger der öffentlichen Gewalt (Staat, Gemeinde usw.), oder es regelt das Verhältnis der Träger der öffentlichen Gewalt zueinander. Soweit der Staat und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften am Rechtsleben gleichgeordnet teilnehmen, also z. B. Verträge abschließen, begeben sie sich auf den Boden des Privatrechts und stehen dort gleichgeordnet mit anderen Rechtspersönlichkeiten. ... bestes Kriterium für die Unterscheidung ist, ob ein Träger von Hoheitsaufgaben als solcher an dem Rechtsverhältnis unmittelbar beteiligt ist oder nicht." ¹⁾

Da sich die Eigentumsrechte somit verschieden gestalten, je nachdem gegen welche Rechtspersönlichkeit und gegen welchen An- oder Eingriff sie sich richten, müssen sie - je nach Art - separat dargestellt werden:

4.1 Das Eigentum aus privatrechtlicher Sicht

Die zentrale Vorschrift des Zivilrechts über die Befugnisse des Eigentümers ist im Bürgerlichen Gesetzbuch zu finden. Dort regelt § 903 die Rechte, die sich aus dem Eigentum ergeben und damit - im weitesten Sinne verstanden - was man unter Eigentum zu verstehen hat.

1) Palandt, Kommentar zum BGB, Einleitung vor § 1

§ 903 BGB

"Der Eigentümer einer Sache kann mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen".

Nach dieser Vorschrift hat das Eigentum einen positiven ("nach Belieben verfahren") und einen negativen Kern ("andere von jeder Einwirkung ausschließen"). ¹⁾

In diesem Sinne wurde daher das Eigentum auch schon als "das umfassendste Herrschaftsrecht, das die Rechtsordnung an einer Sache zuläßt" bezeichnet. ²⁾ Auf der anderen Seite wurde auch schon die Meinung vertreten, daß man aus der Formulierung des § 903 den Eindruck gewinnen könnte, daß das BGB "mit keinem Tropfen sozialen Öls gesalbt sei". ³⁾ Eine absolute und unbeschränkte Ausübung der Eigentümerposition gibt es jedoch nicht. Diesem wichtigen Gesichtspunkt hat der Gesetzgeber Rechnung getragen in § 904 ff BGB. Danach hat der Eigentümer eines Grundstückes auch gewisse Beeinträchtigungen zu erdulden und ist nicht befugt, sein Grundstück in unbeschränktem Maße zu nutzen.

Bei der Formulierung des § 904 fällt auf, daß innerhalb der Eigentumsobjekte (Sachen) eine Differenzierung getroffen wird. In der Tat ist im Rechtsverkehr zu unterscheiden, um welches Eigentumsobjekt es sich handelt: um bewegliches (Fahrnis-) oder unbewegliches (Immobilien-) Eigentum.

1) Baur, § 24 I, nr. 1.

2) Wolf/Raiser, § 51 II

3) Baur, § 24, Abs. I, nr. 3

4.1.1 Fahrnis-Eigentum

Das Eigentum an beweglichen Sachen nennt man Fahrnis-Eigentum. Für den Umgang mit beweglichen Sachen im Rechtsverkehr gibt es nicht dieselben strengen Formvorschriften wie im Grundstücksverkehr (Immobiliar-Eigentum). Der Grund dafür ist darin zu sehen, daß es für die Sicherheit im Rechtsverkehr ausreichend ist, wenn man bei entsprechender Einigkeit der beteiligten Parteien das gewünschte Rechtsgeschäft sofort vollzieht. In Konsequenz dieser Rechtsüberlegung trifft das Gesetz die Regelung, daß der Besitzer einer beweglichen Sache auch als deren Eigentümer gilt (§ 1006 BGB). Auf den ersten Blick mag diese Regelung etwas pauschal gelten. Bei eingehender Überlegung muß man jedoch die erfreuliche Unkompliziertheit des Gesetzes an dieser Stelle begrüßen. Denn wie unpraktikabel wäre der Rechtsverkehr, wenn für jede Übertragung einer beweglichen Sache ein umfangreiches schriftliches Verfahren vonnöten wäre. Konkret ausgesprochen heißt dies, daß jeder ohne große Formalitäten sich z. B. ein Buch oder auch die Dinge des täglichen Bedarfs kaufen kann.

Da bewegliche Sachen in unbestimmter Zahl vorhanden sind und ständig produziert oder auch vernichtet werden, wechseln sie relativ kurzfristig ihren Eigentümer oder den Besitzer. Der Übergang des Besitzes erfolgt zumeist formlos und zügig, das Eigentum wird erworben durch Einigung und Übergabe (§§ 929 ff BGB). Das Fehlen besonderer Formvorschriften beim Eigentumsübergang von beweglichen Sachen ist damit zu erklären, daß es für die Klarheit im Rechtsverkehr genügt, wenn man diese einfache Form praktiziert.

4.1.2 Immobilien-Eigentum

Im Gegensatz zur Unkompliziertheit des Fahrnis-Eigentums-erwerbs knüpft das Gesetz an den Erwerb von Grundeigentum oder ähnlichen Rechten besondere Formvorschriften. Das Grundstücksrecht unterscheidet nämlich zwischen materiellen (sachlichen) und formellen (förmlichen) Vorschriften. Das materielle Grundstücksrecht ist im wesentlichen im BGB geregelt und behandelt Fragen des Eigentums, des Eigentumsübergangs, der Belastung usw., während das formelle Grundstücksrecht, das im wesentlichen in der Grundbuch-Ordnung geregelt ist, reine Verfahrensvorschriften beinhaltet. Beide Gebiete des Grundstücksrechts sind von gleich großer Bedeutung für die Praxis. Das Grundstücksrecht ist ein besonders formstrenges Recht.

Anders als bei den beweglichen Sachen ist es zum Eigentumsübergang an einem Grundstück erforderlich, daß sich die Vertragsparteien vor einem Notar erklären (§ 925 BGB), und daß die Rechtsänderung im Grundbuch eingetragen wird (§ 873 BGB).

Das Grundbuch genießt öffentlichen Glauben und hat ganz besondere Bedeutung für die Sicherung des Grundstücksverkehrs und für die Erleichterung der Bodenbeleihung. Zu diesem Zweck werden alle Grundstücke in einem Grundbuch erfaßt, das vom Grundbuchamt - einer Abteilung des Amtsgerichts - geführt wird. Da die einzelnen Rechte, die mit den betreffenden Grundstücken zusammenhängen, in diesen Grundbüchern eingetragen werden, besteht jederzeit Eindeutigkeit über die Rechtsposition. Dieses ist von der Sache her sehr begrüßenswert, da es sich bei Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten regelmäßig um hohe Sachwerte handelt. Zur Sicherheit im Rechtsverkehr ist es daher sachlich gerechtfertigt, wenn die Grundstücke anders behandelt werden als die beweglichen Sachen.

4.1.3 Privatrechtliche Abwehransprüche

Wie oben bereits dargestellt, behandelt das Privatrecht die Rechtsbeziehungen der einzelnen Rechtssubjekte untereinander. Bei der Wahrnehmung der einzelnen Rechte der Parteien kann man daher gewissermaßen von "horizontalen" Rechtsbeziehungen sprechen.

Dies steht im Gegensatz zum "Über- und Unterordnungsverhältnis" zwischen Staat und Bürger. Will sich also der einzelne Bürger wegen der Berührung seiner Rechte aus dem Eigentum gegen einen staatlichen Eingriff wenden, so kann er sich nicht auf das Zivilrecht stützen. Für einen solchen Anspruch steht ihm das Öffentliche Recht zur Verfügung, insbesondere garantiert ihm die Verfassung die einzelnen Grundrechte, deren Wesensgehalt nicht ange- tastet werden darf (Artikel 19 Abs. 2 Grundgesetz). Als staatliche Beeinträchtigungen kommen vor allem solche in Betracht, die durch ein Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes stattfinden. Die Rechte aus dem Eigentum erlangen daher auch aus verfassungsrechtlicher Sicht eminente Bedeutung.

4.2 Eigentum aus verfassungsrechtlicher Sicht

Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland hat mit der Garantie des Grundrechts auf Eigentum eine elementare Entscheidung in dem Artikel 14 des Bonner Grundgesetzes getroffen:

Artikel 14 Grundgesetz

- I Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

- II Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
- III Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Dieses bestehende Rechtsinstitut hat seine Wurzeln am Anfang einer langen rechtsgeschichtlichen Entwicklung, in deren Verlauf es im Inhalt wesentlich bestimmt wurde.¹⁾ Im Interesse der Übersichtlichkeit dieser Abhandlung soll der historische Abriss nur überblicksmäßig dargestellt werden.

4.2.1 Historische Entwicklung

Bereits nach dem Preußischen Allgemeinen Landrecht von 1794 (ALR) war die Möglichkeit vorgesehen, besondere Rechte des Einzelnen im öffentlichen Interesse einzuschränken oder gar zu entziehen.

Gesetzliche Grundlage dafür waren die §§ 74 und 75 ALR:

§ 74: Einzelne Rechte und Vorteile der Mitglieder des Staates müssen den Rechten und Pflichten zur Beförderung des gemeinschaftlichen Wohls, wenn zwischen beiden ein wirklicher Widerspruch (Kollision) eintritt, nachstehen.

1) Forsthoff, § 17 und § 18; Wolff-Bachof, § 60; Kimmenich JUS 1969, 350-1; Bender, RdNr. 2 - 15; 373 - 388; Krest, Juristische Arbeitsblätter 1975 ÜR S. 133

§ 75: Dagegen ist der Staat demjenigen, welcher seine besonderen Rechte und Vorteile dem Wohle des gemeinen Wesens auszuopfern genötigt wird, zu entschädigen gehalten.

Wie bereits dem Wortlaut des § 75 zu entnehmen ist, wurde damals diese bestehende Regelung als Aufopferung bezeichnet. In dieser Zeit wurde auch der Begriff "dulde und liquidiere" in das Bewußtsein der Bürger gerückt, da es für die Abwehr dieser staatlichen Eingriffe zu jener Zeit keinen Rechtsschutz gab.

Die Entwicklung der Technik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte als deutlichstes Ergebnis das Erfordernis und Bedürfnis zum Ausbau von Eisenbahnen und Straßen zur Folge. Dies war jedoch nicht möglich, ohne die Beschaffung des dafür erforderlichen Landes. Also sah sich der Staat der Verpflichtung gegenüber, sich zum Ausbau des Verkehrsnetzes das erforderliche Land von den Bürgern zu beschaffen. Aus dem bis dahin allgemeingültigen Rechtsinstitut der Aufopferung wurde ein neues entwickelt: die Enteignung.

Neue Gesetze wurden verabschiedet, die einerseits die Möglichkeit einer Enteignung normierten, andererseits aber auch die Enteignungsmöglichkeiten begrenzten und damit den Schutz des Eigentums ausbauten (vgl. das in NRW noch heute geltende Enteignungsgesetz von 1874). In der damaligen Zeit wurden die wichtigsten Fäden geknüpft für die bis heute anhaltende enge Verstrickung von Eigentumsschutz und Enteignung.

Erstmalig erhielt die Rechtsregelung von Eigentum und Enteignung Verfassungsrang in der Weimarer Reichsverfassung (WRV). Die Regelung des Art. 153 der WRV entsprach in den wesentlichen Grundzügen dem heutigen Art. 14 Grundgesetz, jedoch mit dem wichtigen Unterschied, daß es nach

Art. 153 der Weimarer Reichsverfassung vorgesehen war, daß es auch Enteignungen ohne Entschädigung gibt. Demgegenüber ist nach heutiger Rechtslage eine Enteignung nur unter den Voraussetzungen des Art. 14, Abs. 3 zulässig. Danach ist eine Entschädigung zwingend vorgeschrieben.

4.2.2 Eigentumsschutz durch Art. 14 Grundgesetz

Die Eigentumsgewährleistung der Verfassung in Art. 14, Abs. 1, Seite 1 und 2 geht von der überkommenen Form des privatrechtlichen Eigentums aus. Für den sozialen Rechtsstaat der Bundesrepublik ist die Garantie des Eigentums ein elementares Grundrecht. Es wird durch Art. 14 als sogenanntes Institut garantiert.¹⁾ Eine wirtschafts- oder sozialpolitische Veränderung, welche das Privateigentum der Form oder Sache nach aufheben würde, ist daher verfassungsrechtlich ausgeschlossen. Das bedeutet aber nicht, daß hierin eine Entscheidung seitens der Verfassung für eine bestimmte Wirtschaftsordnung getroffen wäre.

Neben der Institutsgarantie beinhaltet Art. 14 GG auch die sogenannte Individualgarantie, das heißt, das individuelle Eigentum einer jeden Person an jedem ihr gehörenden Gegenstand ist gewährleistet.

Während die Institutsgarantie absolut - d. h. unverletzlich - ist, gilt dies nicht für die Individualgarantie. Denn nach Art. 14, Abs. 3 GG ist eine Enteignung generell zulässig. Ein Eigentümer kann daher nicht stets verhindern, daß ihm sein Eigentum entzogen wird. Er muß aber dann entschädigt werden. Auf diese

1) vgl. BVerfGE 24, 369, 389

Weise bleibt ihm der Wert seines Eigentums erhalten. Daher hat die Individualgarantie ebenfalls eine absolute Seite, nämlich die "Wertgarantie". Das bedeutet, daß das Eigentum zumindest in seinem Wert stets erhalten bleiben muß, auch wenn das öffentliche Wohl seine Inanspruchnahme erforderlich macht. Eine solche Einschränkung des Eigentums kann auf zweierlei Art erfolgen:

Gemäß Art. 14, Abs. 1, S. 2 kann der Gesetzgeber Inhalt und Schranken des Eigentums bestimmen. Bei dieser Modalität findet die Beeinträchtigung des Eigentums erst durch spezielle Gesetze statt.

Eine verfassungsunmittelbare Schranke ergibt sich direkt aus Art. 14, Abs. 2: "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen."

Diese Vorschrift erlangt im allgemeinen erst ihre wesentliche Bedeutung durch die legislative Bestimmung von Inhalt und Schranken des Eigentums nach Art. 14, Abs. 1, S. 2 (vgl. oben).

Neben Instituts- und Individualgarantie beinhaltet Art. 14 weitere Gewährleistungen:

E i n g r i f f e in das Eigentum dürfen nach Art. 14, Abs. 1 GG nur durch Gesetz oder auf Grund Gesetzes erfolgen.

Art. 14, Abs. 1, S. 2 GG gewährleistet also für den Bereich der Eigentumsbeeinträchtigungen das Prinzip vom Vorbehalt des Gesetzes.¹⁾ Der Gesetzgeber darf die Bestimmung des Eigentumsinhalts nicht dem Ermessen der Verwaltungsbehörden überlassen.²⁾

1) BVerfG 26 215; 37, 132

2) BVerwG 18, 250

Im Rahmen des Art. 14, Abs. 1 GG ist bei den Regelungen und Einschränkungen des Eigentums die Einhaltung grundlegender rechtsstaatlicher Grundsätze gesichert: die öffentliche Gewalt - insbesondere der Gesetzgeber -, die eine Regelung zur Einschränkung des Eigentums trifft, muß sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit halten. Die grundsätzliche Wertentscheidung zugunsten des Privateigentums muß respektiert bleiben. Bei den Eigentumsbeschränkungen ist von einer sachgerechten Güter- und Interessenabwägung auszugehen, außerdem darf der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht verletzt werden. Bei allen Entscheidungen ist vom Gleichheitssatz auszugehen. ¹⁾

Sofern enteignet wird, ist dies nur möglich unter den Voraussetzungen des Art. 14, Abs. 3 GG (mehr dazu s. u.).

Durch die summarische Kraft der Gewährleistungen des Art. 14 wird dieser zum Maßstab für die Rechtmäßigkeit, beziehungsweise Rechtswidrigkeit staatlicher Akte, die das Eigentum beeinträchtigen. Gerade dies ist aber Sinn und Zweck der Grundrechte in der bestehenden Verfassung. Denn die Grundrechte sollen den Einzelnen vor den Eingriffen des Staates schützen. Sie sind insofern Rechte einseitigen Charakters, da sie sich nur vom Bürger gegen den Staat richten können, nicht aber umgekehrt. Darüberhinaus finden die Grundrechte keine Anwendung zwischen den Bürgern untereinander. Zwischen ihnen werden die Rechtsbeziehungen im Rahmen des Privatrechts geregelt. ²⁾ Da die bestehenden Gesetze sich in "verfassungskonformem Zustand" befinden müssen, hat die Verfassung

1) BGHZ 64, 39, 40 m. mehreren Nachw.; BVerfG 31 275, 289 ff; 34, 136, 146; 37, 132

2) vgl. oben 4./4.1, S. 15 ff

ihre Einbruchstellen im Privatrecht. Diese sind zu finden in den "Generalklauseln des Privatrechts", wie zum Beispiel §§ 138, 242, 826 des BGB. ¹⁾

Dadurch ist im Bereich der Eigentumsthematik gewährleistet, daß auch im Privatrecht die Grundsätze der Verfassung Beachtung finden, wenngleich sich dies nicht unmittelbar aus den Grundrechten der Verfassung ergibt. Ihre Verletzung kann nur der Bürger gegen den Staat geltend machen. ²⁾

5. Beschränkung des Eigentums im Sinne der Sozialbindung und Enteignung

"Das Eigentum ist seinem Wesen und seiner Funktion nach notwendigerweise sozialen Bindungen unterworfen" ³⁾. Es macht dabei einen Unterschied, ob es sich um bewegliches Eigentum ⁴⁾ oder um Eigentum an Grund und Boden ⁵⁾ handelt. Denn die Behandlung verschiedener Eigentumsobjekte kann unterschiedlich sein. Stehen auch Fahrnis- und Immobiliareigentum unter demselben Schutz des Art. 14, so genießen sie jedoch im Rechtsverkehr verschiedene Bedeutung und sind unterschiedlich zu behandeln. Die zu Art. 14 entwickelten Grundsätze werden beim Fahrniseigentum viel weniger "aktuell" und "sichtbar" als beim Eigentum an Grundstücken.

1) vgl. Hesse, S. 147

2) wichtigste Ausnahme: Monopolstellung eines Privaten, der damit staatsähnliche Position einnimmt.

3) Herbert Kröner, Die Eigentumsgarantie in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes, S. 61

4) vgl. 4.1.1

5) 4.1.2

Hierfür gibt es verschiedene Gründe:

1. Beim Fahrniseigentum ist die Möglichkeit von Konflikten mit dem Interesse anderer und dem der Allgemeinheit geringer als beim Grundeigentum; dessen Ausstrahlungen sind so stark, daß - wie wir wissen - mit der Inhaltsbestimmung schon (fast naturgemäß) auch Bindungen und Beschränkungen zugunsten der Nachbarn wie der Allgemeinheit gegeben sind. Demgegenüber wirkt sich der Gebrauch des Eigentums an beweglichen Sachen mehr - um ein Schlagwort zu gebrauchen - in der "Intimsphäre" des Eigentümers aus, die Interessen anderer oder aller werden durch seine Nutzung nicht oder nicht wesentlich berührt. Wo dies doch der Fall ist, zeigt sich der Interessenkonflikt nicht in aller Deutlichkeit, es ist daher auch viel schwieriger, ihn zu lösen.

Dafür einige Beispiele: Wie der Landwirt die von ihm geernteten Kartoffeln verwertet, ob er sie verkauft, an seine Schweine verfüttert oder zu Spirit brennt, kann der Allgemeinheit meist gleichgültig sein. Die Situation wird sich erst in Notzeiten, wo unter Umständen ihre Verwertung als menschliche Nahrung gesichert werden muß, verändern.

Was ein Fabrikant herstellt, wie er seine Produkte vertreibt und an wen, ist vom Standpunkt der Öffentlichkeit aus ohne Interesse. Sein wirtschaftliches Verhalten wird erst dann rechtlich relevant, wenn er in unzulässiger Weise die Interessensphären anderer tangiert (etwa unlauterer Wettbewerb) oder wenn gerade seine Erzeugnisse für die Versorgung der Allgemeinheit benötigt werden.

Die Beispiele zeigen, daß Gebrauch und Nutzung beweglicher Sachen im allgemeinen weder die Interessen anderer noch die der organisierten Gemeinschaft

berühren. Interessenkonflikte sind selten. Wo sie auftreten, muß der Gesetzgeber sie durch ein Einwirken auf das Verhalten des Eigentümers zu lösen suchen. Nur in Fällen akuter oder chronischer Notlagen wird der Staat das Fahrniseigentum mit Beschlag belegen. Die Intensität des Zugriffs kann dann sehr verschieden sein, sie reicht von der Enteignung über den Entzug der Nutzung zu der zwangsweisen Regelung von Produktion und Verteilung ("Bewirtschaftung").

Dieser Ausnahmezustand ist in einer Planwirtschaft der normale. Hier unterliegt der Wirtschaftsablauf staatlicher Normierung; die Beschränkungen des Eigentums - sofern man überhaupt noch von Eigentum sprechen kann - liegen auf der Hand.

2. Bewegliche Sachen sind in aller Regel fungibel: Die eine Sache kann durch eine gleichartige ersetzt werden. Daß der Staat zur Erfüllung seiner öffentlichen Aufgabe gerade die *e i n e* konkrete Sache dieses Eigentümers benötigt, wird selten sein. Es genügt daher, wenn dem Gemeinwesen die Mittel zur Verfügung stehen, um den notwendigen Bestand an beweglichen Sachen durch Kauf zu erwerben; mit anderen Worten: Das Mittel zur Beschaffung eines öffentlichen Mobiliarvermögens ist nicht die Enteignung, sondern die Steuer! "Wird eine Straße vom Staat in eigener Regie gebaut, und benötigt die Behörde dazu ein ganz bestimmtes Grundstück, so bleibt letzten Endes nur die Enteignung. Niemand aber wird daran denken, die zum Bau der Straße benötigten Maschinen einem privaten Bauunternehmer im Wege der Enteignung wegzunehmen; sie werden eben vom Staat mit Hilfe der ihm zur Verfügung stehenden Mittel an öffentlichen Abgaben gekauft". ¹⁾

1) Baur, § 50 I

Aus alldem folgt, daß der Staat das Mobiliarvermögen seiner Bürger in der Regel nur mittelbar - durch Steuern und sonstige Abgaben - in Anspruch nimmt. Im Regelfall entfällt daher auch das Merkmal des besonderen Opfers gegenüber der Allgemeinheit, das für die Enteignung kennzeichnend ist.¹⁾

Eigentumsbeschränkungen an beweglichen Sachen sind daher nur selten. Sie kommen vor allem als Enteignungstatbestände vor im Rahmen des Bundesleistungsgesetzes oder auch aufgrund von Maßnahmen der Wirtschaftslenkung. Dies ist jedoch ein Themenbereich, der an dieser Stelle ausgeklammert werden muß.

Den Gerichten lagen aus diesen Gründen in der Regel nur solche Sachverhalte vor, bei denen die Objekte von Eigentumsbeeinträchtigungen Grundstücke oder Wirtschaftsunternehmen (auch diese zählen zum geschützten Gut des Artikel 14, siehe unten) waren. Von den obersten deutschen Gerichten wurden verschiedene Theorien zur schwierigen Frage der Abgrenzung zwischen Sozialbindung und Enteignung entwickelt. Diese Theorien haben bis heute ihre wesentlichen Gedanken bewahrt, und es ist unerlässlich, sie zu kennen, wenn man eine solche Abgrenzung vornehmen will.

1) vgl. unten, Theorien zur Enteignung, S. 30 ff

5.1 Rechtsweg bei Enteignungsmaßnahmen und Entstehung verschiedener Enteignungstheorien

Neben der Fachliteratur aus Wissenschaft und Forschung wurden von den Obersten Deutschen Gerichten, dem Bundesgerichtshof und dem Bundesverwaltungsgericht jeweils eigene Theorien zur Abgrenzung der Entschädigung von der Sozialbindung entwickelt. Hier stellt sich gleich die Frage, wie es denn möglich ist, daß in ein und derselben Frage Gerichte von völlig verschiedener Zuständigkeit entscheiden können. Nach § 40, Abs. I der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) ist das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) für öffentlich-rechtliche Streitigkeiten zuständig, während der Bundesgerichtshof (BGH) über zivilrechtliche Streitigkeiten entscheidet.

Der Grund dafür, daß beide Gerichte in derselben Rechtsfrage entschieden haben, ist in der Besonderheit der aus Art. 14 Grundgesetz resultierenden Rechtsfragen zu sehen:

Will sich ein Betroffener gegen die Enteignung selbst wehren, indem er deren Aufhebung verlangt, so ist dies ein öffentlich-rechtlicher Rechtsstreit. Für ihn ist nach § 40, Abs. I VwGO der Verwaltungsrechtsweg zulässig.¹⁾

Jedem Betroffenen steht gemäß Art. 14, Abs. III, Satz 4 Grundgesetz "wegen der Höhe der Entschädigung" der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen. Nach § 13 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) "gehören vor die ordentlichen Gerichte alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen, für die nicht entweder die Zuständigkeit von Verwaltungsbehörden oder Verwaltungs-

1) Wolff-Bachhof § 62 VIIa

gerichten begründet ist oder aufgrund von Vorschriften des Bundesrechts besondere Gerichte bestellt oder zugelassen sind". Auf diese Weise hatte und hat der Bundesgerichtshof als oberste deutsche Zivilgerichts-Instanz in Entschädigungsfragen wegen Enteignungen zu entscheiden. Will man die Sachgebietszuständigkeiten mit einer Formel umschreiben, so kann man dies in etwa so ausdrücken, daß über das "Ob" der Enteignung die Verwaltungsgerichte und über das "Wie" der Entschädigung die Zivilgerichte zu entscheiden haben.

Würde diese strenge Trennung absolut verfolgt werden, so würde das in der Konsequenz bedeuten, daß ein Betroffener, der eine Entschädigung begehrt, zunächst vor den Verwaltungsgerichten die Frage zur Prüfung vorlegen müßte, ob überhaupt eine Enteignung vorliegt, um im Anschluß daran im Falle einer Bejahung die Zivilgerichte wegen der Höhe einer Entschädigung anzurufen. Einen solch komplizierten Rechtsschutz für den jeweils Betroffenen wollte der Gesetzgeber nun wieder auch nicht schaffen. Denn in den meisten Fällen geht es ja gerade um die Entschädigung, so daß den Betroffenen jedesmal neben der Belastung ihres Eigentums auch noch ein kompliziertes Verfahren zur Durchsetzung ihrer Rechte auferlegt wäre, von den dadurch entstehenden Kosten ganz zu schweigen. Es besteht deswegen heute Einigkeit darüber, daß die Zivilgerichte nicht nur über die Höhe der Entschädigung zu entscheiden haben, sondern auch über die Vorfrage, ob eine Enteignung vorliegt, oder mit anderen Worten: ob die Entschädigungspflicht auch dem Grunde nach besteht. ¹⁾

1) BVerwG-E. 1, 42; 39, 169; 47, 11; BGH Z 15, 268; Wolff-Bachhof I § 62, VIIIb)

Der Wortlaut des Art. 14, Abs. III, Satz 4 Grundgesetz weist insofern nicht den richtigen Weg. Würde man die Worte "der Höhe" herausstreichen, so wäre klar, daß der Zivilrechtsweg "wegen der Entschädigung" (nach Grund und Höhe) offen stände. Damit ist klargestellt, warum es eine solch umfangreiche Rechtsprechung des BGH zur Enteignung gibt.

5.2 BGH-Theorie

Die vom Bundesgerichtshof entwickelte Theorie zur Abgrenzung Sozialbindung - Enteignung wurde erstmals formuliert und veröffentlicht durch die Entscheidung vom 10.6.1952.¹⁾

Dort führt der BGH aus:

"Bei der Enteignung handelt es sich nicht um eine allgemeine und gleichwirkende, mit dem Wesen des Betroffenen rechtsvereinbare inhaltliche Bestimmung und Begrenzung des Eigentumsrechts, sondern um einen gesetzlich zulässigen, zwangsweisen staatlichen Eingriff in das Eigentum, sei es in der Gestalt der Entziehung oder Belastung, der die betroffenen Einzelnen oder Gruppen im Vergleich zu anderen ungleich, besonders trifft und sie zu einem besonderen, den übrigen nicht zugemuteten Opfer für die Allgemeinheit zwingt, und zwar zu einem Opfer, das

1) BGHZ 6, 270 ff

gerade nicht den Inhalt und die Grenzen der betroffenen Rechtsgattung allgemein und einheitlich festlegt, sondern das aus dem Kreise der Rechtsträger einzelne oder Gruppen von ihnen unter Verletzung des Gleichheitssatzes besonders trifft. Der Verstoß gegen den Gleichheitssatz kennzeichnet die Enteignung".

Von diesen beiden grundlegenden Sätzen des BGH leuchtet zunächst nur der zweite ein. Das wesentliche des ersten Satzes besteht darin, daß der BGH als Voraussetzung für eine Entschädigung wegen Enteignung ein "Sonderopfer" des Betroffenen fordert.¹⁾ Die BGH-Theorie wird allgemein als "Sonderopfer-Theorie" bezeichnet. Sie fußt auf der vom Reichsgericht (RG) verfolgten Einzelakts-Theorie. Nach ihr "war ein Enteignungstatbestand verwirklicht, wenn durch einen rechtmäßigen, gegen eine bestimmte Person oder einen bestimmt begrenzten Personenkreis gerichteten Staats- hoheitsakt - Verwaltungsmaßnahmen oder Gesetz - ein als Eigentum geschütztes subjektives Recht zugunsten eines Dritten entzogen oder beschränkt wurde".²⁾ Diese Auffassung des Reichsgerichts führte dazu, daß bei schuldlos rechtswidrigem Eingriff in Eigentum ein Entschädigungsanspruch versagt blieb. "Das Grundgesetz mit seinen in den Grundrechtsbestimmungen getroffenen Wertentscheidungen, insbesondere Art. 14 Grundgesetz (GG), bot dem Bundesgerichtshof die Handhabe, das Recht der öffentlichen Ersatzleistung weiter auszubauen".³⁾

1) So auch BGHZ 45, 153; 48, 101; 60, 147; von Magoldt-Klein Artikel 14 Anm. VII 4; Wolff-Bachhof, § 60 Ib 3 und § 62 IIIb 2; Drews-Wacke-Vogel, Gefahrenabwehr Bd. 1, Seite 459

2) RGZ 135, 311

3) Kröner, Die Eigentumsgarantie in der Rechtsprechung des BGH, Seite 9

Die vom BGH verfeinerte Einzelakts-Theorie des Reichsgerichts wird daher nicht nur als "Sonderopfer-Theorie", sondern auch als "modifizierte Einzelakts-Theorie" bezeichnet.

Wenn der BGH in BGHZ 6, 279/280 davon spricht, daß "der Verstoß gegen den Gleichheitssatz die Enteignung kennzeichnet", so könnte man vermuten, daß hierin ein Verweis auf Art. 3 GG stecken könnte. Das ist jedoch anerkanntermaßen nicht richtig. Vielmehr liegt nach BGH ein Verstoß gegen den Gleichheitssatz erst dann vor, wenn die beeinträchtigende ungleiche Maßnahme nicht durch die besondere Eigenart der betroffenen Sache gerechtfertigt ist. Nach Wolff ¹⁾ handelt es sich um eine Enteignung, wenn Momente berücksichtigt werden, die außerhalb der betroffenen Sache liegen. (Akzidentielle Momente: z. B. wenn ein Grundstück nicht bebaut werden darf, weil dort der Bau einer Autobahn geplant ist. Der Bau dieser Straße ist ein Merkmal, welches von außen herangetragen wurde und nicht durch die besondere Lage und Eigenart des Grundstücks gekennzeichnet ist.) Andererseits ist ein Verstoß gegen den Gleichheitssatz zu verneinen ²⁾, wenn der Eingriff an Gesichtspunkte anknüpft, welche die Eigenart der betroffenen Sache pflegen (essentielle Momente: ein Grundstück darf nicht bebaut werden, weil es in einer landschaftlich äußerst reizvollen Lage liegt und zugleich einen überaus beliebten Ausflugsort für die Allgemeinheit darstellt. Diese konkrete Situation ist also ein in dem Grundstück selbst liegender Gesichtspunkt).

1) Wolff-Bachof, Verwaltungsrecht § 60 Ia, 3

2) Wolff-Bachof, Verwaltungsrecht § 60 Ia, 3

Von der Wirkung her ist nach dem Bundesgerichtshof bei der Enteignung das entscheidende Kriterium letztlich das "Sonderopfer". Er hält es dann für gegeben, wenn die Beeinträchtigungen nicht nur unwesentlich sind, sondern auch die Grenzen der Zumutbarkeit überschreiten.

Mit seiner im Band 23, Seite 30 ff, entwickelten "Pflichtigkeits-Theorie" schränkte der Bundesgerichtshof mit Blick auf Art. 14 Abs. II Grundgesetz das Ausmaß der "Sonderopfer-Theorie" und damit auch der Enteignung ein, indem er die "eine oder andere aus dem Eigentumsrecht fließende Einzelbefugnis dann für nicht ausübbar hält, wenn ein vernünftiger und einsichtiger Eigentümer diese Nutzungsart wegen einer Kollision mit übergeordneten Allgemein-Interessen nicht ins Auge fassen würde". ¹⁾ Der Bundesgerichtshof zeigt durch diese Wendungen, daß es ihm nicht möglich ist, mit seiner Generalformel aus dem 6. Band (S. 279/280) alle Sachverhalte nach seiner Rechtsauffassung zu erfassen. Innerhalb dieses schwierigen Fragenkreises befinden sich jedoch die Vertreter der einzelnen Theorien jeweils in derselben Misere, solange sie von der Alleinwendbarkeit ihrer Theorie ausgehen. ²⁾

1) vgl. Bender, Haftung der öffentlichen Hand und Grundrechtsbindung des Privatrechts in NW 75, Seite 1815 ff

2) vgl. unten, 5.5, S. 38

5.3 BVerwG-Theorie

Das Bundesverwaltungsgericht stellte erstmalig mit seiner Entscheidung 5,145 ein neues Kriterium für die Abgrenzung zwischen Enteignung und Sozialbindung auf: die Schwere und Tragweite des Eingriffs. Entsprechend bekam diese Theorie ihren Namen: "die Schwere-Theorie".¹⁾

Unzweifelhaft ist jede hoheitliche Maßnahme, gegen die sich der Betroffene wenden möchte, für ihn ein "schwerer Eingriff". In dieser Weise will das BVerwG selbstverständlich sein Abgrenzungsmerkmal nicht verstanden wissen. Vielmehr soll die sogenannte Schwere des Eingriffs im Verhältnis zu den Belastungen anderer, entsprechend gleichgelagerter Sachverhalte als besonders augenfällig hervortreten. In diesem Punkt wird erkennbar, daß die beiden Theorien von BGH und BVerwG im Grunde genommen trotz verschiedener Bezeichnungen nicht eminent voneinander abweichen.²⁾

5.4 Andere Theorien

Als Abgrenzungsmittel zwischen Sozialbindung und Enteignung wird von einigen Autoren auch die "Privatnützlichkeits- oder Zweckentfremdungs-Theorie" für anwendbar gehalten.³⁾ Sie geht davon aus, daß sich der Gebrauch einer Sache immer an dem ihr eigentümlichen Zweck mißt; dieser ist nicht entfremdet, wenn mit einer Beschränkung die typische und artgemäße Verwendung geregelt wird.

1) BVerwG-Entscheidung 5,145; 7, 299; 11, 75; DÖV 1969, 432; Kimminich JUS 1969, 357

2) zur Wertung der Theorien vgl. unten, 5.5

3) Forsthoff Lehrbuch des Verwaltungsrechts, Bd. 1, allgemeiner Teil, Seite 318; Bonner Kommentar zum Grundgesetz; Kimminich, Art. 14, Seite 51

Wird aber das Eigentum seiner funktionsgerechten Verwendung innerhalb des Wirtschaftsprozesses entzogen und damit dem eigenen Zweck entfremdet, so liegt eine Enteignung vor.

Der Zweck wird - im Rahmen der allgemeinen Rechtsordnung - vom Eigentümer bestimmt, wobei es dem Eigentümer unbenommen ist, diesen zu ändern. In aller Regel kommt es dem Eigentümer darauf an, sein Eigentum zu nutzen. Verfolgt er damit einen Zweck, der ihm aufgrund anderer Vorschriften nicht untersagt ist, so tut er dies zulässigerweise. Wird er darin wesentlich beeinträchtigt, so ist der erstrebte Zweck entfremdet, eine Enteignung wäre nach dieser Theorie zu bejahen. Wird aber nur die funktionsgerechte Verwendung des Eigentums geregelt, so kann auch nach dieser Theorie eine Enteignung nicht bejaht werden.

Neben den genannten Theorien wird die "Zumutbarkeits-Theorie" vertreten, deren Gedankengut sich heute vor allem noch Maunz-Dürig bedient.¹⁾ Danach liegt in einer Enteignung nicht nur eine vermögensmindernde Beeinträchtigung von Vermögenswerten-Rechten, sondern es muß diese auch zugleich unzumutbar sein.

Ohne Bedeutung und für die heutige Rechtsfindung nicht mehr interessant sind die veralteten Theorien wie die "Schutzwürdigkeits-Theorie" und die "Substanzminderungs-Theorie".

1) vgl. dort Anm. 71 zu Art. 14 GG

5.5 Wertung der Theorien

Es ist heute unstreitig, daß es eine "Ideal-Theorie" mit einem todsicheren Einstufungssystem nicht gibt, weil es sie nicht geben kann wegen der Vielfalt und Abweichungen der einzelnen Fälle und Fallgruppen. Jedenfalls trifft Leisner den Kern der Sache, wenn er sagt: "Sozialbindung des Eigentums ist keine Materie für elegante Großformeln". ¹⁾

Zusammenfassend und wertend zu allen Theorien läßt sich festhalten, daß in jeder einzelnen Theorie ein wertvolles Abgrenzungsmerkmal enthalten ist, das bei einer sorgfältigen Einstufung gute Verwendung finden darf. Über die Zulässigkeit einer solchen "gemischten Methode" ist man sich heute einig. Warum das BVerwG und der BGH so beharrlich auf ihre Theorien abstellen, ist nicht erklärbar und von der Sache her nicht gerechtfertigt. Denn beide Gerichte verwenden die Abgrenzungskriterien der anderen ebenso wie die eigenen. ²⁾

Die Praxen von BGH und BVerwG lassen sich am besten in der Kurzform ausdrücken, daß beide auf ein "Sonderopfer" abstellen, wobei die Betonung des BGH auf "Sonder", diejenige des BVerwG auf "opfer" liegt.

1) Seite 191; so auch Maunz, DÖV 1975, 3; Bender, Rand Nr. 19; Rübner, Allgemeines Verwaltungsrecht, Seite 382

2) vgl. die Entscheidungen BGHZ 57, 278, 363; BVerwG-Entscheidung 15, 2

Die Kritik an der "Zweckentfremdungs-Theorie" formuliert treffend Ieischer: "Es gelingt auf solcher Grundlage nicht, auch nur einigermaßen klar zu bestimmen, wann denn nun das Eigentum durch eine Bindung seinem Zweck wirklich entfremdet oder, anders ausgedrückt, wann der Zweck durch einen Eingriff geändert wird". ¹⁾

Auch die "Zumutbarkeits-Theorie" hat mit Sicherheit ihre Berechtigung im Rahmen einer Heranziehung zum Zwecke der Gesamtuntersuchung. Ob sie allerdings geeignet ist, alleine mit ihrem Merkmal der Zumutbarkeit die erforderliche Abgrenzung zwischen Sozialbindung und Enteignung vorzunehmen, muß äußerst in Frage gestellt werden.

Daß es nicht erforderlich ist, sich bei der Entscheidung für Enteignung oder Sozialbindung auf eine der bestehenden Theorien ausschließlich zu stützen, hat das Bundesverfassungsgericht bewiesen. Es hat nämlich bisher mehrfach die Frage entschieden, ob eine Enteignung vorliegt, ohne sich dabei auf eine der Theorien festzulegen. ²⁾

Für die Untersuchung, ob eine Enteignung oder eine Sozialbindung vorliegt, ist die "Kombinations-Methode" ³⁾ zu empfehlen. Nach ihr ist es zulässig, die verschiedenen Abgrenzungskriterien aus den divergierenden Theorien zu vermengen und je nach Einzelfall zu berücksichtigen.

1) Ieischer, Seite 178; weitere grundsätzliche Bedenken gegen den Zweck als Rechtsbegriff bei Luhmann, Zweckbegriff und Systemrationalität (1973), insbesondere Seite 179 ff, 188: "Zwecke sind subjektive Vorstellungen künftiger Wirkungen"

2) vgl. BVerfGE 20, 356

3) Schack, NJW 1963, 751; BK - Kimminich, Art. 14, 60

Dabei kommt es wesentlich darauf an, welches Kriterium für den speziellen Fall zur Abgrenzung geeignet ist. Jedenfalls braucht es nicht besonders begründet zu werden, wenn man die Kriterien der Eingriffsschwere, des Sonderopfers und der Zweckentfremdung anwendet, weil sie allgemein anerkannt sind.

Eine Abgrenzung nach dieser "Kombinations-Methode" müßte im wesentlichen wie folgt vorgenommen werden:

- Prüfung der Frage, ob das betroffene "Objekt" unter den Eigentumsbegriff des Artikel 14 GG fällt.
- Prüfung der Frage, ob die beeinträchtigende Maßnahme von hoheitlichem Charakter ist (vgl. oben 4.1, 4.2.
- Prüfung der Frage, ob die Beeinträchtigung im Rahmen der Sozialbindung des Eigentums entschädigungslos hingenommen werden muß oder ob eine Enteignung vorliegt, die eine Entschädigungspflicht auslöst.

In diesem letzten Prüfungspunkt ist die beeinträchtigende hoheitliche Maßnahme im Sinne der bereits dargestellten Enteignungs-Theorien daraufhin zu untersuchen, ob sie dem Eigentümer ein unverhältnismäßig hohes Sonderopfer abverlangt, oder bzw. und ob dieser Eingriff im Lichte des Gleichheitsgrundsatzes für den Betroffenen als besonders schwer angesehen werden muß, und ob eventuell der mit dem Eigentum oder dessen Nutzung verfolgte Zweck entfremdet wird. ¹⁾

1) zur genauen Abgrenzung vgl. unten, 6.1, 6.2, S. 41 ff

6. Das Eigentum als Eingriffsobjekt

"Objekt der Enteignung können das Sacheigentum, sonstige dingliche Rechte, schuldrechtliche Ansprüche sowie überhaupt alle vermögenswerten Rechte sein. Maßgeblich ist nicht die formaljuristische, gegenständliche Einordnung in das Rechtssystem, sondern - wie stets im Enteignungsrecht - die wirtschaftliche Betrachtungsweise. Gleichgültig ist der Rechtsgrund der betroffenen Rechtsgüter; nicht nur privatrechtliche, sondern auch auf dem öffentlichen Recht beruhende Rechtspositionen genießen Enteignungsschutz". ¹⁾

6.1 Der Wald als Eingriffsobjekt im Sinne des Artikel 14 GG

Der Wald als Grundeigentum nimmt in der Gesellschaft der Grundstücksflächen eine besondere Stellung ein. Einerseits ist er wie jedes andere Land eine meßbare Größe als Teil der Erdoberfläche, andererseits steckt in der Einheit von Bewuchs und Grund und Boden ein weiterer Wert, nämlich der des wirtschaftlichen Forstbetriebs. Dieses so wichtige "Unternehmen unter freiem Himmel" ist nicht nur das umweltfreundlichste, das es geben kann, sondern zugleich Produktionsstätte von Holz und Sauerstoff.

Eine Betrachtung, welche die hoheitlichen belastenden Maßnahmen in Bezug auf das Waldeigentum untersucht, darf sich deswegen nicht alleine auf die Untersuchung des Waldes als Grundeigentum stützen, sondern muß vielmehr auch die Auswirkungen auf den Wald als forstliche Betriebsstätte berücksichtigen.

1) BGHZ 6, 270, 278, 291; 15, 17, 20; 30, 338, 341, 350

6.1.1 Der Wald als Grundstücksfläche

Wie bei jedem anderen Grundstück auch, kann eine hoheitliche Maßnahme dazu führen, daß der private Waldeigner in seinem verfassungsrechtlich garantierten Recht auf Eigentum an Grund und Boden verletzt ist. Einem solchen Eigentümer stehen Rechte gegen hoheitliche Eingriffsakte stets dann zu, wenn er nicht im Rahmen der Sozialbindung zur Duldung verpflichtet ist.

Neben den bereits entwickelten Kriterien zur Abgrenzung dieser Rechtsfrage kann auf die bestehende Rechtsprechung zur Grundstücksenteignung und Sozialbindung Bezug genommen werden. Gegenstand der rechtlichen Überprüfung ist und bleibt jedoch das Eigentumsrecht am Grundstück.

In entscheidenden Fällen kann es jedoch passieren, daß voreilig nach Abschluß dieser Überprüfung eine Maßnahme der Sozialbindung zugeordnet wird. Dies bedeutet für den betroffenen Eigentümer, daß er kein Recht auf Entschädigung geltend machen kann. Dabei hätte diese Einstufung in die Sozialbindung wegen der Besonderheit des Waldeigentums zu diesem Zeitpunkt noch nicht erfolgen dürfen. Denn die belastende Maßnahme kann sich für den Waldeigentümer in zweierlei Hinsicht auswirken, auf sein Recht am Grund und Boden, aber auch auf sein auf diesem Grund befindlichesholzproduzierendes Unternehmen.

Die Qualifizierung einer hoheitlichen Maßnahme als Sozialbindung oder enteignender Eingriff kann somit erst nach der Untersuchung beider Kriterien erfolgen.

6.1.2 Der Wald als Forstbetrieb

Nach dem Wortlaut des Artikel 14 GG ¹⁾ fällt der Gewerbebetrieb nicht unter den Schutz dieser Verfassungsnorm. Dennoch ist es bis heute eine unbestrittene Tatsache, daß die Substanz des eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetriebes zum "Eigentum" im Sinne des Art. 14 zu zählen ist. ²⁾ Diese Substanz erfaßt nicht nur den gegenständlichen Bestand des Betriebes, sondern den Betrieb als "Sach- und Rechtsgesamtheit", die gesamte Erscheinungsform und den Tätigkeitskreis, kurz alles, was zusammengenommen den wirklichen Wert des Betriebes ausmacht. ²⁾

"Dazu gehören nicht nur Betriebsgrundstücke, Betriebsräume, Einrichtungsgegenstände, Warenvorräte und Außenstände, sondern auch die geschäftlichen Beziehungen, Verbindungen und der Kundenstamm". ³⁾ "Gleichgültig ist es, ob der durch Zusammenfügung sachlicher und persönlicher Mittel geschaffene, auf Erwerb gerichtete Betrieb (Unternehmen) zugleich ein Gewerbebetrieb im Sinne der Gewerbeordnung ist oder nicht. ⁴⁾

Ein Eingriff in das Eigentum des Artikel 14 kann in diesem Sinne nur dann bejaht werden, wenn er diese "Substanz" verletzt.

"Diese Substanz eines Gewerbebetriebes ist nur berührt, wenn in die den Betrieb darstellende Sach- und Rechtsgesamtheit als solche, in den Betrieb als wirtschaftlichen Organismus eingegriffen und damit das ungestörte Funktionieren dieses Organismus unterbunden oder beeinträchtigt,

1) siehe oben S. 20f

2) BGHZ 23, 157; 45, 83; NJW 1967, 1857; vgl. auch BVerwG-E 13, 229; BVerwG-E NJW 1968, 66

3) BGHZ 23, 157; NJW 1968, 293

4) BGH NJW 1966, 1120

wenn mit anderen Worten der "Eigentümer" gehindert wird, von dem Gewerbebetrieb als der von ihm aufgebauten und aufrecht erhaltenen Organisation sachlicher und persönlicher Mittel den bestimmungsgemäßen Gebrauch zu machen". ¹⁾ Daraus folgt zugleich, "daß der vermögensrechtliche Umfang des Gewerbebetriebes entscheidend durch die jeweilige konkrete Situation bestimmt wird, in der das Gewerbe betrieben wird". ²⁾ Allerdings muß klargestellt werden, daß der Gewerbebetrieb als gewerblicher Tätigkeitskreis nur insofern gegenüber hoheitlichen Eingriffen Schutz genießt, als er im Rahmen der Gesetze ausgeübt wird. Das bedeutet, daß rechtswidrig ausgeübtes "Eigentum" nicht den Schutz auf Artikel 14 GG beanspruchen kann. ³⁾

Voraussetzung für einen Eingriff in einen Gewerbebetrieb ist, daß ein Betrieb vorhanden und eingerichtet ist. "Es muß also ein planmäßiges Wirtschaften aufgrund einer vorhandenen Organisation bereits erfolgen oder die Organisation jedenfalls so sein, daß der Betrieb ohne den Eingriff unbeschränkt alsbald hätte ausgenutzt werden können." ⁴⁾ Ein Eingriff in einen eingerichteten Gewerbebetrieb liegt jedenfalls dann nicht vor, wenn hoheitliche Maßnahmen nur die Aufnahme eines für die Zukunft beabsichtigten Gewerbes verzögern. ⁵⁾

1) BGH NJW 1967, 1957

2) BGH LM Nr. 16 zu Art. 14 GG

3) BGH WM 1962, 1008; Betrieb 1962, 1371

4) BGH LM 56 zu Artikel 14 GG

5) BGH LM 71 zu Artikel 14 GG

Der Bundesgerichtshof hat außerdem ein konkretes Maß an die Frage des "Eingerichtet-Seins" gelegt:

So hat er das Vorhandensein eines eingerichteten Betriebes verneint, weil ein Hotel im Krieg so heruntergewirtschaftet worden war, daß erst nach etwa 2 Jahren ein Beherbergungs-Unternehmen eröffnet werden konnte. ¹⁾ Für die Frage, ob ein Gewerbebetrieb auch "eingerichtet" ist, muß deshalb stets untersucht werden, ob die wirtschaftliche Ausnützung oder die Produktion bereits begonnen haben, oder ob diese in irgendwelcher Zukunft liegen. In letzterem Falle genießt der "Gewerbebetrieb" keinen Verfassungsschutz aus Artikel 14 GG, er ist vielmehr so einzustufen, wie eine reine Zukunfts-Chance für den Gewerbetreibenden, die dem Schutzbereich des Artikel 14 GG nicht angehört. "Insbesondere gehören nicht dazu bestimmte allgemeine Umstände, rechtliche und tatsächliche Gegebenheiten, die sich günstig für den Gewerbebetrieb auswirken und geschäftlich ausgenutzt werden können. Diesen Umständen und Gegebenheiten fehlt der konkrete Bezug zu einem bestimmten Gewerbebetrieb, und deshalb können sie auch nicht zu dessen Substanz gezählt und vom Eigentumsschutz erfaßt werden. Durch ihre Veränderung, mag sie sich auf die Ertragsfähigkeit des Gewerbebetriebes noch so ungünstig auswirken, wird nicht das durch Artikel 14 GG geschützte Eigentum tangiert". ²⁾

Als Holzproduzent ist der Wald einer der wichtigsten Rohstofflieferanten unserer Volkswirtschaft. Von den hauptsächlichsten Verbrauchersparten der Bauindustrie, der Möbelindustrie, dem Holzverarbeitenden Gewerbe und Handwerk, der Papierindustrie und vielen anderen kleineren Verbrauchersparten (Beispiel: Bundesbahn) werden in

1) BGHZ 14, 111

2) Kröner, aaO Seite 52

der Bundesrepublik Deutschland derzeit etwa 60 Millionen Kubikmeter Rohholz äquivalent verbraucht. Nur etwa die Hälfte des für diese vorwiegend industrielle Produktion benötigten Holzes wird im heimischen Wald erzeugt. Eine etwa gleich große Menge muß aus dem Ausland als Rohholz oder als Halbfabrikat (z. B. Zellulose für die Papierproduktion) eingeführt werden.¹⁾

Als Stätte der Holzproduktion besitzt der Wald einen ganz hervorragenden volkswirtschaftlichen Stellenwert, der noch dadurch erhöht wird, daß die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland in so hohem Maße auf den Rohstoff Holz angewiesen ist. Im Interesse einer möglichst krisensicheren Versorgung der Wirtschaft mit Rohstoffen ergibt sich daraus das Gebot, die inländische Rohstoffversorgung zu vergrößern, soweit dies aufgrund der natürlichen Gegebenheiten nur irgendwie möglich ist. Dieses klare volkswirtschaftliche Postulat führt dazu, daß die Forstwirtschaft gehalten ist, alle produktionstechnischen Möglichkeiten und damit verbundenen neuen technischen und biologischen Erkenntnisse anzuwenden, um die Holzproduktion möglichst zu steigern und die im Wald vorhandenen Produktionskapazitäten voll auszuschöpfen. "Die Notwendigkeit der Anwendung modernster produktionstechnischer Erkenntnisse entsteht aber auch aus betriebswirtschaftlicher Schau. Der Forstbetrieb stellt als Holzproduzent ein Glied in der Kette wirtschaftlicher Abläufe dar, ist beim Absatz seiner Produkte in vollem Umfang dem marktwirtschaftlichen Geschehen ausgesetzt (ohne etwa ähnliche Absicherungen durch eine Marktordnung zu besitzen wie die Landwirtschaft) und muß

1) Nießlein, Waldeigentum und Gesellschaft

sich deshalb in derselben Weise an den Prinzipien einer rationellen Wirtschaftsführung orientieren, wie dies alle anderen Wirtschaftsbetriebe tun, die mit dem Forstbetrieb in irgendeiner Beziehung stehen, insbesondere die von ihm zu beliefernden holzwirtschaftlichen Betriebe. Die Mechanisierung der Waldarbeit, der Einsatz von Bringungsgeräten und Entrindungsmaschinen, der Ausbau von Waldstraßen, die Behandlung der Waldbestände zur Qualitätsverbesserung des Holzes - das sind nur einige wenige jener Maßnahmen, ohne die ein Forstbetrieb unter den heute gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr kostendeckend produzieren kann". ¹⁾

Wenngleich der Wald als Produktionsstätte und Wirtschaftsbetrieb wegen seiner multifunktionalen Bedeutung eine Sonderstellung innerhalb der Volkswirtschaft einnimmt, so heißt dies nicht, daß wirtschaftliche Grundsätze für ihn nicht zutreffen. Vielmehr unterliegt der Wald ebenso den betriebswirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten wie jeder andere wirtschaftliche Gewerbebetrieb. Dies wird vielleicht deshalb nicht sofort deutlich, weil die "Einrichtungen" des Wirtschaftsbetriebes nicht sofort ins Auge fallen. Außerdem findet die Produktion durch das Wachsen der Bäume in wohlthuender Ruhe statt. Die Langwierigkeit des Produktionsprozesses hat zur Folge, daß forstbetriebliche Kalkulationen und Maßnahmen über Generationen hinweg vorgenommen und getroffen werden müssen. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß der Forstbetrieb auf Gewinnmaximierung angewiesen ist. Dem unternehmerischen Gesetz folgend, müssen hier wie in anderen wirtschaftlichen Unternehmungen die erforderlichen Investitionen

1) Nießlein, Waldeigentum und Gesellschaft, S. 26

aus dem Betrieb erwirtschaftet werden.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Wald als wirtschaftliche Betriebsstätte kein "Goldenes Kalb" ist. Die Gewinnerzielung für die privaten Waldbesitzer ist so schwierig geworden, daß teilweise bereits die Grenze der Kostendeckung erreicht bzw. überschritten ist.

Die Beleuchtung der betrieblichen Struktur des Forstbetriebes im Hinblick auf die von der Rechtsprechung aufgestellten Erfordernisse im Rahmen des Eigentumschutzes gemäß Artikel 14 GG weist den Wald als forstwirtschaftliche Unternehmung dem Kreis der eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetriebe zu, die durch Artikel 14 GG garantiert sind. Ein hoheitlicher Eingriff in diesen betrieblichen Funktionsablauf muß somit daraufhin untersucht werden, ob er enteignenden Charakter hat, was eine Entschädigungspflicht begründen würde.

6.2 Grundstücksimmanente Belastungen

Eigentum ist nach seinem Wesen und seiner Funktion notwendigerweise sozialen Bindungen unterworfen. Es ist schließlich praktisch nicht möglich, daß jeder über sein Eigentum unbeschränkt verfügt, ohne dabei in den Konflikt mit anderen Eigentümern oder sonstigen Berechtigten zu geraten. Offenkundig wird dieser Konflikt beim Nachbarrecht, in dem beispielsweise die Immissionen auf das Nachbargrundstück in bestimmter Weise untersagt werden. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland hat in ihrem Grundrechtsteil in Artikel 14 die Kollision zwischen Allgemein- und Individualinteresse berücksichtigt. Nach Art. 14 Abs. 1, Satz 2 ¹⁾ "werden Inhalt und Schranken

1) vgl. oben S. 20

(des Eigentums) durch die Gesetze bestimmt". Es obliegt mithin dem Gesetzgeber, für das Eigentum den Inhalt und die Schranken festzulegen. Durch diese Regelung des Grundgesetzes wird das Eigentum der Sozialbindung unterworfen. Neben dieser Einschränkung konstituiert Artikel 14 im Abs. 2 die "Sozialpflichtigkeit" des Eigentums. Danach "verpflichtet Eigentum". "Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen". Diese beiden Beschränkungen des Eigentums sind begründet im Grundstück selbst oder in seiner besonderen Situationsgebundenheit. Sie sind entschädigungslos vom Eigentümer hinzunehmen und stehen somit im diametralen Gegensatz zum entschädigungspflichtigen enteignenden Eingriff.

6.2.1 Sozialbindung

Die durch die Inhalts- und Schrankenbestimmung nach Art. 14 Abs. 1, Satz 2 festgelegte Sozialbindung des Eigentums gibt dem Gesetzgeber eine Regelungsbefugnis, die jedoch nicht schrankenlos ist. Sie muß sowohl die grundlegende Wertentscheidung des Grundgesetzes zugunsten des Privateigentums im herkömmlichen Sinne ¹⁾ beachten als auch mit allen übrigen Verfassungsnormen in Einklang stehen, also insbesondere mit dem Gleichheitssatz, dem Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und den Prinzipien der Rechts- und Sozialstaatlichkeit. ²⁾ "In Ausübung der in Artikel 14, Abs. 1 erteilten Ermächtigung darf der Gesetzgeber Inhalt und Schranken des Eigentums nicht in einer Weise bestimmen, die grob sachwidrig ist und in die Interessen der Beteiligten ohne Grund oder übermäßig eingreift". ³⁾ Schließlich wird dem Gesetzgeber die

1) vgl. BVerfG-E 1, 276; 4, 240

2) vgl. BVerfG-E 14, 277 f; 18, 132

3) vgl. BVerfG-E 18, 132; 10, 59

letzte Schranke seiner Dispositionsfreiheit gesetzt in Artikel 19, Abs. 2 GG, wo es heißt:

"In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden."

Zur Bestimmung des Wesensgehaltes des Eigentums liegt eine Fülle von Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes vor. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung darauf verwiesen, daß der Eigentumsgarantie ein gleicher Rang zukommt wie der Garantie der Freiheit.

"Ihr kommt im gesamten Gefüge der Grundrechte die Aufgabe zu, dem Träger des Grundrechts einen Freiheitsraum im vermögensrechtlichen Bereich sicherzustellen und ihm damit eine eigenverantwortliche Gestaltung des Lebens zu ermöglichen." ¹⁾

Das Bundesverfassungsgericht hat als Wesensgehalt des Eigentumsgrundrechts aus Artikel 14 GG die Privatnützigkeit herausgestellt ²⁾ und hat sich damit im Ergebnis einer grundlegenden Untersuchung von Reinhardt angeschlossen, der als Vater dieser Begriffsschöpfung anzusehen ist. ³⁾

Das Eigentum ist personenhaft bezogen und soll dem Rechtsträger einen "Freiheitsraum für eigenverantwortliche Tätigkeit" gewähren. ⁴⁾ Es soll deshalb in erster Linie seinem Eigentümer zur wirtschaftlichen Disposition zur Verfügung stehen und seine Handlungs- und Gestaltungsfreiheit ergänzen. ⁵⁾

1) vgl. BVerfG-E 24, 389; 30, 334; 31, 239

2) BVerfG-E 24, 390; 26, 222; 31, 240

3) Reinhardt-Scheuner, Verfassungsschutz des Eigentums, AcP Mohr, Seite 14 ff

4) BVerfG-E 24, 400

5) BVerfG-E 14, 293

Wenngleich diese grundsätzlichen Überlegungen verständliche Prioritäten setzen, so muß doch beachtet werden, daß - und das gilt insbesondere für den Wald - die Allgemeinheit ebenfalls Ansprüche an das Privateigentum stellt. So ist es nicht zu vermeiden, daß das öffentliche Interesse sich in den verschiedenen Gesetzen formuliert durchsetzt. Bei der Verabschiedung solcher Gesetze hat der Gesetzgeber stets zu überprüfen, ob die verschiedenen Ansprüche an das Privateigentum wirklich allgemeiner Art sind und damit ein wahrhaft öffentliches Interesse darstellen, oder ob nur Forderungen von kleineren Interessengruppen, die keineswegs legitimiert sind, das öffentliche Interesse zu repräsentieren, gestellt werden. Denn - wie bereits dargestellt - ist der Gesetzgeber nicht frei in der Bestimmung von Inhalt und Schranken des Eigentums. Unter Wahrung des Wesensgehaltes müssen nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ¹⁾ gesetzliche Eigentumsbindungen

- a) vom geregelten Sachbereich her geboten sein
- b) in ihrer Ausgestaltung selbst sachgerecht
sein
und
- c) sie dürfen nicht weitergehen, als der
Schutzzweck reicht, dem die Regelung dient.

Die Interessen und das Wohl der Allgemeinheit müssen für den Gesetzgeber Orientierungspunkt sein, die entsprechenden Regelungen hat er unter allen Umständen nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit zu treffen. Dies bedeutet, daß

1) BVerfG-E 25, 117

für die Erreichung eines Zweckes jeweils dasjenige Mittel angewandt werden muß, welches den geringsten Eingriff bedeutet. Bei dieser Beurteilung stellt sich daher ständig die Frage nach einer geringer belastenden Alternative. Der Gesetzgeber muß es sich gefallen lassen, solchen Vergleichen gegenübergestellt zu werden. Aus diesem Grunde hat die verfassungsrechtliche Regelung ihre Berechtigung, wenn sie fordert, daß Inhalt und Schranken des Eigentums durch die Gesetze bestimmt werden müssen.

Gerade dieses verfassungsrechtliche Erfordernis wird zu oft übersehen. Wenn die Gesetzgeber aber nur mit unbestimmten Rechtsbegriffen arbeiten, so müssen jeweils Einzelfallentscheidungen getroffen werden, die dann wieder in den Zuständigkeitsbereich der Gerichte hineingehören. Nach der verfassungsrechtlichen Regelung sollte dies aber gerade nicht so sein. Denn die Inhalts- und Schrankenbestimmung wurde von dem Verfassungsgeber eindeutig in den Zuständigkeitsbereich der Legislative gegeben. Eigentumsbeschränkungen, die entschädigungslos zu dulden sind, sind somit gesetzlich zu verankern. Gerade bei der Waldgesetzgebung gewinnt diese Problematik eine umfangreiche Bedeutung. Hierauf wird an späterer Stelle ¹⁾ eingegangen.

6.2.2 Sozialpflichtigkeit

Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums ist im Grundgesetz festgehalten in Artikel 14, Abs. 2. Der Satz "Eigentum verpflichtet" ist keine neue Schöpfung des Bonner Grundgesetzes. Dieser Satz wurde erstmals bereits in Artikel 153, Abs. 3, Satz 1 der Weimarer Reichsverfassung (WRV)

1) vgl. 8.1, 8.2, S. 77 ff

verfassungsrechtlich fixiert, als Abs. 2, Satz 1 in Artikel 14 GG wiederholt. ¹⁾

Praktisch gesehen kommt der Sozialpflichtigkeit in Artikel 14, Abs. 2 keine große Bedeutung zu. Dieser Absatz spricht nach der Auffassung des Bundesgerichtshofs nur "in anderer Form aus, was ... weitgehend ohnedies rech- tens ist". ²⁾

Wenn auch der Sozialpflichtigkeit nicht eine eigene selbständige Rolle zukommt, so ist sie doch wesentliche Richtschnur für den Gesetzgeber bei der Bestimmung von Inhalt und Schranken des Eigentums, also bei der Bestimmung der Sozialbindung.

Die wesentlichen Gedanken zur Sozialpflichtigkeit lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Artikel 14, Abs. 2 GG kann wegen seiner Selbstverständlichkeit für eine Abgrenzung der entschädigungslosen Sozialbindung von der entschädigungspflichtigen Enteignung rechtlich und praktisch keine entscheidenden Gesichtspunkte bieten. Er räumt allenfalls dem Gesetzgeber bei der Festlegung bestimmter Eigentumsbeschränkungen gemäß Artikel 14, Abs. 1, Satz 2 GG einen verhältnismäßig weiten Beurteilungsspielraum ein. ³⁾ In jedem Falle aber bleibt selbst bei einer etwa gesteigerten Sozialpflichtigkeit des Eigentums der Satz bestehen, daß jede - also auch eine auf Artikel 14, Abs. 2 GG gegründete - Eigentumsbeschränkung dem Schutz "vorrangiger" Gemeinschaftsgüter dienen und von daher "legitimiert" sein muß. Völlig ausgeschlossen ist es darüberhinaus, daß der Gesetzgeber

1) Martin Sellmann, NJW 1965, 1691

2) BGH, Urteil vom 15. 6. 1951, MDR 51, 726 ff

3) BVerfG-E 8, 80 = NJW 58, 1388

unter Hinweis auf Artikel 14, Abs. 2 GG den Inhalt und die Schranken des Eigentums in einer Weise bestimmt, die grob sachwidrig ist und in die Interessen der Beteiligten ohne Grund oder übermäßig eingreift. ¹⁾

Dadurch, daß gemäß Artikel 14, Abs. 2 GG "Eigentum verpflichtet", soll sein Gebrauch zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Damit ist nicht gesagt, daß die Interessen der Allgemeinheit den Vorrang vor dem Individualinteresse des Eigentümers in Anspruch nehmen können. Die Nutzung des Eigentums durch den Eigentümer soll nur so ausgerichtet werden, daß sie "zugleich" dem Wohle der Allgemeinheit dient. Der Eigentümer muß also das Allgemeininteresse verantwortungsbewußt im Auge haben und darf diesem nicht zuwiderhandeln. Darauf basiert unter anderem der Landschaftsschutz, durch den das Interesse der Allgemeinheit gewahrt wird, daß die Landschaft, die ihren Lebensraum darstellt, nicht eigennützig verunstaltet werden darf. ²⁾

In der Gegenüberstellung von hoheitlichen eigentumsbelastenden Maßnahmen gibt es nur die Alternative zwischen entschädigungspflichtig oder nicht entschädigungspflichtig. Eine Entschädigung muß immer dann gezahlt werden, wenn die belastende Maßnahme nicht als der Sozialbindung zugehörig vom Eigentümer entschädigungslos hingenommen werden muß. Sozialbindung und Sozialpflichtigkeit stehen gegenüber dem enteignenden Eingriff sozusagen "in einem Lager" und gehören beide dem Eigentum unmittelbar an. Das Eigentum ist somit mit Sozialbindung und Sozialpflichtigkeit aus sich selbst heraus belastet. Dem

1) BVerfG-E 18, 121, 132 = NJW 64, 1848

2) von Schalburg, Die Einschränkung des Grundeigentums in den Forstgesetzen und Landschaftsschutzgesetzen des Bundes und der Länder; in NJW 78, Seite 303 ff

gegenüber kommt der enteignende Eingriff "von außen" auf das Eigentum als belastende Maßnahme zu und muß zu einer Entschädigung des Eigentümers führen. Dem gemeinsamen "Lager" (s.o.) von Sozialbindung und Sozialpflichtigkeit steht daher das "Lager" des enteignenden Eingriffs stets als Alternative gegenüber. Bei der rechtlich wie praktisch meist schwierigen Frage der Abgrenzung zwischen diesen "Lagern" wird daher üblicherweise nur von der Sozialbindung einerseits und der enteignenden Maßnahme andererseits gesprochen.

6.3 Enteignende Grundstücksbelastungen

Die Eigentumsbelastungen, welche zur Entschädigung führen, sind enteignende Maßnahmen. Zur sprachlichen Terminologie muß vorab Klarheit geschaffen werden, was unter den Begriffen "Enteignung", "enteignungsgleichem Eingriff" und "enteignender Maßnahme" (auch: "enteignendem Eingriff") zu verstehen ist.

Früher war es nach der allgemeinen Rechtsauffassung so, daß "Enteignung" nur die r e c h t m ä ß i g e E n t - e i g n u n g war. Heute besteht Einigkeit darüber, daß diese Rechtsauffassung der Vergangenheit angehören muß.¹⁾

Die alte Auffassung hatte zur Folge, daß stets geprüft werden mußte, ob der Eingriff rechtmäßig oder rechtswidrig ist. Denn nur der rechtmäßige Eingriff sollte danach eine Enteignung sein, für die eine Entschädigung gewährt werden mußte. Das hatte zur Folge, daß der belastete Eigentümer zwar dann eine Entschädigung beanspruchen konnte,

¹⁾ Wolff-Bachhof § 60 I c 1; Maunz-Dürig Art. 14 Rand-Nr. 71; Kimminich JUS 1969, 351; BGHZ 45, 153: "Enteignung ist der rechtmäßige hoheitliche Eingriff in das Eigentum ..."

wenn die hoheitliche Gewalt sein Eigentum rechtmäßig über das Maß der Sozialbindung hinaus beeinträchtigte, nicht aber dann, wenn dieselbe Beeinträchtigung - oder eine noch größere - nicht mehr rechtmäßig war.

In einem Rechts- und Sozialstaat war dieser Zustand mit den staatstragenden Prinzipien unvereinbar. So sah sich die Rechtsprechung genötigt, ein entsprechendes Institut ins Leben zu rufen, welches es ermöglicht, den betroffenen Eigentümern eine Entschädigung zu gewähren, wenn sie durch eine hoheitliche und rechtswidrige Maßnahme in ihrem Eigentumsrecht verletzt sind. Auf diese Weise erfolgt eine Gleichstellung mit denjenigen, welche dieselbe Beeinträchtigung in rechtmäßiger Weise erfahren hatten, und denen demzufolge eine Entschädigung zustand. Diesen rechtswidrigen, hoheitlichen Eingriff, der den Eigentümern eine Belastung auferlegte, die über das Maß der Sozialbindung hinausging, bezeichnet man als "enteignungsgleichen Eingriff".

Warum der Bundesgerichtshof dieses Institut entwickelt hat, führt er in seiner Entscheidung E 6, 290 aus: "es ist aber geboten, unrechtmäßige Eingriffe der Staatsgewalt in die Rechtssphäre des Einzelnen dann wie eine Enteignung zu behandeln, wenn sie sich für den Fall ihrer gesetzlichen Zulässigkeit wohl nach ihrem Inhalt wie nach ihrer Wirkung als eine Enteignung darstellen würden und wenn sie in ihrer tatsächlichen Wirkung dem Betroffenen ein besonderes Opfer auferlegt haben. Die Beschränkung des Tatbestandes der Enteignung in Artikel 14 GG auf rechtmäßige Eingriffe des Staates bedeutet ihrem Sinn nach eine Beschränkung für die Zulässigkeitsvoraussetzungen eines solchen Eingriffs, nicht aber eine Beschränkung für die Zulässigkeit eines Entschädigungsanspruchs. Der entscheidende Grundgedanke für die Zubilligung eines Entschädigungsanspruchs ist bei einem unrechtmäßigen Staatseingriff, der in seiner Wirkung für

den Betroffenen einer Enteignung gleichsteht, mindestens in dem gleichen Maße gegeben wie bei einer rechtmäßigen, also gesetzlich zulässigen Enteignung." 1)

Es ist zweckmäßig und völlig ausreichend, bei der Fallprüfung darauf abzustellen, ob ein hoheitlicher Eingriff in das Eigentum vorliegt. Wird dies bejaht, so hat die Abgrenzung zwischen Sozialbindung und enteignendem Eingriff zu erfolgen. Ist der Rahmen der Sozialbindung überschritten, so muß entschädigt werden, ohne daß eine weitere Überprüfung der Einzelheiten erforderlich wäre. Ob nun also eine Enteignung (rechtmäßig) oder ein enteignungsgleicher Eingriff (rechtswidrig) vorliegt, soll nicht geprüft werden. Zur Vermeidung von Mißverständnissen werden für beide Institute summarisch die Begriffe "enteignender Eingriff" oder "enteignende Maßnahme" gebraucht.

Ein bedeutsamer Unterschied zwischen den rechtmäßigen und rechtswidrigen hoheitlichen Akten, der nicht unerwähnt bleiben darf, liegt darin, daß es sich bei einer Zuordnung zur Sozialbindung stets um rechtmäßige Maßnahmen handeln muß. "Rechtswidriges hoheitliches Verhalten kann sich in keinem Falle als soziale Bindung des Eigentums darstellen". 2)

1) siehe auch BGHZ 7, 296; 13, 88; 23, 157; 32, 211; 37, 44; 40, 49; 45, 153; Maunz-Dürig-Herzog Art. 14 Rand-Nr. 94 f; BK Kimminich Art. 14 Rand-Nr. 102 ff; Wolff-Bachhof § 60 I c 2; Bender Rand-Nr. 59 ff

2) H. Kröner aaO, Seite 65

"Die Frage, ob ein hoheitlicher Eingriff bereits enteignenden Charakter hat oder nur die Sozialbindung des Eigentums verwirklicht, beantwortet sich schließlich nicht nach der formalen Gestaltung der Maßnahme, sondern ihrem inneren Gehalt, entscheidend nach dem mit der Maßnahme verfolgten Zweck und ihrer Begründung. Dieselbe den Bürger beeinträchtigende Maßnahme kann daher in einem Falle die bloße Zurückweisung des Betroffenen in die gesetzlichen Schranken seiner Rechte, also Verwirklichung der Sozialbindung bedeuten, dagegen in einem anderen Fall schon ein dem Gleichheitssatz schwer beeinträchtigendes Sonderopfer des einzelnen, also ein enteignender Eingriff sein; beispielsweise ist der Abbruch eines Hauses zur Verbreiterung einer Straße sicherlich Enteignung, während dieselbe Maßnahme bei einer Einsturzgefahr des Hauses aus echten polizeilichen Gründen anders zu bewerten ist.

Das zulässige Maß der Bindung des Eigentums steht nicht ein für allemal fest. Es ist vielmehr abhängig von der jeweiligen geschichtlichen Situation, von den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten. Politische und wirtschaftliche Krisenzeiten lassen Beschränkungen und Bindungen zu, die in normalen Zeiten nicht oder nicht in dem gleichen Maße für zulässig erachtet werden können. Denn das Eigentum bindende und beschränkende Regelungen sind immer nur in dem Maße zulässig, wie der sachliche Grund, der zu der Bindung und Beschränkung führt, dies erfordert. Daraus ergibt sich, daß bei der Frage, ob eine Regelung noch als soziale Bindung des Eigentums gewertet werden kann, auch die "Schwere" der dem Eigentum auferlegten Beschränkung bedeutsam wird. Wenn eine das Eigentum beeinträchtigende Maßnahme sich nicht als Konkretisierung einer generellen Eigentumsbindung darstellt, verstößt sie gegen den Grundsatz der Lastengleichheit aller, der heute das Verhältnis des einzelnen zum Staat im Hinblick darauf,

wie weit der einzelne zu den Lasten der Allgemeinheit herangezogen werden kann, beherrscht. Eine Norm, eine Maßnahme, die gegen diesen Grundsatz und damit gegen den Gleichheitssatz verstößt, kann nicht mehr als Sozialbindung gerechtfertigt sein. In diesem Fall wird der einzelne auch mehr in Anspruch genommen, als das Gesetz von anderen in gleicher Lage Befindlichen fordert, von ihm wird ein "Sonderopfer" verlangt. Das aber ist Enteignung. Auch in diesem Zusammenhang ist die "Schwere" der Beschränkung von Bedeutung, ¹⁾ ebenso wie die dadurch bedingte Zweckentfremdung des Eigentums.

6.4 Zusammenstellung der einzelnen Abgrenzungskriterien zwischen Sozialbindung und Enteignung

Verletzung des Gleichheitssatzes (Sonderopfer)

Der Verstoß gegen den Gleichheitssatz kennzeichnet die Enteignung. ²⁾ Die Voraussetzung für eine Entschädigung wegen Enteignung ist ein "Sonderopfer" des Betroffenen. ³⁾

Schwere des Eingriffs

Der Eingriff in das Eigentum des Betroffenen muß besonders schwer sein, verglichen mit anderen, sachverhältnismäßig gleichgelagerten Fällen. ⁴⁾

1) H. Kröner, aaO, Seite 64/65

2) BGHZ 6, 279/280

3) BGHZ 45, 153; von Mangoldt - Klein GG Art. 14 Anm. VII 4; Wolff-Rachhof § 60 I b und § 62 III b; BVerwGE 15, 2; DVBl 1969, 213/4; Maunz DÖV 1975, 4

4) BVerwGE 5, 145; BGHZ 57, 278; 60, 126/132

Totalentzug

Wird das Eigentum völlig entzogen, so liegt in aller Regel eine Enteignung vor. ¹⁾

Institutsgefährdung

Wird das Eigentum als Rechtsinstitut ausgehöhlt, so muß die verursachende Maßnahme als enteignend charakterisiert werden. ²⁾

Eingriffsdauer

Die Bejahung einer Enteignung setzt voraus, daß die Maßnahme von dauerhaftem Charakter ist. ³⁾

Existenzvernichtung

Wird die wirtschaftliche Existenz des Betroffenen vernichtet, so ist von einer Enteignung auszugehen. ⁴⁾

Unzumutbarkeit des Eingriffs

Der hoheitliche Eingriff muß den Betroffenen in solch schwerem Maße belasten, daß es für ihn unzumutbar ist, diesen entschädigungslos zu erdulden. ⁵⁾

1) Wolff-Bachof § 62 III b 2; Leisner, Sozialbindung des Eigentums, Seite 199

2) Leisner aaO, Seite 201

3) BGHZ 57, 366; Leisner aaO, Seite 205

4) Leisner aaO, Seite 206

5) Maunz-Dürig-Herzog Art. 14 Rd.-Nr. 71; BGHZ 57, 366; BVerwG DGBI 1969, 213/4

Zweckentfremdung

Eine Enteignung setzt voraus, daß das Eigentum zweckentfremdet belastet wird, indem die private Nutzungsmöglichkeit beeinträchtigt wird. Im Gegensatz dazu liegt eine solche Zweckentfremdung nicht vor, wenn lediglich die funktionsgerechte Verwendung des Eigentums geregelt wird. ¹⁾ Eine solche Maßnahme liegt innerhalb der Sozialbindung.

Inanspruchnahme des Eigentums zugunsten fremder Interessen

Keine Enteignung, wenn das Eigentum nicht aktiv zugunsten anderer in Anspruch genommen wird, sondern lediglich Gefahren, die von dem (störenden) Eigentum ausgehen, defensiv abgewehrt werden. ²⁾

Herkömmliche Beschränkung

Keine Enteignung bei einer herkömmlichen Beschränkung des Eigentums, insbesondere nach §§ 904 ff BGB - unmittelbar oder analog. ³⁾

1) Forsthoff S. 344; Leisner Seite 209; BGHZ 60, 131 und 147

2) BGHZ 64, 39; BVerwG-E 20, 359/361

3) BGHZ 54, 388; 57, 373, 377; Leisner, Seite 209 und NW 1975, 233

Sozialpflichtigkeit

Keine Enteignung bei besonderer (erhöhter) Sozialpflichtigkeit wegen der Eigenart des betroffenen Gegenstandes, insbesondere mit Rücksicht auf die Situationsgebundenheit eines Grundstücks ¹⁾, oder wegen unzureichender Versorgungslage. ²⁾

Fortbestandsschutz

Ein Eingriff in eine (vom Eigentumsschutz erfaßte) Position, auf deren Fortbestand der Inhaber vertrauen durfte, führt bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen zur Annahme einer Enteignung. ³⁾

1) BGHZ 23, 30/33: 60, 126, 130; BVerwG-E 15, 2; Maunz DÖV 1975, 3

2) BVerfG NJW 1975, 730

3) BGHZ 55, 264; Leisner Seite 216/7; Reiland VerwArch 66 (1975), 267 ff

Teil 2

7. Darstellung und Wertung des öffentlichen (Erholungs-) Interesses am Wald

7.1 Entstehung des Betretungsrechtes

"Die Industriegesellschaft der Gegenwart, in deren Ballungsgebieten die Konzentration der Bevölkerung und des Großgewerbes auf kleinsten Flächen, der Straßenstaub, der Großstadtlärm und die Industrieabgase zu einem wesentlich verstärkten Erholungsbedürfnis der Menschen geführt haben, verleiht der Frage nach dem Betreten des Waldes besondere Aktualität." 1)

Die Geschichte vom Wandel der Auffassung vom Eigentum zeigt uns, wie sehr die Inhaltsbestimmung des Eigentums von der historischen Entwicklung abhängt. Die Geschichte des Waldbesitzrechtes lehrt jedenfalls, daß es nicht ohne weiteres möglich war, eine gewohnheitsrechtliche unbeschränkte Benutzung des Waldes durch jedermann herzuleiten. Zu Zeiten der Markgenossenschaften nahmen die Siedlergemeinschaften ein Ausschließungsrecht gegenüber Fremden an der gemeinen Waldmark - Allmende in Anspruch, sobald sich feste Rechtsbegriffe hinsichtlich des Bodens zu bilden begonnen hatten.

"Bei den königlichen und herrschaftlichen Einforstungen ist noch stärker das Ziel, den eingeforsteten oder gebannten Wald außerhalb der allgemeinen Nutzung zu stellen, verwirklicht. Sehr häufig waren Betretungsrechte damit verbunden". 2)

1) Mantel, Forstliche Rechtslehre, Seite 117

2) Mantel, aaO, S. 120

In der Zeit bis zum Erlaß des Bundeswaldgesetzes (BWaldG) vom 2.5.1975 wurde ständig die Frage diskutiert, ob und warum es ein gewohnheitsrechtliches Betretungsrecht am Wald gebe. In § 14 BWaldG wird die Frage des Betretungsrechtes vom Bundesgesetzgeber geregelt. Dort heißt es:

§ 14

Betreten des Waldes

- (1) Das Betreten des Waldes zum Zwecke der Erholung ist gestattet. Das Radfahren, das Fahren mit Krankenfahrstühlen und das Reiten im Walde ist nur auf Straßen und Wegen gestattet. Die Benutzung geschieht auf eigene Gefahr.
- (2) Die Länder regeln die Einzelheiten. Sie können das Betreten des Waldes aus wichtigem Grund, insbesondere des Forstschutzes, der Wald- oder Wildbewirtschaftung, zum Schutze der Waldbesucher oder zur Vermeidung erheblicher Schäden oder zur Wahrung anderer schutzwürdiger Interessen des Waldbesitzers, einschränken und andere Benutzungsarten ganz oder teilweise dem Betreten gleichstellen.

Durch diese Regelung hat der Gesetzgeber von seiner Möglichkeit nach Art. 14, Abs. 1, Satz 2 GG Gebrauch gemacht, Inhalt und Schranken des Eigentums zu bestimmen. Gleichzeitig hat er damit die Diskussion über den Punkt beendet, ob das Betreten des Waldes in der genannten Form aus Gewohnheitsrecht gestattet ist. § 14 BWaldG gibt dem Einzelnen einen unmittelbaren Anspruch auf das Betreten des Waldes zum Zwecke der Erholung.

7.2 Ansprüche der Öffentlichkeit an den Wald

In den zurückliegenden Jahrzehnten und Jahrhunderten wurden die Ansprüche an den Wald den jeweiligen Bedürfnissen entsprechend angepaßt. In der heutigen Zeit entstehen innerhalb des Interessenkonfliktes zwischen Privateigentümer und Allgemeinheit bezüglich der Nutzung des Waldes hauptsächlich deswegen Kontroversen, weil durch eine Verschiebung des Schwergewichtes teilweise existenzielle Fragen entstehen. Die Modernisierung des heutigen Lebens hat verschiedene Verdichtungstendenzen zur Folge. Durch die Ausweitung der Städte und die ständig wachsende Industrialisierung sind die Ansprüche der Öffentlichkeit an den Wald ganz rapide gestiegen. Während in anderen Bereichen mit hohem Kostenaufwand den Ansprüchen der modernen Leistungsgesellschaft Rechnung getragen wird, erwartet man in althergebrachter Tradition vom Wald, daß seine Einrichtungen in der gewohnten Selbstverständlichkeit der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

Will man die heute gültigen Ansprüche der Gesellschaft an den Wald zusammenfassen, so muß man in zwei Gruppen einteilen:

"Die erste Gruppe umfaßt all jene, mit der Landeskultur im weitesten Sinne zusammenhängenden Wirkungen des Waldes, insbesondere also seine Schutzfunktion gegenüber dem Waldstandort selbst, aber auch seine Schutzfunktion gegenüber dem Raum als solchem, mit deren Hilfe Gefahren abgewendet werden sollen, die von den Naturgewalten ausgehen oder die sich bei einer sonstwie den Naturhaushalt belastenden Bodennutzung entwickeln könnten. Zu diesen landeskulturellen Wirkungen im weitesten Sinne gehört auch die Erholungsfunktion des Waldes insoweit, als der Wald der Bevölkerung zum Besuch offensteht und dabei als ein Stück Natur, als ein Teil

der Heimat angesehen wird.

In der zweiten Gruppe sind all jene Ansprüche zu summieren, bei denen nicht der Wald selbst, seine naturgegebenen Verpflichtungen mit Standort, Landschaft, Umwelt und Naturhaushalt im Vordergrund stehen, sondern die durch menschliche Aktivität in dominanter Weise gestaltet werden. Dazu zählen all jene Schutzwirkungen, die einen Ausgleich von anderswo herkommenden Umweltbelastungen zum Ziele haben, aber auch all jene Abläufe, die über das bloße Betreten und Durchwandern des Waldes hinaus als eine Erholungsstätte besonderer Art begreifen, die Massierung des Erholungsverkehrs dort verursachen, besondere Gestaltungsmaßnahmen und besondere Flächeninanspruchnahmen erforderlich machen oder sonstige besondere Wünsche an die Waldbewirtschaftung herantragen. All diese Ansprüche der Öffentlichkeit an den Wald haben den Charakter einer "konkurrierenden Nutzung", da ganz bestimmte, neu und gezielt entwickelte Interessen der Öffentlichkeit durch eine bestimmte Forcierung von Waldfunktionen befriedigt werden sollen. Es ist dabei der Leistungscharakter nicht zu übersehen, der all diesen Abläufen innewohnt, womit auch der Zusammenhang mit dem Begriff der infrastrukturellen Leistung im Sinne einer produzierten Infrastruktur gegeben erscheint. ¹⁾

Zu der ersten Gruppe des Anspruchskatalogs gehören die Arten der Waldbehandlung, die aufgrund der besonderen Lage der bewaldeten Grundstücke dem vernünftigen und verantwortungsbewußten Waldeigner nahezu eine Selbstverständlichkeit sind. So gehört es zur Schutzfunktion des Waldes, daß beispielsweise im Hochgebirge in einem Lawinenabbruchgebiet, wie auch im Einzugsgebiet von

1) Nießlein, Waldeigentum und Gesellschaft, S. 36 ff

Wildbächen der Wald zur Abwehr von Lawinen- und Hochwasserkatastrophen bestehen bleiben muß. Derselben Anspruchsgruppe sind die Fälle zuzuordnen, in denen dem Waldeigentümer auferlegt wird, den Wald zum Schutz gegen schädliche Windeinwirkungen oder gegen die Verkarstung des Bodens zu erhalten. Eine gleichgeartete Bedeutung hat der Wald in wasserwirtschaftlicher Hinsicht inne.

All diese Beispielsfälle der ersten Anspruchsgruppe resultieren aus der natürlichen Beschaffenheit von Landschaft und Landschaftsteilen. Diese Ansprüche an den Wald stellen sich aus dem Erfordernis der Erhaltung und Pflege von Natur und Landschaft.

Anders und schwieriger ist die Beurteilung der zweiten Anspruchsgruppe. Hierzu zählen diejenigen Ansprüche, die sich aus der Nutzung der Erholungsfunktion des Waldes, der Durchsetzung landschafts-ästhetischer Vorstellungen, der Inanspruchnahme des Waldes für die Belebung fremdenverkehrs wirtschaftlicher Entwicklungen oder der Wahrnehmung von Schutzfunktionen gegenüber andersartigen, aktiven Umweltbelastungen (Beispiel: Lärmschutzwald) ergeben. All diese Ansprüche lassen sich nicht mit denselben Argumentationen begründen wie diejenigen aus der ersten Gruppe, denn sie haben nicht ihre Berechtigung aus dem Bedürfnis nach der Pflege von Landschaft und Natur, vielmehr sind sie das Resultat der Verstädterung und der gestiegenen Industrialisierung, welche in funktionalem Ausgleich die Steigerung des Erholungsbedürfnisses vorantreiben. Gerade durch dieses Faktum ist die eigentlich alte Problematik des Interessenkonfliktes zwischen der erholungssuchenden Allgemeinheit und den Waldbesitzern in ein völlig neues Stadium getreten. Denn diese steigenden Ansprüche der Gesellschaft an den Wald haben zu einer konkurrierenden Nutzung am Waldareal geführt. Insofern muß nach der in jüngster Zeit erfolgten Schwerpunktverlagerung diesbezüglich eine Interessen-

entflechtung und Ordnung nach neuen Gesichtspunkten gefunden werden, die jedoch nicht ohne weiteres vergleichbar ist mit der Wertung der Ansprüche, die als Gruppe 1 zusammengefaßt wurden und die im Zusammenhang mit den landeskulturellen Schutzfunktionen des Waldes zu sehen sind. Denn diese konkurrierende Inanspruchnahme des Raumes hat mit den Besonderheiten der Vorgänge im Wald nichts zu tun, sie ist vielmehr Folge der dargestellten Verdichtungstendenz und ist die Ursache für das Entstehen eines völlig neuen Wissens- und Politikbereichs, der Raumordnung. Sie beschäftigt sich mit dem aktuellen Problem, daß - wenn auch bzw. weil die Lebens- und Wirtschaftsordnung frei sind - der Raum nur noch dann sinnvoll genutzt werden kann, wenn eine gewisse zentrale (hoheitliche) "Steuerung" vorgenommen wird.

Konkrete Beispiele für die Ansprüche aus der zweiten Gruppe sind die Anlage von Wanderwegen, Ruheplätzen, Schutzhütten, Parkplätzen, Lichtungen, Spiel- und Liegewiesen, Waldlehrpfaden, wie auch die Schaffung von Aussichtsplätzen durch Schlägerungen oder die Aufforstung mit bestimmten Holzarten zur Steigerung der Erholungswirkung.

7.3 Der Begriff der "Öffentlichkeit"

Der Begriff des "öffentlichen Interesses" gehört zu denjenigen, "die auf politische Wertvorstellungen zurückverweisen und mit deren Wechsel ihre Bedeutung ändern können". Gerade im Rahmen der Abgrenzung der Sozialbindung von der enteignenden Maßnahme ist die Definition dieses unbestimmten

1) Forsthoff, Verwaltungsrecht § 1

Rechtsbegriffes von zentraler Bedeutung. Zwar kann un-
streitig von der Tatsache ausgegangen werden, daß das
Betreten des Waldes durch erholungssuchende Fußgänger
ein "öffentliches Interesse" ist, jedoch stellt sich
gleich im Anschluß hieran die Frage, warum dieser Fall
der Inanspruchnahme ausdiskutiert ist. Der Grund dafür
könnte einerseits in der Zahl der Benutzer zu sehen sein,
andererseits aber auch in dem Grade der Intensität der
Nutzung.

Der Eindruck entsteht somit, als könnte man zwei Krite-
rien für die Beurteilung der Frage, wer "die Öffentlich-
keit" repräsentiert, heranziehen: Die Zahl der Benutzer
und die Intensität der Benutzung. Während das erste
Kriterium in der Tat zur Beurteilung der anstehenden
Frage geeignet ist, muß dies für das zweite verneint
werden. Denn die Intensität der Benutzung gibt keinen
Aufschluß darüber, ob diese durch "die Öffentlichkeit"
oder bloß durch kleinere Gruppen erfolgt, sie gehört
vielmehr in den Fragenbereich, ob jegliche Art von
Nutzung des Waldes durch Erholungssuchende unter den
Begriff des "Betretens" zu fassen ist.¹⁾

Für die Beurteilung der Frage, ob ein Bedürfnis im
"öffentlichen Interesse" liegt, ist sicher die Zahl der-
jeniger von Bedeutung, die dieses Bedürfnis repräsentieren.
Dabei setzt sich ein Bedürfnis aus verschiedenen mensch-
lichen Bedürfnisstrukturen zusammen, die sehr unterschied-
lich sein können. Damit die Wahrnehmung eines solchen
Bedürfnisses im "öffentlichen Interesse" liegt, muß davon
ausgegangen werden, daß eine gewisse große Mindestzahl

1) vgl. dazu unten, 9.1, S.85

von Personen diesem Bedürfnis nachgeht, und daß dieses Bedürfnis einen bestimmten Stellenwert im Bewußtsein der Bevölkerung einnimmt.

Durch die große Anzahl dieser Personen im Verhältnis zur breiten Allgemeinheit einerseits und den einzelnen Eigentümern andererseits manifestiert sich hierin das "öffentliche Interesse", wobei grundsätzlich darauf abgestellt werden muß, ob regional eine differenzierte Betrachtung geboten ist.

Bei einer solchen Untersuchung kann man grundsätzlich nicht von exakten Zahlenwerten ausgehen, denn der Begriff der "Öffentlichkeit" läßt sich nicht in Zahlen ausdrücken. Das bedeutet jedoch nicht, daß eine genauere Bestimmung nicht erfolgen kann. Gerade im Bereich der Waldbenutzung im Rahmen des Erholungsverkehrs und Freizeitsports muß darauf abgestellt werden, welche starke Bedeutung die betreffende Benutzungsart in der zu untersuchenden Region hat. Denn die Bevölkerung muß ein überwiegendes Interesse gerade an dieser Benutzungsart haben. Es reicht nicht aus, daß es Gruppen oder Personengruppen gibt, die ein solches Interesse repräsentieren. Vielmehr muß das Bedürfnis, den Wald gerade in dieser Art zu nutzen, so stark in der Bevölkerung verbreitet sein, daß die Mehrzahl diese Nutzung will, und daß man geradezu entgegen jeglicher Vernunft handeln müßte, wenn man diese Nutzung nicht gestatten wollte. Das bedeutet, daß die "Öffentlichkeit" nur dann repräsentiert sein kann, wenn die betreffenden Erholungssuchenden und Freizeitsportler ein allgemein verbreitetes Interesse verkörpern.

7.3.1 Skilauf

Der Skilauf - ob nordisch oder alpin - befindet sich gewissermaßen in einer "doppelten Abhängigkeit": Die Ausübung dieser Sportart ist abhängig von

landschaftlichen Voraussetzungen (Berg- oder Alpenregion)

und

saisonbedingter Witterung.

Für den alpinen Skilauf ist die Berglandschaft eine unersetzbare Voraussetzung, darüberhinaus ist aber auch der nordische Skilauf an Regionen mit einer gewissen Mindest-Meereshöhe gebunden, da die Schneelage nur dort gewährleistet ist.

Diese "doppelte Abhängigkeit" des Skilaufs wirkt sich in wesentlichem Maße auf die Beurteilung der Frage aus, ob das Betreiben dieser Sportart im "öffentlichen Interesse" liegt. Denn durch die natürliche Begrenzung der Ausübungsmöglichkeiten innerhalb der verschiedenen Länder der Bundesrepublik kann es durchaus sein, daß der Skilauf in einem Land oder in einer bestimmten Region im öffentlichen Interesse liegt, während dies andernorts nicht der Fall ist. So dürften außer dem Sauerland, dem Harz, Baden-Württemberg und Bayern keine weiteren Regionen oder Länder in der Bundesrepublik mangels Skilaufgelegenheiten mit der Frage konfrontiert sein, ob der Skilauf ein Postulat des öffentlichen Interesses ist.

Eine Untersuchung des Deutschen Skiverbandes (DSV) konnte die Skiläufer der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung des Nord-Süd-Gefälles lokalisieren. 1)

1) Jürgen Kemmler, AFZ 1977, 28

Nach Ländern aufgeteilt beträgt danach der prozentuale Anteil der Skiläufer an der Bevölkerung:

28 % in Bayern

24 % in Baden-Württemberg

18 % in Nordrhein-Westfalen

14 % in Hessen

3 % in Berlin

1 % in Schleswig-Holstein

Rest: in unwesentlicher Beteiligung auf die
Bundesrepublik verstreut

Bei dieser Prozentualbetrachtung muß berücksichtigt werden, daß mit Ausnahme der Bayern und Baden-Württemberger nahezu alle sogenannte "Urlaubs-Skifahrer" sind, mangels besserer und anhaltender Gelegenheit in ihrem Herkunftsland.

In den Ländern Bayern und Baden-Württemberg ist die Benutzung der Ski ein historisch gewachsenes Selbstverständnis. Durch die landschaftsstrukturellen Bedingungen dieser Länder ist die Bevölkerung seit jeher bei der Verrichtung der alltäglichen Geschäfte darauf angewiesen, mit den schneereichen Wintern zurechtzukommen. So hat der Ski in diesen Ländern seinen geschichtlichen Ursprung als Fortbewegungsmittel. Im Laufe der Zeit erfuhr dieses Gerät die vielseitigsten technischen Variationen bis hin zum heutigen modernen und hochentwickelten Freizeitsportgerät. Bis zum heutigen Tage bedienen sich jedoch noch Kreise der Bevölkerung dieser Länder der Ski als notwendigem Fortbewegungsmittel. Wenn heutzutage auch der skilaufernde Postbote im Schwarzwald, Pastor oder Landarzt in Bayern nicht mehr zum alltäglichen Bild des Winters gehören, so gibt es sie in einigen Einzelfällen doch noch, was von der Notwendigkeit und zugleich Nützlichkeit dieser Fortbewegungsart zeugt.

Durch die enge Konfrontation dieser Bevölkerungsteile mit dem schneereichen Winter ist besonders in diesen Gegenden bei der Bevölkerung ein natürliches Bedürfnis gewachsen, den Skilauf als Freizeitbetätigung oder Sportart zu betreiben. Der Anfang hierfür wird meistens gemacht im frühen Kindesalter, da in den genannten Ländern der Skilauf als Schulsportart schon seit den ersten Grundschulklassen ausgeübt wird. Das hat zur Folge, daß nahezu jeder aus dieser Bevölkerung mindestens ein Paar Ski besitzt und dieses auch Winter für Winter zum Skilaufen benutzt.

Durch die große Anzahl derer, die in Bayern und Baden-Württemberg den Skilauf als Sportart betreiben, wird ein "öffentliches Interesse" dieser Bevölkerung an der Praktizierung des Skilaufs manifestiert.

7.3.2 Reiten

Das Reiten steht im Gegensatz zum Skilauf nicht in der "doppelten Abhängigkeit" wie dieser. Denn die Ausübung des Reitsports ist weder von einer bestimmten Gegend oder Landschaftsform abhängig, noch von einer bestimmten Jahreszeit. Aus diesem Grunde ist die Ausübung des Reitsports weit gleichmäßiger auf das Bundesgebiet verteilt als der Skilauf. Theoretisch kann man überall reiten und ist nicht darauf angewiesen, in ein bestimmtes Gebiet anzureisen.

1)
Wie sich aus der Übersicht 2 in 3.2 dieser Abhandlung ergibt, ist die Verteilung der Reiter auf die Landesverbände trotzdem recht verschieden. So fällt auf, daß für die Länder Berlin, Hamburg und das Saarland die Zahl der Reiter relativ gering ist, während in Nordrhein-Westfalen ein relativer Spitzenwert erreicht wird.

1) s.o. S. 10

Durch die unterschiedlich intensive Ausübung des Reitsports ist es daher durchaus denkbar, daß die Ausübung dieser Sportart in manchen Gegenden im "öffentlichen Interesse" liegt, in anderen Teilen jedoch nicht. Wie bereits beim Skilauf dargestellt, hängt die Frage, ob ein "öffentliches Interesse" gegeben ist, einerseits davon ab, wie groß die Zahl derjenigen im Verhältnis zur Allgemeinheit ist, die ein solches Interesse an der Ausübung dieser Sportart repräsentieren, andererseits auch von dem Stellenwert, den die Ausübung dieser Sportart im Bewußtsein der Bevölkerung einnimmt.

Das Reiten als Freizeitsportart hat eine relativ junge Geschichte. Die Nutzung des Pferdes als Fortbewegungsmittel ist uns jedoch aus altüberlieferter Zeit bekannt.

Vor der Zeit der Erfindung des ersten Motors und selbst noch lange Zeit danach hatte das Pferd seine Geltung und Berechtigung als wesentliche Hilfe für den Menschen bei der Fortbewegung oder auch als Arbeitspferd. In dieser Nutzfunktion ist es inzwischen nahezu vollständig abgelöst worden durch die modernen Massen- oder Individualverkehrsmittel und die speziellen Arbeitsmaschinen. Das Selbstverständnis einer weiteren Nutzung des Pferdes hat nach der Einführung dieser modernen Hilfsmittel nicht stattgefunden. Vielmehr war lange Zeit zu befürchten, daß das Pferd dem Aussterben nahe ist. In dieser Übergangszeit fand die Neubesinnung auf die Möglichkeit der Nutzung des Pferdes als Mittel zur Freizeitgestaltung in Form der Freizeitreiterei statt. War es anfänglich nur eine kleine Zahl derer, die das Reiten als Freizeitsport betrieben, so ist dies zurückzuführen auf den relativ großen Kosten- und tatsächlichen Aufwand, der mit dieser Sportart verbunden ist. "Insofern kann das Reiten in seiner heutigen Art sicherlich nicht mit anderen volkstümlichen Erholungsarten wie etwa Schwimmen, oder selbst Skilaufen gleich-

gestellt werden, was unter anderem etwa auch durch den Hinweis bestätigt wird, daß im Lehr- und Kursplan allgemeinbildender Schulen wohl das Schwimmen und der Ski-kurs, sicherlich aber nicht der Reitunterricht Platz findet".¹⁾

Dieser Umstand und die weitere Tatsache, daß wegen der vorgenannten Gründe das Reiten vermutlich in der Zukunft wie in der Vergangenheit und Gegenwart einem sehr beschränkten Personenkreis zugänglich sein wird, rechtfertigen die Annahme, daß es zumindest äußerst fragwürdig ist, ob die Ausübung des Reitsports zum Zwecke der Erholung in allgemeinem, öffentlichem Interesse steht. Umsomehr gilt dies, wenn man berücksichtigt, daß das Verhältnis von erholungssuchenden Fußgängern zu den Freizeitreitern etwa 100 : 1 beträgt.

In der jüngsten Diskussion und den zu diesen Fragen ergangenen Gerichtsurteilen wird die Frage, ob die Freizeitreiterei in öffentlichem Interesse betrieben wird, verschieden beurteilt.

¹⁾ Nießlein, "Der Bayrische Verfassungsgerichtshof zur Reiterfrage" in: Der Forst- und Holzwirt", Heft 18, Seite 339 ff

8. Faktische Auswirkungen der Benutzung des Waldes durch Freizeitsportler

Durch die Tür, die das BWaldG zum Wald aufgestoßen hat, strömen zahlreiche erholungssuchende Menschen, die im Wald die erforderliche Ruhe und Entspannung als Ausgleich zum beruflichen Alltag suchen.

Wie sich zwangsläufig aus der menschlichen Typenvielfalt ergibt, gestaltet sich das Verhalten der Waldbenutzer auf vielfache Art. Die meisten sind sich der Schönheit der Natur in vollem Maße bewußt und haben gleichzeitig das erforderliche Verständnis für den Wert der Bewahrung dieses Naturzustandes und verhalten sich entsprechend. Diesen Menschen ist es zu verdanken, daß die Schäden in der freien Landschaft ein nicht noch größeres Ausmaß angenommen haben als dies ohnehin schon der Fall ist. Leider aber ist das Verhalten nicht aller Waldbenutzer so geartet, daß auch der nachfolgende Erholungssuchende noch denselben Genuß haben kann, denn - wie die Erfahrung zeigt - bringt der gestiegene Erholungsverkehr im Wald noch weitere Belastungen für den Eigentümer des Waldes mit sich als nur die Pflicht, fremde Personen als Erholungssuchende auf seinem Waldgrundstück zu dulden.

Das ständig steigende Erholungsbedürfnis der Allgemeinheit trifft den Waldbesitzer in den verschiedenen Formen und in verschiedener Intensität:

In bezug auf die Freizeitsportarten sind neben dem "Benutzen" der Wälder zur Sportausübung die faktischen Belastungen der Waldeigentümer aufzugliedern in:

- 8.1 Schäden, hervorgerufen durch die Waldbenutzer
- 8.2 Duldung von Maßnahmen zur Ermöglichung und Verbesserung des Freizeitsports

8.3 Aktive - eigene - Maßnahmen der Waldbesitzer zur Förderung des Freizeitsports und des Erholungswertes

8.1 Schäden, hervorgerufen durch die Waldbenutzer

Der gestiegene Erholungsverkehr im Walde hat einen erheblichen Anstieg der Schäden für den Wald und seine Einrichtungen mit sich gebracht. Hauptsächlich muß in zwei verschiedene Gruppen unterteilt werden:

1. diejenigen Schäden, die dadurch entstehen, daß die Waldbenutzer Gegenstände, die sie mit in den Wald gebracht haben, dort zurücklassen,
2. diejenigen Schäden, welche durch die Benutzung selbst - mittelbar oder unmittelbar - entstehen.

Zu 1:

Durch die Schaffung von Waldrastplätzen kam es dazu, daß der freie Tag mit Picknick im Wald zu einer besonderen Attraktion geworden ist. Oftmals wird dabei nicht bedacht, daß hinterlassenes Papier, Konservendosen und Flaschen nicht in den Wald gehören und wegen der Unachtsamkeit Weniger oftmals vom Waldbesitzer selbst oder beauftragten Personen unter erheblichem Kostenaufwand beseitigt werden müssen. Diese Kostenbelastung ist eine echte, vermögenswerte Schädigung der Waldeigentümer durch die Allgemeinheit. Für Fälle dieser Art gäbe es noch eine Reihe von weiteren Beispielen; da diese Aufzählung jedoch nicht abschließend sein soll, kann auf eine breitere Erwähnung verzichtet werden.

Weit größere Schäden, die den Waldbesitzern durch den Erholungsverkehr im Walde drohen, werden durch Feuer im

Wald verursacht. Besonders die Umgebung von Waldrastplätzen ist durch Funkenflug beim Grillen und durch hinterlassene glimmende oder glühende Kohle besonders gefährdet. Außerdem wurde schon mancher Waldbrand verursacht durch das achtlose Wegwerfen von Zigarettenkippen. Solches Fehlverhalten führt nicht selten zu einem Waldbrand, der den Bestand des Waldes in solch starkem Maße dezimieren kann, daß der Waldeigentümer von einer Existenzgefährdung bedroht ist.

Zu 2:

Während die unter dem ersten Punkt zusammengefaßten Schäden für die Freizeitnutzung des Waldes in jedweder Form gelten, müssen die unter diesem Punkt zu berücksichtigenden Schäden insbesondere auf das Reiten und den Skilauf gesehen werden.

Skilauf:

Die Benutzung der Waldflächen und Waldschneisen zur Ausübung des Skisportes hat zur Folge, daß der Schnee, auf dem die Fortbewegung mit den Skiern erst möglich ist, stark komprimiert wird. In neuerer Zeit ging man sogar dazu über, diese Komprimierung mit Hilfe technischer Geräte zu verstärken. Auf den Skipisten gehört es heute zum Bild des Alltags, daß Pistenwalzen die gefallene Neuschneemenge mit hohem technischen Aufwand und Können zu einer festgepreßten Schneedecke zusammenpressen. Das hat neben der erwünschten Pistenebnung zur Folge, daß die Skipisten im Frühjahr länger befahren bleiben, da die Sonne und die höheren Temperaturen nicht so schnell die gepreßten Schneekristalle aufzulösen vermögen. Für die Land- und Forstwirtschaft bedeutet dies, daß alljährlich die Vegetation auf solchen Grundstücken "nachhinkt". Gerade die Bergbauern wissen auf dieses Problem ein langes Klagelied zu singen. Wenn das Vieh nicht auf die Weide getrieben werden kann, weil der "Pistenschnee"

noch liegt, oder weil durch die zeitliche Verschiebung das Gras noch nicht genügend gewachsen ist, muß anderweitig Futter beschafft werden. Dies ist nur möglich unter Aufwendung finanzieller Mittel, die dann den entstandenen Schaden des Eigentümers deutlich aufzeigen.

Auch die Forstwirtschaft hat im Zusammenhang mit dem Skilauf Probleme. Das trifft für den alpinen Skilauf ebenso zu wie auch für den nordischen. Durch die Ausdehnung des Skilanglaufs und dessen ständig wachsende Beliebtheit werden ständig neue Langlaufstrecken (Loipen) angelegt (vgl. auch unten, 8.2, 8.3).

Bei der Benutzung dieser Loipen kommen die Läufer oftmals von der vorgezeichneten Strecke ab oder verlassen diese absichtlich und zerstören dadurch junge Kulturen und andere wesentliche Bestandteile des Forstes.

Im alpinen Bereich weiß jeder geübte Skiläufer, daß es für Mensch und Material äußerst unangenehm ist, auf solchen Pisten zu fahren, bei denen Steinhalden die Grundlage bilden. Denn meist treten sogenannte "apere" Stellen auf, an denen die Grundlage zum Vorschein kommt, und die dann - je nach ihrer Beschaffenheit - die Ski erheblich zerstören. Sofern solche Steinhalden der Untergrund sind, schadet dieser Kontakt mit dem Ski der Landschaft nicht, anders jedoch bei solchen Hängen, wo unter dem Schnee Wiesen sind oder junger Baumbewuchs. Durch das Befahren solcher Flächen, die sich eben gerade wegen der Ski-Materialfreundlichkeit besonderer Beliebtheit erfreuen (hauptsächlich im Frühjahr), entstehen ganz erhebliche Schäden an der Vegetation. Dies gilt selbstverständlich hauptsächlich für die Pisten und Loipen unterhalb der Baumgrenze.

Reiten:

Während bei den Wanderern Schäden nur dann auftreten, wenn das Betretungsrecht unrechtmäßig ausgeübt wird, sind die durch das Reiten auftretenden Schäden regelmäßig mit der "angestrebten rechtmäßigen" Ausübung des Reitsports verbunden.¹⁾

Während die Fußgänger sich vorwiegend von der vorhandenen Wetterlage leiten lassen und von ihrem Betretungsrecht bevorzugt nur bei schöner Witterung Gebrauch machen, führen die Reiter ihre Ausritte auch bei schlechtem Wetter durch. Dies gebietet unter anderem auch die Pflicht des Reiters, das Pferd in regelmäßigen Abständen zu bewegen, gleichgültig, ob die Wetterlage dafür besonders günstig ist oder nicht.

Gerade bei ungünstigem Wetter - aber nicht nur dann - werden vorhandene Wege von den Reitern bzw. ihren Pferden so beschädigt, daß sie anschließend weder für den Fußgänger noch für andere Erholungssuchende benutzbar sind. Auf diese Weise wird das Betretungsrecht anderer Erholungssuchender durch die Reiter erheblich erschwert, wenn nicht sogar gänzlich verhindert. Bei der Beanspruchung der freien Natur kann es überdies zwischen Wanderern und Reitern zu Begegnungen kommen. Notgedrungen müssen die Fußgänger dabei den Reitern den Vorrang einräumen. Das kann bei älteren Personen und Kindern zu Unzuträglichkeiten führen.

Außerdem wird das Eigentumsrecht der Grundstückseigentümer besonders gefährdet, da die von den Reitern angerichteten Schäden zu einer wirklichen, finanziell meßbaren Beeinträchtigung führen oder zumindest führen können.

1) so auch der Bayr. Verfassungsgerichtshof in seinem Urteil 3 - VII - 74 vom 16. Juni 1975

8.2 Duldung von Maßnahmen zur Ermöglichung und Verbesserung des Freizeitsports

Gerade der Unterschied zwischen Leistungssport und Freizeitsport ist der Grund dafür, daß für die Ausübung des Erholungssports nicht nur die reinen "Sportstrecken" geschaffen werden müssen, sondern auch die notwendigen und angenehmen Nebeneinrichtungen.

Wo sich der alpine Skilauf "niederläßt", sind gleichzeitig Lifts und Parkplätze erforderlich. Eine Abfahrtschneise muß vorhanden sein oder wird geschlagen. Planieraupen gehören ebenso zum Bild eines Pistenausbaus wie das Geräusch einer Motorsäge.

Da ein rentabler Skiliftbetrieb eine jährliche Durchschnittsfahrzeit von wenigstens 3 Monaten, also 90 Tagen, voraussetzt ¹⁾, muß die Liftanlage von vornherein auf maximale Kapazitätsauslastung geplant werden. Neben den Anfahrtswegen und Parkplätzen gehören zu den weiteren Erfordernissen die gastronomische Versorgung und der Toilettenbetrieb. Dies sind nur die wesentlichsten Voraussetzungen.

In vorbildlicher Weise wurden seit 1972 im Bereich der Forstdirektion Freiburg 8 Loipen bzw. Langlaufzentren mit mehreren Loipen im Staatswald geschaffen. ²⁾ Bei der Einrichtung dieser Langlaufzentren wurde deutlich, welche wichtigen Nebeneinrichtungen neben der Anlage der Loipe geschaffen werden müssen, um den Bedürfnissen der Besucher gerecht zu werden, die "an günstigen Wochenenden Spitzenwerte von 3000 Besuchern pro Tag erreichen. ²⁾

1) Lauterwasser, AFZ 1977, 9

2) Verbeek, AFZ 1977, 11

Dabei liegen die Hauptlasten nicht bei der Neuanlage der eigentlichen Strecke, sondern einmal bei der Erstellung der Loipenhütten mit Toiletten, Wachsraum und Teestube etc. und zum anderen bei der regelmäßigen Pflege der Skiloipen. Denn erst durch ein kontinuierliches Präparieren wird ein Skiweg zur Loipe. Zur Herstellung dieser Loipen werden dieselben Schneebereitungsmaschinen verwendet wie beim alpinen Skilauf. Durch spezielle Zusatzeinrichtungen sind sie geeignet, für die Pflege und Aufbereitung der Loipe verwendet zu werden.

Solange die Einrichtung der Langlaufzentren und deren Unterhaltung von anderen als dem privaten Waldeigentümer selbst (Beispiel: Forstverwaltung) auf seinem Grundstück vorgenommen und finanziert wird, duldet er die Inanspruchnahme seines Grundstücks zum Zwecke des Erholungsverkehrs im Rahmen der freizeitsportlichen Betätigung der Langläufer.

Im anderen Falle, wenn er selbst die Erstellung dieser Anlagen betreibt und für deren Unterhaltung faktisch wie finanziell sorgt, gehört diese Belastung zur Gruppe 8.3, da sie den aktiven Maßnahmen zur Förderung des Freizeitsportes zuzurechnen ist.

Nicht nur für die Langlaufloipen ist es erforderlich, durch Ausschlagen der gewählten Wege die Begehrbarkeit zu sichern, vielmehr ist dies auch und in erhöhtem Maße erforderlich bei der Ausgestaltung der vorgeschriebenen Reitwege. Roß und Reiter sollen beim Ausritt nicht durch herein- oder herabhängende Äste behindert sein, genauso wenig darf auf diesen Wegen der Boden so schlecht beschaffen oder mit Baumstümpfen durchsetzt sein, daß eine Verletzungsgefahr für Pferd oder Reiter besteht.

Dies hat notwendigerweise zur Folge, daß Eingriffe in die Vegetation stattfinden müssen: Äste werden ausgeschlagen, teilweise sogar Bäume gefällt, zum Teil gedeihen Jung-

pflanzen erst gar nicht, darüberhinaus müssen Wege befestigt oder erneuert werden, um ihre Begeh- oder Befahrbarkeit zu gewährleisten. Auch hier gilt dasselbe wie bei dem zum Skilauf Gesagten: Sofern der Waldeigentümer ohne Kostenbelastung die Maßnahme hinnimmt, beschränkt sich seine Belastung auf die reine Duldung, wohingegen bei eigenen Aufwendungen in Form von Geldmitteln oder Arbeitsleistungen eine solche Belastung eine aktive Maßnahme zur Förderung des Freizeitsports ist und deshalb der Gruppe 8.3 zuzuordnen wäre.

8.3 Aktive - eigene - Maßnahmen zur Förderung des Freizeitsports und des Erholungswertes

Im Rahmen des allgemeinen Besucherverkehrs im Wald kann es dem Waldeigentümer aufgegeben werden, beispielsweise die Aufforderung mit bestimmten Baumarten vorzunehmen. Die Baumsortenwahl steht dabei nicht notwendigerweise im Zusammenhang mit forstwissenschaftlichen Überlegungen für die wirtschaftliche Nutzung des Waldes, sondern im engen Zusammenhang mit der Wohlfahrtswirkung des Waldes und seiner Nutzung zum Zwecke der Erholung. Aus den gleichen Gründen kann es einem Waldeigentümer bevorzugen, an einer besonders schönen Aussichtsstelle entweder nicht aufforsten zu dürfen, oder aber einen Kahlschlag vornehmen zu müssen. Dies ist ebenfalls nicht als forstbetriebswirtschaftliche Maßnahme anzusehen, sondern als eine Folge des gestiegenen Erholungsbedürfnisses im Wald.

Die bereits dargestellten Modalitäten der Anlage oder Unterhaltung von Skianlagen oder Reitwegen zählen ebenfalls zu diesem Katalog der Belastungen in Form von einem aktiven Tätigwerden für die Allgemeinheit, sofern sie mit einem eigenen Kostenaufwand verbunden sind.

Das Aufstellen von Bänken, Einrichten von Rastplätzen, Liegewiesen, Parkplätzen, befestigten Fußwegen etc. gehören ebenso dazu.

9. Rechtliche Beurteilung des Waldbetretungsrechtes in Bezug auf die Freizeitsportler

Durch die Normierung des Waldbetretungsrechtes wurde die Position der Erholungssuchenden stark gefestigt. Dabei ist zunächst die grundsätzliche Frage zu erörtern, was der Inhalt dieses Betretungsrechtes ist, damit bei einer Inanspruchnahme dieses Rechtes gleichzeitig geklärt werden kann, ob dies auch begründetermaßen geschieht.

Das Besinnen der Allgemeinheit auf dieses, neuerdings verbriefte Betretungsrecht bringt den Waldeigentümer oftmals in eine Lage, in der er sich - teilweise völlig zu recht - mit seinem Waldeigentum an der Grenze der Existenzgefährdung sieht. Es drängt sich daher die Frage auf, ob sich die Rechtsposition so einseitig verschoben haben, daß von seiten der Waldeigentümer nahezu alles zu dulden oder zu gewähren ist und von der erholungssuchenden Allgemeinheit als Kehrseite dieser Rechtsbeeinträchtigung oder -aufgabe ohne Gegenleistung angenommen werden soll. In letzter Konsequenz führt diese Problemstellung zu der Beantwortung der Frage, ob die zu untersuchende Nutzung im Rahmen des Skilaufs und Reitens als Ausformung des gestiegenen Erholungsbedürfnisses dem Bereich der Sozialbindung oder der Enteignung zuzuordnen ist.

Wo das durch § 14 BWaldG und § 37 LWaldG von Baden-Württemberg eröffnete Betretungsrecht rechtlich einzuordnen ist, ist neuerdings umstritten.

9.1 Waldbetretungsrecht als Gemeingebrauch?

Bisher wurde die gesetzliche Erlaubnis, den Wald betreten zu dürfen, als öffentlich-rechtliche Belastung des Waldeigentums angesehen.¹⁾

In neuerer Zeit ist der Versuch unternommen worden, das Betretungsrecht unter dem Begriff "Gemeingebrauch" zu subsumieren.²⁾

Im folgenden soll untersucht werden, ob diese neue Auffassung zutrifft, die im wesentlichen davon abhängt, ob die Voraussetzungen des Gemeingebrauchs vorliegen.

9.1.1 Voraussetzungen des Gemeingebrauchs

Unter Gemeingebrauch versteht man die jedermann oder einem zumindest nicht individuell bestimmten Personenkreis ohne besondere Gewährung (Bewilligung, Erlaubnis und dgl.) in den Grenzen der Gemeinverträglichkeit zustehende Benutzung einer öffentlichen Sache nach deren Zweckbestimmung.³⁾

Für den Gemeingebrauch ist daher eine öffentliche Sache erforderlich, an welcher er ausgeübt wird.

Zwar ist der Begriff der öffentlichen Sache nicht mit dem des Bürgerlichen Rechts (§ 90 BGB) identisch, jedoch reicht es an dieser Stelle festzuhalten, daß beide Sachbegriffe - sowohl der öffentliche, wie der zivilrechtliche - von einem "körperlichen Gegenstand" im umfassenden Sinne,

1) Wolff-Bachof, VerwR I, § 55 Ia

2) Menkeberenshemke, Das Recht zum Betreten des Waldes, S. 196 ff

3) Maver, F., Der Gemeingebrauch, JuS 1963, S. 205

also einer Gegenständlichkeit der Sache ausgehen. Ein Recht kann somit nicht eine öffentliche Sache sein (es kann allenfalls als Recht aus der Sache oder an der Sache entstehen).

Eine Sache wird zu einer öffentlichen Sache im Rechtsinn durch einen Staatsakt, den man Widmung nennt.¹⁾ Die unmittelbare Folge der Widmung ist die Qualifikation zur öffentlichen Sache im eigentlichen Sinn, und erst aus dieser besonderen öffentlichen Sacheigenschaft, aus dieser öffentlichen Zweckbindung, ergibt sich die allgemeine Nutzung - bzw. das Recht zur allgemeinen Nutzung - die wir Gemeingebrauch nennen.²⁾

Die Widmung kann erfolgen durch³⁾

- formelles Gesetz
- Verordnung oder Satzung
- Gewohnheitsrecht
- öffentlich-rechtliche Vereinbarung
- Verwaltungsakt

Da die Widmung also auch durch formelles Gesetz erfolgen kann, stellt sich die Frage, ob durch § 37 LWaldG eine Widmung des Waldes zur öffentlichen Sache erfolgt ist. Erst wenn diese Frage zu bejahen ist, kann der These von Menkeberenshemke nachgegangen werden, wonach ein Gemeingebrauch am Wald bestehen soll.

1) Wolff-Bachof, § 56 I

2) Maver, F., JuS 1963, S. 206

3) Wolff-Bachof, § 56 II

9.1.1.1 Gesetzliche Regelungen der Widmung

In formellen Gesetzen findet man Widmungen zur öffentlichen Sache z. B. im Wassergesetz und im Straßengesetz von Baden-Württemberg (die im übrigen auch Menkeberenshemke als Vergleichsobjekt heranzieht). In diesen Gesetzen heißt es:

§ 2 Wassergesetz

Abs. 1 Die oberirdischen Gewässer sind öffentliche oder private Gewässer.

Abs. 2 Öffentliche Gewässer sind¹⁾

1. die natürlichen Wasserläufe,
2. die künstlichen Wasserläufe (Kanäle, Gräben, Wuhre), an deren Bett Privateigentum nicht nachweisbar ist oder die nach dem bisher geltenden Recht öffentliche Gewässer waren,
3. die natürlichen stehenden Gewässer (Seen, Teiche, Weiher), die einen ständig fließenden oberirdischen Zu- oder Ablauf haben.
Alle anderen oberirdischen Gewässer sind private Gewässer.

§ 2 Straßengesetz

(1) Öffentliche Straßen im Sinne dieses Gesetzes sind¹⁾

Straßen, Wege und Plätze, die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind.

(2) Zu den öffentlichen Straßen gehören:

1. der Straßenkörper; das sind insbesondere
 - a) der Straßenuntergrund, der Straßenunterbau, die Straßendecke, Dämme, Gräben, Entwässerungsanlagen, Böschungen, Stützmauern,

1) Unterstreichungen vom Verfasser

Durchlässe, Brücken und Tunnel;

b) die Fahrbahnen, Haltestellenbuchten, Gehwege, Radwege, Parkplätze, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen sowie Materialbuchten;

2. der Luftraum über dem Straßenkörper;

3. das Zubehör; das sind die Verkehrszeichen und -einrichtungen sowie Verkehrsanlagen aller Art, die der Sicherheit oder Leichtigkeit des Straßenverkehrs oder dem Schutz der Straßenanlieger dienen, und die Bepflanzung auf dem Straßenkörper;

4. die Nebenanlagen; das sind Einrichtungen, die vorwiegend den Aufgaben der Straßenbauverwaltung dienen, wie Straßenmeistereien, Gerätehöfe, Straßenwärterhütten, Lagerplätze und Entnahmestellen.

Aus den zitierten Gesetzesstellen kann erkannt werden, daß genau umschrieben wird, welches die Sachen sind, die als öffentliche Sachen unter das betreffende Gesetz fallen (dieses ist die Widmung zur öffentlichen Sache durch Gesetz).

9.1.1.2 Gesetzliche Verankerung des Gemeingebrauchs

Eine gesetzliche Umschreibung erfährt in folgenden Gesetzen auch der Gemeingebrauch:

Wassergesetz § 26:

- (1) Der Gebrauch der oberirdischen Gewässer zum Baden, Waschen, Schöpfen mit Handgefäßen, Tränken, Schwimmen und zu ähnlichen unschädlichen Verrichtungen, zum Fahren mit kleinen Fahrzeugen ohne eigene Antriebskraft und als Eisbahn ist vorbehaltlich des

§ 28 Abs. 2 als Gemeingebrauch Jedermann gestattet. Dasselbe gilt für die Benutzung dieser Gewässer zum Entnehmen von Wasser in geringen Mengen für die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft, den Gartenbau und für kleingewerbliche Betriebe sowie zum Einleiten von Grund-, Quell- oder Tagwasser und vorbehaltlich des § 28 Abs. 1 von unschädlichem Abwasser aus der Hauswirtschaft, der Landwirtschaft und kleingewerblichen Betrieben in geringem Umfang.

- (2) Der Gemeingebrauch ist ausgeschlossen an Speicherbecken sowie an Gewässern in Hofräumen, Gärten oder Parkanlagen.

Straßengesetz § 15:

- (1) Der Gebrauch der öffentlichen Straßen ist jedermann im Rahmen der Widmung und der Straßenverkehrsvorschriften innerhalb der verkehrüblichen Grenzen gestattet (Gemeingebrauch).

Kein Gemeingebrauch liegt vor, wenn durch die Benutzung einer öffentlichen Straße der Gemeingebrauch anderer unzumutbar beeinträchtigt wird.

- (2) Auf die Aufrechterhaltung des Gemeingebrauchs besteht kein Rechtsanspruch.

9.1.2 Die Widmung im LWaldG

Im LWaldG finden sich solche Ausführungen nicht. Eine entsprechende Widmung könnte etwa lauten:

Öffentlicher Wald im Sinne dieses Gesetzes ist

1. ---
2. ---
3. ---

oder

Das Betreten des öffentlichen Waldes zu Zwecken der Erholung ist jedermann gestattet (Gemeingebrauch).

Zum Gemeingebrauch zählt auch das Radfahren, das Fahren mit Krankenfahrstühlen und das Reiten im Wald auf Wegen und Straßen.

Im LWaldG sind lediglich Definitionen aufgenommen worden, die zwar der sprachlichen Regelung des Gesetzes dienen, jedoch keine Widmung darstellen:

§ 2 LWaldG

- (1) Wald im Sinne dieses Gesetzes ist jede mit Forstpflanzen (Waldbäume und Waldsträucher) bestockte Grundfläche.
- (2) Als Wald gelten auch kahlgeschlagene oder verlichtete Grundflächen, Waldwege, Waldeinteilungs- und Sicherungstreifen, Waldblößen und Lichtungen, Waldwiesen, Wildäusungsplätze sowie Holzlagerplätze.
- (3) Als Wald gelten ferner im Wald liegende oder mit ihm verbundene
 1. Pflanzgärten und Leitungsschneisen
 2. Waldparkplätze und Flächen mit Erholungseinrichtungen
 3. Teiche, Weiher, Gräben und andere Gewässer von untergeordneter Bedeutung unbeschadet der wasser-, fischerei- und naturschutzrechtlichen Vorschriften
 4. Moore, Heiden und Ödflächen, soweit sie zur Sicherung der Funktionen des angrenzenden Waldes erforderlich sind sowie weitere dem Wald dienende Flächen.

- (4) In der Flur oder im bebauten Gebiet gelegene kleinere Flächen, die mit einzelnen Baumgruppen, Baumreihen oder mit Hecken bestockt sind oder als Baumschulen verwendet werden, Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen sowie zum Wohnbereich gehörende Parkanlagen sind nicht Wald im Sinne des Gesetzes.
- (5) Wald im Sinne der Absätze 1) bis 3) ist in Waldverzeichnisse einzutragen. Geschützte Waldgebiete sind als solche zu kennzeichnen. Die Waldverzeichnisse werden von der Forstbehörde geführt.

§ 3 LWaldG

- (1) Staatswald im Sinne dieses Gesetzes ist Wald, der im Alleineigentum des Landes Baden-Württemberg steht. Für Staatswald des Bundes und anderer Bundesländer im Geltungsbereich dieses Gesetzes gelten die Vorschriften der §§ 1 bis 41 und 62 bis 91 entsprechend.
- (2) Körperschaftswald im Sinne dieses Gesetzes ist Wald, der im Alleineigentum der Gemeinden, der Gemeindeverbände, der Zweckverbände sowie sonstiger Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts (Körperschaften) steht, die der Aufsicht des Landes unterstehen.
- (3) Privatwald im Sinne dieses Gesetzes ist Wald, der nicht Staatswald oder Körperschaftswald ist.

Fazit: Es gibt im LWaldG von Baden-Württemberg keine Erwähnung einer "öffentlichen Sache" Wald oder einer Widmung zur öffentlichen Sache. ¹⁾

1) Anders Menkeberenshemke (insbesondere Seiten 198/199) der eine Widmung annimmt, ohne Gründe dafür näher zu benennen

9.1.3 Unterhaltungspflicht und Sondernutzung

Ein weiteres erforderliches Kriterium für die Widmung zur öffentlichen Sache ist die Regelung der Unterhaltungspflicht. So wird z. B. die Frage der Unterhaltungslast im Wassergesetz in den §§ 46 bis 62, im Straßengesetz die Straßenbaulast in § 10 geregelt.

Für die Nutzung der öffentlichen Sachen kommen verschiedene Formen in Frage. Neben der allgemeinen Nutzung (Gemeingebrauch) gibt es besondere Nutzungsarten (Sondernutzung, z. B. solche der Anlieger oder zu Fischereizwecken etc.).

Die Sondernutzung ist der Gebrauch öffentlicher Sachen durch Zivilpersonen über den Gemeingebrauch hinaus, der einer besonderen Zulassung bedarf.²⁾

Da sämtliche Objekte (wie z. B. öffentliche Wege, Seen, Meeresstrand, Alpengletscher etc.), die dem Gemeingebrauch dienen, stets von ihrer Nutzbarkeit her auf den Gesichtspunkt "Benutzung durch die Öffentlichkeit" zugeordnet sind, handelt es sich bei den Fällen der Sondernutzung - die in aller Regel von Einzelnen beansprucht wird - grundsätzlich um eine atypische Inanspruchnahme des im Gemeingebrauch stehenden Objektes.

Als Beispiele für die Sondernutzung sind hier zu nennen: Tische und Stühle eines Straßencafes, Marktstände, Inanspruchnahme von Straßenteilen durch Baukrane oder Baugeüste, Demonstrationen etc.

1) Wolff-Bachof, § 56 IV b

2) Wolff-Bachof, § 59 I

Solche Arten der Regelung von Sondernutzungen sind z. B. normiert in §§ 27 bis 30 WG und 16 bis 23 StraßenG.

Auch diese beiden Merkmale der öffentlichen Sachen - die Unterhaltungspflicht und die Sondernutzung - sind im LWaldG nicht enthalten. Denkbare Möglichkeiten der Sondernutzung wären z. B. Vereinsfeste im Wald, praktischer Unterricht ganzer Schulklassen usw.

Im Waldrecht ist nicht nur keine Unterhaltungspflicht einer öffentlichen Institution für das Waldareal festgelegt worden, das zur Benutzung durch den Erholungsverkehr freigegeben ist, sondern es ist unbestritten, daß die Unterhaltungspflicht für die Sache selbst (Wald) den Waldeigentümer trifft.

Der Privatwald ist unverändert und vorwiegend privatwirtschaftlichen Vorgängen zugeordnet. In der Regel ist nach wie vor im Wirtschaftswald die forstliche Nutzung und Bewirtschaftung das Hauptziel; eine etwaige gleichzeitige Inanspruchnahme des Waldes für Erholungszwecke ist dem forstlichen Wirtschaftsziel untergeordnet.¹⁾

Als sehr wesentlicher Punkt ist ferner zu beachten, daß die Erlaubnis zur Nutzung über das Betreten zu Erholungszwecken hinaus beim Waldbesitzer verbleibt und nicht einer Behörde übertragen wird.

1) Mantel, Forstliche Rechtslehre, S. 118

9.1.4 Stellungnahme zum Gemeingebrauch im LWaldG

Es kann festgestellt werden, daß im LWaldG keine Widmung des Waldes zur öffentlichen Sache erfolgt, der Begriff "Gemeingebrauch" nicht erwähnt wird, eine Unterhaltungspflicht von Seiten der Waldbesitzer und vor allem des Staates abgelehnt wird und die Sondernutzungserlaubnis nicht den Forstbehörden übertragen und auch im Gesetz nicht erwähnt wird.

Es stellt sich natürlich die Frage, wie diese besondere Qualifizierung (Andersartigkeit) des LWaldG in Bezug auf andere Gesetze (siehe oben) zu verstehen oder herzuleiten ist.

Die unterschiedliche gesetzliche Regelung von WG und StraßenG einerseits und dem LWaldG andererseits wird verständlich, wenn man die Motive untersucht, die den jeweiligen Gesetzen zugrunde liegen.

Für die moderne industrielle Gesellschaft sind ausreichende Verkehrswege unerlässlich. Hier war und ist der Staat aufgerufen, für Bau und Unterhalt von Straßen zu sorgen; dies geschieht am sinnvollsten in der Form der Widmung zu öffentlichen Sachen im Gemeingebrauch.

Ähnliche Überlegungen gelten für das Wassergesetz: Flüsse und Kanäle haben für die Schifffahrt die Funktion der Wasserstraße. Hinzu kommt die immer bedeutendere Aufgabe, die Bevölkerung mit Trinkwasser zu versorgen. Aus diesen Gründen war auch hier die Widmung zur öffentlichen Sache im Gemeingebrauch angebracht.

Anders dagegen beim LWaldG. Entscheidend waren für den Gesetzgeber wohl die in § 1 LWaldG genannten Motive.

§ 1 LWaldG

Zweck dieses Gesetzes ist,

1. den Wald wegen seines wirtschaftlichen Nutzens ¹⁾ (Nutzfunktion) und wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, die Agrar- und Infrastruktur und die Erholung der Bevölkerung (Schutz- und Erholungsfunktion) zu erhalten, erforderlichenfalls zu mehrern und eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern,
2. die Forstwirtschaft zu fördern und den Waldbesitzer bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz zu unterstützen,
3. einen Ausgleich zwischen dem Interesse der Allgemeinheit und den Belangen der Waldbesitzer herbeizuführen.

Zwar kann dieser Gesetzeszweck (die wörtliche Übernahme des § 1 BWaldG) nicht materielle Anspruchsgrundlage sein; bei der Auslegung des Gesetzes ist er aber stets mit heranzuziehen. ²⁾

In erster Linie soll also durch das LWaldG der überaus wichtige Naturfaktor Wald in seinen verschiedenen nützlichen Funktionen für Wirtschaft und Ökologie erhalten

1) Unterstreichungen vom Verfasser

2) vgl. Dipper-Ott, § 1 Rdnr. 1

und gefördert werden. Andererseits wäre es wenig sinnvoll gewesen, bei der Waldgesetzgebung die traditionell schon bestehende Erholungsfunktion des Waldes ungeregelt zu lassen.

Durch die Zunahme der Freizeit und die enorm steigende Zahl der Freizeitsportler ¹⁾ war es notwendig, die Probleme, die z. B. für die Freizeitreiterei im nächsten Abschnitt ²⁾ aufgezeigt werden, auch zu regeln.

Jedenfalls ist jetzt deutlicher, welche Rechte und Pflichten Waldbesucher und Waldbesitzer haben, was letztendlich dem Walde auch zugute kommt. Denn neben dem Betretungsrecht unterwirft das LWaldG in den §§ 41 und 83 den Waldbesucher öffentlich-rechtlichen Strafandrohungen für den Fall, daß bestimmte pönalisierte Verhaltensformen praktiziert werden. War früher der Besitzer auf private Verbote und die privatrechtliche Durchsetzbarkeit dieser Verbote angewiesen, so ist der Waldbesucher jetzt den öffentlich-rechtlichen Vorschriften des LWaldG und den darin ausgesprochenen Strafandrohungen ausgesetzt.

Um aber die Probleme des Erholungsverkehrs im Walde als "Nebenprodukt" der Waldgesetzgebung und der dadurch bewirkten Waldöffnung zu erreichen, war es weder notwendig noch sinnvoll, den Wald zu öffentlichen Sache zu widmen.

Durch das LWaldG wird der Wald nicht zur öffentlichen Sache gewidmet.³⁾ Die mit der Widmung typischerweise einhergehende Definition des Gemeingebrauchs, der Unterhalts-

1) vgl. Diagramme S. 10 und 14

2) vgl. Seite 98 ff

3) anders Menkeberenshemke, aaO, S. 198, 199

pflicht und der Sondernutzung fehlen ebenfalls. ¹⁾ Auch der gesetzgeberische Zweck spricht gegen einen "Gemeingebrauch am Wald".

Diese Voraussetzungen zu ignorieren und allein aus den Worten "Jeder darf ... betreten" und der Unentgeltlichkeit des Betretens auf den fehlenden Mut des Gesetzgebers zu schließen, den Wald zur öffentlichen Sache im Gemeingebrauch zu widmen, erscheint nicht vertretbar. Gerade weil der Gesetzgeber Form, Inhalt und Folgen der Widmung zur öffentlichen Sache im Gemeingebrauch kennt, muß mit der andersartigen Ausgestaltung des Betretungsrechts im LWaldG auch etwas anderes gemeint sein; der These von Menkeberenshemke ²⁾ wird deshalb widersprochen. Die gesetzliche Fixierung des Betretungsrechts trägt nicht den Charakter einer sogenannten "normativen Widmung", der Wald wird durch § 14 BWaldG oder § 37 LWaldG nicht zu einer "öffentlichen Sache". ³⁾

Es ist daher der Auffassung Wolff-Bachofs zu folgen, wonach das normierte allgemeine Betretungsrecht des Waldes als öffentlich-rechtliche Belastung des Waldeigentums im Rahmen der Sozialbindung anzusehen ist.

1) Anders Menkeberenshemke aaO, S. 198

2) Menkeberenshemke, aaO, Seite 196 ff

3) vgl. Dipper-Ott, § 37 Rdnr. 3

9.2 Der Begriff des "Betretens" nach dem BWaldG

Das BWaldG regelt in § 14 das "Betreten des Waldes" mit dem auf Seite 64 wiedergegebenen Wortlaut.

Noch bevor das BWaldG in Kraft trat, entzündete sich die Diskussion über das neue Gesetz an der Frage, was unter dem Begriff des "Betretens" zu verstehen ist. Da diese Frage insbesondere Bedeutung für die Länder erlangt, die gemäß § 14, Abs. 2 BWaldG die Befugnis zum Erlaß von Anschlußvorschriften erhalten, in denen sie "das Betreten einschränken" und "andere Benutzungsarten dem Betreten gleichstellen" können, hat die Frage grundsätzliche Bedeutung, worauf sich diese Ermächtigung erstreckt, oder, mit anderen Worten, was unter den Begriff des Betretens fällt.

Das BWaldG unterscheidet zwischen den Begriffen "Betreten" und "Benutzung". Aus Satz 3 des § 14, Abs. 1 BWaldG folgt, daß der Gesetzgeber den Begriff "Benutzung" als Oberbegriff gebraucht und darunter einzelne "Benutzungsarten" (Betreten, Befahren, Reiten) faßt. In Konsequenz dieser Terminologie müßte die Paragraphenüberschrift richtigerweise "Benutzung" und nicht "Betreten" des Waldes lauten. Auch das weitere Verhältnis des Betretens zu den anderen, in der Vorschrift aufgeführten Benutzungsarten, bleibt aus der sprachlichen Abfassung der Vorschrift unklar.

Da zu dieser Frage wegen des erst kurzfristig bestehenden BWaldG keine umfangreiche Rechtsprechung besteht, kann die Judikatur mit ihrem sonst typischen rechtsfortbildenden Charakter auch nicht zur Auslegung herangezogen werden. Umsomehr verdient eine Entscheidung des Bayrischen Verfassungsgerichtshofes (BayVerfGH) vom 16. Juni 1975 ganz besondere Bedeutung, da sie in wertvoller Weise zur Frage

der Subsumtion unter das "Betreten" Stellung nimmt und dabei die wesentlichen Differenzierungskriterien aufzeigt. Da im Rahmen dieser Entscheidung gleichzeitig die Ansichten der Antragsteller (Vertreter der Freizeitreiterei), des Bayerischen Landtages, der Bayerischen Staatsregierung und des Bayerischen VerFGH dargestellt sind, gibt diese Entscheidung die möglichen Diskussionsstandpunkte in repräsentativer Weise wieder, abgesehen von den ebenfalls darin enthaltenen typischen bayerischen landesrechtlichen Fragestellungen.

Der zitierten Entscheidung lag der Artikel 141, Abs. 3 der Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. 12. 1946 (Landesgesetzblatt Nr. 23/46) zugrunde, der folgenden Wortlaut hat:

"Der Genuß der Naturschönheiten und die Erholung in der freien Natur, insbesondere das Betreten von Wald und Bergweiden, das Befahren der Gewässer und die Aneignung wildwachsender Waldfrüchte in ortsüblichem Umfang ist jedermann gestattet. Staat und Gemeinde sind berechtigt und verpflichtet, der Allgemeinheit Zugänge zu Bergen, Seen, Flüssen und sonstigen landschaftlichen Schönheiten freizuhalten und allenfalls durch Einschränkungen des Eigentumsrechts freizumachen sowie Wanderwege und Erholungsparks anzulegen."

Ebenso wie im BWaldG ist das "Betreten" auslegungsbedürftig. Insbesondere interessiert im Rahmen dieser Abhandlung die Frage, ob unter "Betreten" auch das Reiten und das Skilaufen zu verstehen sind.

Die Antragsteller tragen für die zitierte Entscheidung vor, "es sei anerkannt, daß das "Betreten" von Wald und Bergweide sowie das "Befahren" der Gewässer lediglich

eine beispielhafte Aufzählung in Artikel 141, Abs. 3 Bayerischer Verfassung (BV) darstelle, wie sich schon durch das Wort "insbesondere" ergebe. Nach Wortlaut und Entstehungsgeschichte der Verfassungsnorm könne das Betreten sowohl zu Fuß als auch zu Pferde geschehen. Die zur Zeit des Inkrafttretens der Bayerischen Verfassung gebräuchliche Rechtssprache verstehe unter dem Begriff "Betreten" auch das Reiten. Das Bayerische Naturschutzgesetz selbst habe den Begriff des "Betreten" weit gefaßt und verstehe darunter ebenfalls das Reiten ... Im übrigen sei es den Reitern gewohnheitsrechtlich gestattet worden, Wege und freie Flächen zu bereiten."

Dieser Auffassung vermochte sich der Bayerische Landtag nicht anzuschließen, dem gemäß Art. 53, Abs. 3 des Verfassungsgerichtshofgesetzes (VerfGHG) Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde. Er trifft die eindeutige Aussage, daß "eine Gleichstellung der Reiter mit Wanderern und Fußgängern nicht möglich sei. Von den Reitern gingen größere Beeinträchtigungen anderer Erholungssuchender aus, außerdem bestehe die Gefährdung der Fußgänger und schließlich die Tatsache der Schädigung von Wegflächen ... Die natürlichen Unterschiede zwischen den in Artikel 24 Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatSchG) genannten sportlichen Betätigungen (Wandern und Radfahren) seien offenkundig.

Sie rechtfertigten die differenzierende Behandlung des Reitens, ohne daß damit im Rahmen des Gleichheitssatzes und des Übermaßverbots die äußersten Grenzen des dem Gesetzgeber zustehenden Ermessensspielraums überschritten seien. ... Das Betretungsrecht des Art. 141, Abs. 3 BV könne nicht ohne weiteres auf das Reiten ausgedehnt werden. ... Aufgabe des Naturschutzes sei heute auch, die Natur selbst vor Erholungssuchenden zu schützen. Es bedürfe einer Interessenabwägung."

Die Bayerische Staatsregierung erachtete den Antrag, der zu der zitierten Entscheidung führte, für unbegründet: "Die Vorschrift in § 14 BWaldG sei lediglich eine Rahmenvorschrift. Den Ländern sei nach § 5 des BWaldG freigestellt, innerhalb der nächsten zwei Jahre ihr Landesrecht anzupassen.

Eine Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes im Hinblick auf § 14 BWaldG sei daher nicht erforderlich. Im übrigen gestatte § 14, Abs. 2 BWaldG Beschränkungen weitgehender Art. Aus Gründen des Forst- und Waldschutzes, aber auch aus Gründen des Tierschutzes und des Pflanzenschutzes sowie im Interesse der übrigen Erholungssuchenden seien derartige Beschränkungen des Reitsports unumgänglich."

Hinsichtlich der einzelnen angesprochenen Bestimmungen trägt die Bayerische Staatsregierung im wesentlichen vor:

"Soweit der Wortlaut der Norm nur das "Betreten" erfasse, erstrecke sich die Norm nicht auf das Reiten. Der Begriff des "Betretens" erscheine eindeutig; er umfasse auch nicht das Recht, Wald und Bergweiden mit Kraftfahrzeugen zu befahren.

Daß die Verfassung "das Befahren" von Gewässern eigens aufführe, spreche ebenfalls dafür, daß das Grundrecht grundsätzlich als Recht des Fußgängers ausgestaltet sei und man eine ausdrückliche Erweiterung für diesen Bereich, in dem ein "Betreten" nicht möglich sei, als erforderlich angesehen habe. ... Die anderen Gruppen von Erholungssuchenden unterscheiden sich erheblich von den Reitern. Beeinträchtigungen der Naturlandschaft durch Wanderer und Reiter seien nicht gleichzustellen. Bei den Wanderern treten Schäden nur dann auf, wenn das Betretungsrecht unrechtmäßig ausgeübt werde. Dagegen seien die durch das Reiten auftretenden Schäden regelmäßig mit der "angestrebten rechtmäßigen" Ausübung des Reitsports verbunden.

... Das Betretungsrecht anderer Erholungssuchender werde durch die Reiter auch insofern erschwert, als vorhandene Wege besonders bei ungünstigem Wetter von den Reitern so beeinträchtigt würden, daß sie anschließend weder für Fußgänger noch für Radfahrer mehr benutzbar seien. Während Wanderer, Rad-, Ski- und Schlittenfahrer bei rechtmäßiger Ausübung grundsätzlich keinen Schaden anrichteten, sei bei den Reitern vom Gegenteil auszugehen. ... Das Eigentumsrecht der Grundstückseigentümer werde durch die Reiter besonders gefährdet."

In seiner Entscheidung vom 16. 6. 1975 hat der Bayrische Verfassungsgerichtshof (BayVerfGH) im Ergebnis den Begriff des "Betretens" im Sinne des Artikels 141, Abs. 3 BV extensiv ausgelegt und auch das Reiten mit einbezogen. Dieses Ergebnis kann jedoch nicht ohne weiteres für das übrige Bundesgebiet übernommen werden. Der Hauptgrund dafür ist die Tatsache, daß die zitierte Entscheidung des BayVerfGH unter Anwendung von Bayrischem Landesrecht zustande kam. Das Gericht hatte über die Vereinbarkeit einer Rechtsnorm im Bayrischen Naturschutzgesetz mit dem Landesverfassungsrecht zu entscheiden. Die relevante Verfassungsnorm im Bayrischen Landesverfassungsrecht war Artikel 141, Abs. 3 BV. Danach sind der Genuß von Naturschönheiten und die Erholung in der freien Natur unter den Schutz der BV gestellt, sie genießen somit Verfassungsrang, entgegen den Regelungen in den übrigen Bundesländern. Diesem Umstand muß äußerste Beachtung geschenkt werden, will man die Entscheidung des BayVerfGH in seinem Ergebnis auf das übrige Bundesgebiet anwenden. Mit Sicherheit kann der Leitsatz, daß Reiten auch unter den Begriff des "Betretens" zu fassen ist, in dieser pauschalen Aussage keine Gültigkeit für das übrige Bundesgebiet entfalten, da dies eine rein bayrische Aussage ist und nur wegen des in Bayern verfassungsrechtlich konstituierten Anspruchs auf Naturgenuß für den bayrischen

Raum so gesehen werden kann. Dies hat auch der BayVerfGH auf dem Wege zu seiner Entscheidung so gesehen und machte es unter anderem zum Inhalt seiner Urteilsbegründung: "Nach alledem kann die Auslegung nicht an einem bei Schaffung der Norm feststehenden und überlieferten Rechtsbegriff des Betretens anknüpfen. Sie muß vielmehr an einer vergleichenden Betrachtung der zu beurteilenden Lebensvorgänge ausgehen und unter Berücksichtigung von Sinn und Zweck der Verfassungsnorm Inhalt und Tragweite des Grundrechtsschutzes ermitteln."¹⁾ Die Verfassungsinterpretation dient der Beseitigung von Unklarheiten, die verfassungsrechtlichen Vorschriften anhaften, mit dem Ziel, das zur Geltung zu bringen, was die Norm eigentlich ausdrücken soll. Aufgabe des Verfassungsgerichtshofes ist es, im Wege der Verfassungsinterpretation die anzuwendende Verfassungsnorm in ein dem objektivierten Willen des Verfassungsgebers zu entnehmende Begriffs- und Wertsystem einzuordnen und so ihren Sinngehalt zu ermitteln und dabei subsidär die Entstehungsgeschichte der Norm oder andere entstehungsgeschichtliche Faktoren heranzuziehen. An dem Wortlaut der Norm braucht deren Auslegung nicht unbedingt zu haften.

Die bayrische Besonderheit des verfassungsrechtlich garantierten Rechtes auf Naturgenuß gilt - wie oben dargestellt - für das übrige Bundesgebiet nicht. Dort entsteht die Frage von neuem, ob unter den Begriff des "Betretens" gemäß § 14 BWaldG auch eine Nutzung in Form von Skifahren oder Reiten zu fassen ist. Im Wege der Auslegung dieser Vorschrift muß auch auf ihre Entstehungsge-

1) BVerfGH 15, 49/54 f; 20, 36/44; BVerfGE 11, 126/130, 19, 206/220, 29, 189

schichte eingegangen werden. Die Gesetzesunterlagen ergeben folgendes: ¹⁾

"Die Regierungsvorlage ²⁾ unterschied zwischen "Betreten, Reiten und Fahren". Die Gesetzesbegründung erläuterte das:

"Der Begriff 'Betreten' ist im weiten Sinn zu verstehen, umfaßt also außer dem Begehen zum Beispiel auch die Benutzung von Skiern und Handschlitten sowie das Mitführen von Kinderwagen oder Fahrrädern, die Benutzung von Krankenfahrstühlen, nicht aber das Fahren mit Kraftfahrzeugen aller Art, zum Beispiel mit einem Moped oder das Reiten."

Der ursprüngliche Gesetzesbeschluß des Bundestages (vom 14. 11. 1974) - die jetzige Fassung ist das Ergebnis eines Vermittlungsverfahrens nach Artikel 77, Abs. 2 GG - regelte (§ 13) jeweils in einem besonderen Absatz das eigentliche Betreten, das Fahren, in diesem Fall ausdrücklich unter Einschluß der Fahrräder und Krankenfahrstühle, und das Reiten. Nach dem Zusammenhang der Vorschrift umfaßte der Ausdruck "Betreten" dabei in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Sprachgebrauch deutlich nur die "Fortbewegung zu Fuß"; alles andere war Fahren oder Reiten.

Die jetzige Fassung des Gesetzes geht endgültig auf den Vermittlungsausschuß zurück. Dieser ist hinsichtlich des Betretensbegriffes offensichtlich dem ersten Gesetzesbeschluß des Bundestages gefolgt. Der Ausdruck ist deshalb im reinen Wortsinn und nicht wie ursprünglich in der

1) G. Tesmer, PHW 1976, 177

2) Bundestagsdrucksache 7/2727, § 12

Regierungsvorlage in einem weiteren Sinne zu verstehen. Sowohl das Radfahren als auch das Fahren mit Krankenfahrstühlen (Kinderwagen sind nicht erwähnt) und schließlich das Reiten sind besondere Benutzungsarten, die dem Begriff "Betreten" selbständig gegenüberstehen.

Die Entscheidung des BayVerfGH vom 16. 6. 1976 kam durch Mehrheitsentscheidung zustande. Dieser Entscheidung, die Artikel 141, Abs. 3, Satz 1 BV in der Weise auslegt, daß unter "Betreten" auch das Reiten zu verstehen sei, wurde von den Mitgliedern des BayVerfGH widersprochen, welche die Minderheit bei der Entscheidungsfindung bildeten. Ihre abweichende Meinung wurde veröffentlicht im BayVB1 1975, S. 475. Dort führen sie aus:

"Wir vermögen uns der Auslegung des Artikels 141, Abs. 3, Satz 1 BV nicht anzuschließen.

Die in der Verfassung beispielhaft genannten Möglichkeiten der Grundrechtsverwirklichung deuten bereits darauf hin, daß jedermann ein Grundrecht auf Naturgenuß und Erholung nur hat, wenn er sich entweder mit seiner eigenen Körperkraft fortbewegt, oder sich, wie der Skifahrer oder Segler, dazu lediglich der Schwerkraft, des Windes oder der Flußströmung bedient. Demgemäß hat die bisherige Rechtsprechung des bayrischen VerfGH mit Recht ein jedermann gestattetes Befahren der Gewässer im Sinne von Artikel 141, Abs. 3, Satz 1 BV nur angenommen, wenn das benutzte Wasserfahrzeug nicht mit Motorkraft angetrieben wurde.¹⁾ Das Betreten der freien Natur zu Fuß und das Befahren der Gewässer mit Fahrzeugen ohne eigene Triebkraft reichen im wesentlichen aus, um sich in der Natur zu erholen und deren Schönheiten zu genießen."

1) VerfGH 4, 6; 19, 35

Die Tatsache, daß der Mehrheitsentscheidung des BayVerfGH in schriftlich artikulierter Weise widersprochen wird, macht deutlich, daß die genannte Entscheidung in ihrer zunächst grundsätzlich erscheinenden Aussage nicht überbewertet werden sollte. Um vieles wichtiger und sachgerechter ist es, den Aussagezweck und das verfolgte Ziel des Gesetzgebers bei der Konzipierung des § 14 des BWaldG zu beachten. Schließlich darf nicht verkannt werden, daß § 14 BWaldG und Artikel 141 BV unter Umständen nicht dieselben Tatbestandsvoraussetzungen haben. Der Gerichtshof weist in seiner Entscheidung zwar darauf hin, daß Artikel 141 als Grundrecht dem Staatsbürger nicht in erster Linie Abwehransprüche gegen den Staat einräumt, sondern auch und insbesondere Rechte gegenüber anderen Staatsbürgern. Diese Auslegung des Grundrechtes mit Drittwirkungscharakter wird andererseits vom Gerichtshof nicht dazu benutzt, im Wege der Interpretation des Grundrechtes weitere Folgen abzuleiten. Es könnte nämlich durchaus sein, daß der Verfassungsgeber ganz bewußt solche Erholungsarten mit Verfassungsrang versehen hat, welche andere Rechtssubjekte relativ geringfügig oder aber gar nicht gefährden oder belasten. Verfolgt man diesen Gedanken weiter, so zeichnet sich der Unterschied zwischen den verschiedenen Nutzungsarten sehr rasch deutlich ab. Die geringste Form einer Belastung dürfte mit allergrößter Wahrscheinlichkeit das Wandern in sich tragen, auch selbst das Skilaufen wird nur in Ausnahmefällen zu einer nennenswerten Belastung oder gar Schädigung führen. Völlig anders zu beurteilen ist dagegen das Reiten, aber auch das Radfahren.

Die Entscheidungsgründe des Gerichtshofes lassen auch vermissen, welche Positionen der Gerichtshof zur Gleichstellung des Reitens gegenüber den "naturfreundlichen" Erholungsarten, wie Gehen und Wandern, einnimmt. Das

Gemeinsame mit diesen Erholungs- und Sportarten ist, daß die Praktizierung in der freien Natur stattfindet. Frage ist nur, ob die Vergleichbarkeit wirklich gegeben ist, oder ob nicht das Reiten anderen Formen der Erholung nähersteht, wie zum Beispiel Golf, Tennis, Wasserski etc. Auch diese Sport- und Erholungsarten werden in aller Regel in der freien Natur ausgeübt, jedoch können sie keinesfalls mit der Erholungsart des Wanderns verglichen werden. Die am wenigsten schädigende Begehensform, das Wandern, bedarf keines Zusatzgerätes oder Hilfsmittels. Anders ist es in der Gruppe der oben genannten Sportarten. Diese zeichnet sich dadurch aus, daß derjenige, der sie praktiziert, sich stets dieses Hilfsmittels bedienen muß. So gehört zum Reiter das Pferd, welches bereits alle Voraussetzungen mit sich bringt, um die Belastung oder auch Gefährdung des Waldbesitzers erheblich zu erhöhen.

Zwar bedient sich der Skiläufer auch seiner "Hilfsmittel", jedoch ist er nicht auf dieselbe Stufe zu stellen wie der Reiter. Skilauf ist nur bei Schneelage möglich, was bewirkt, daß ein Schutzmantel zwischen Natur und "Werkzeug" beim Ausüben dieser Erholungs- oder Sportart garantiert ist. Darin liegt ein sehr wesentlicher Unterschied zum Reiten.

Darüber hinaus ist die Historie des Reitens zwar umfassend, jedoch kann das Reiten in seiner heute praktizierten Form nicht den allgemein verbreiteten Erholungsarten zugerechnet werden. Nach wie vor ist das Reiten mit einem erheblichen Aufwand verbunden; lediglich zur Fortbewegung, wie dies in historischer Zeit erforderlich und üblich war, wird heute nahezu nicht mehr geritten.

Auch bei der erzieherischen Heranbildung der Jugend wird diesem Zustand Rechnung getragen, indem in den Schulen

- zumindest des süddeutschen Bereichs - Skilauf im Lehrprogramm des Winters steht, Reiten jedoch im ganzen Bundesgebiet nicht. ¹⁾

Die Tatsache, daß das Reiten wegen seiner höheren Gefährlichkeit und größeren Schadensverursachung nicht mit solchen Erholungsformen wie Wandern und Skilaufen zu vergleichen ist, hat im übrigen auch der BayVerfGH nicht verkannt. In seiner Urteilsbegründung geht er hierauf ein und führt aus:

Die Reiter können eine nicht unbeträchtliche Gefährdung und Belästigung der Fußgänger und Radfahrer herbeiführen, insbesondere, wenn sie bei der Annäherung an solche Personen ohne Rücksicht auf diese ihren Weg fortsetzen und möglicherweise schnelle Gangart beibehalten, ohne den nötigen Sicherheitsabstand zu wahren. Bei diesen Gegebenheiten widerspricht es nicht dem Willkürverbot des Artikels 118, Abs. 1 BV, ebensowenig aber auch dem Übermaßverbot des Artikels 3 BV, wenn dem Reiter geboten wird, hinter den Wanderern und Radfahrern zurückzutreten. Das findet seine Rechtfertigung auch darin, daß diese Erholungsformen mehr verbreitet, gemeinverträglicher und schutzbedürftiger sind. ²⁾

1) so auch E. Nießlein, FHW 1975, S. 339 ff

2) Friedlein - Weidinger, Anm. 4 zu Art. 24 BayNatSchutzG vgl. ferner Regierungsentwurf zum Bayrischen Naturschutzgesetz, Drucksache 7/3007, Begründung B zu Art. 17 - damalige Bezeichnung -

Sind die verschiedenen Meinungen zur Auslegung des Begriffs "Betreten" in dieser Weise analysiert, so verbleibt folgendes

Fazit: Unter "Betreten" im Sinne des § 14 BWaldG ist wohl das Skilaufen, nicht jedoch das Reiten zu verstehen.

9.3 Sozialbindung oder enteignender Eingriff?

Für die Abgrenzung der Sozialbindung vom enteignenden Eingriff gibt es kein allgemeingültiges Abgrenzungskriterium mit Feinstruktur, das es ermöglicht, verschiedene Sachverhalte exakt entweder dem enteignenden Eingriff oder aber der Sozialbindung zuzuordnen. Es wird daher immer erforderlich sein, eine Einzelfall-Beurteilung anhand der zur Verfügung stehenden Differenzierungskriterien vorzunehmen, um zu einem exakten Ergebnis zu gelangen.

9.3.1 Allgemeines

Die faktischen Belastungen, die das gestiegene Erholungsbedürfnis dem Waldbesitzer auferlegt, sind in den Punkten 8.1, 8.2 und 8.3 (S. 76 ff) dargestellt. Mit ihnen hat sich der Waldbesitzer auseinanderzusetzen, ob es ihm gefällt oder nicht. Für ihn bleibt nur die Frage, welche Belastungen er entschädigungslos hinzunehmen hat und gegebenenfalls inwieweit. Zur Beantwortung dieser Frage kann nicht darauf verzichtet werden, auf die einzelnen Prüfungskriterien für die Einstufung zur Sozialbindung oder zum enteignenden Eingriff einzugehen:

- Bei beiden ist Grundvoraussetzung, daß es sich bei der Eigentumsbeschränkung um einen hoheitlichen Eingriff handelt. Die belastende Maßnahme muß also von einem Träger hoheitlicher Gewalt ausgehen.

- Der hoheitliche Eingriff muß sich gegen das Eigentum oder ein dem Eigentum ähnliches Recht richten.
- Der Eingriff muß unmittelbar erfolgen. Das bedeutet, daß die Beeinträchtigung unmittelbare Folge des hoheitlichen Eingriffs sein muß.
- Wenn diese Voraussetzungen vorliegen, kann unter Berücksichtigung der Einzelumstände die Frage geprüft werden, ob der Eingriff enteignenden Charakter hat oder der Sozialbindung zuzurechnen ist.

Da die letztgenannte Entscheidung eine Einzelfallentscheidung darstellt und damit speziell die Sonderbelange des Skilaufs einerseits und des Reitens andererseits berücksichtigt, wird diese Frage für beide Bereiche jeweils getrennt behandelt (vgl. 9.3.2 und 9.3.3). Die dieser Fragestellung vorangestellten Untersuchungen werden aus Gründen des besseren Sachzusammenhangs für das Reiten und Skilaufen gemeinsam erörtert.

Hoheitlicher Eingriff?

Aus der Voraussetzung, daß es sich um einen hoheitlichen Eingriff handeln muß, "ergibt sich, daß sich ein etwaiger Anspruch hieraus nur gegen den Staat richten kann".¹⁾ Die Norm, aus der sich die Eigentumsbeschränkung ergibt, muß also das Verhältnis zwischen Staat und Bürgern regeln, sie muß also dem öffentlichen Recht angehören.

1) Maunz-Dürig, Art. 14, 10; BK - Kimminich Art. 14, 25

Die Öffnung der Wälder für die Skiläufer und Reiter ergibt sich aus § 14 BWaldG. Da es durch diese Vorschrift den Eigentümern auferlegt ist, ihr Waldeigentum für jedermann offen zu halten, der in der beschriebenen Art und Weise sich zum Zwecke der Erholung in den Wald begeben möchte (die Intensität der jeweiligen Nutzung ist an dieser Stelle unbeachtlich, wird jedoch unten an späterer Stelle näher untersucht), können sie ihr Eigentum nicht mehr uneingeschränkt nutzen. Die Befugnisse des Eigentümers, wie sie sich aus § 903 BGB (vgl. S. 17) ergeben, sind durch die Duldungspflicht aus § 14 BWaldG (vgl. S. 76) beschränkt. Diese Einengung der Eigentümerbefugnisse hat stattgefunden durch eine staatliche Regelung, nämlich durch die Verabschiedung des BWaldG durch die Legislative und das Inkraftsetzen dieses Gesetzes. Im verfassungsrechtlichen Sinn des Art. 14 GG ist damit die gültige Fassung des § 14 BWaldG ein "hoheitlicher Eingriff" in das Eigentum der Waldeigentümer.

Eingriff gegen Eigentum oder eigentumsähnliches Recht?

Wie bereits ausgeführt, sind durch § 14 BWaldG die Belange und Befugnisse der Waldeigner in nicht unerheblichem Maße berührt. Mit Recht kann jeder Waldeigentümer aus diesem Grunde eine Doppelbelastung geltend machen, da er einerseits als Eigentümer von Grund und Boden in dieser Rechtsposition beschränkt ist, andererseits aber auch in seiner Position als Inhaber eines Forstbetriebes, der im Verständnis des Art. 14 GG als eingerichteter Gewerbebetrieb zu bezeichnen ist.¹⁾ Das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb ist ein dem Eigentum ähnliches Recht und genießt denselben Schutz wie das Eigentum durch Art. 14 GG. Die Frage, ob der Eigentümer zur entschädigungslosen Duldung der belastenden Maßnahmen verpflichtet ist, muß daher auch ständig unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, daß der Waldeigentümer neben seiner Eigenschaft

1) s.o., 6.1, S. 41 ff

als Eigentümer von Grund und Boden Unternehmer eines Forstbetriebes ist. Das bedeutet, daß das Eingriffsobjekt des § 14 BWaldG und der damit in Einklang stehenden Landesgesetze einerseits das Grundeigentum am Wald, andererseits das Eigentum an der forstlichen Betriebsstätte ist.

Unmittelbarkeit des Eingriffs

Durch § 14 BWaldG und die im Anschluß daran erlassenen landesrechtlichen Regelungen erhalten die Erholungssuchenden das Recht eingeräumt, fremde Grundstücke, nämlich den Wald, zu betreten. Man könnte daher der Auffassung sein, daß die Eigentumsbeschränkung durch die Gesetze lediglich theoretisch statffinde, weil die wirkliche Belastung erst durch die Inanspruchnahme des Benutzungsrechtes seitens der Erholungssuchenden erfolge. Danach wäre die Unmittelbarkeit zu verneinen. Dem ist jedoch nicht so.

Die Entstehung des Rechtsanspruchs für jeden einzelnen Erholungssuchenden ist bereits eine rechtliche wie tatsächliche Beeinträchtigung eines jeden Waldeigentümers, da sich die Befugnisse und Kompetenzen sofort mit Wirksamwerden des § 14 BWaldG veränderten. Entsprechendes gilt für die landesrechtlichen Regelungen, soweit sie das Betreten regeln.

Fazit: Hinsichtlich des Benutzungsrechtes gemäß § 14 BWaldG ist die darin enthaltene Eigentumsbeschränkung ein hoheitlicher Eingriff, der sich unmittelbar auf das Eigentum erstreckt.

Die Frage, ob weitergehende Belastungen der Waldeigentümer, die über die bloße Nutzung des Waldes hinausgehen, als unmittelbar hoheitliche Eingriffe zu werten sind, ist damit noch nicht behandelt, sie wird in dem Punkt 9.4 ¹⁾ für das Reiten und den Skilauf separat erörtert.

1) s.u., S. 119

9.3.2 Kategorisierung des Skilaufs

Durch die Inanspruchnahme des Waldes durch die Freizeitskisportler wird ein "öffentliches Interesse" wahrgenommen. ¹⁾ Es entsteht dadurch eine Interessenkollision mit dem Interesse des Eigentümers. Die Frage, ob der Eigentümer diese Beeinträchtigung seiner Position entschädigungslos hinzunehmen hat, hängt davon ab, ob er sein Interesse zugunsten der Freizeitskiläufer entschädigungslos zurückstellen muß, oder - anders ausgedrückt - ob sein Eigentum diesbezüglich einer Sozialbindung unterliegt.

Es ist inzwischen allgemein anerkannt, daß eine Sozialbindung des Waldeigentums besteht zugunsten der erholungssuchenden Fußgänger. Da das Betreten mit Ski dem Betreten zu Fuß gleichgestellt werden kann ²⁾, muß auch in der Rechtsfolge das Wandern dem Skilauf gleichgestellt sein. Dadurch wird deutlich, daß der Waldeigentümer aufgrund der besonderen Situation seines Grundstücks, nämlich der exponierten Stellung des Waldes aufgrund seiner Erholungsfunktion, eine Bindung seines Eigentums zugunsten der Allgemeinheit erfährt, ohne dafür eine Entschädigung zu erhalten. Dadurch ist für ihn der Gleichheitssatz nicht verletzt, denn im Verhältnis zu anderen Waldeigentümern trifft ihn keine besondere oder andersartige Belastung, da die gesetzliche Regelung für alle Waldeigentümer gilt, die demgemäß auch alle die Freizeitskiläufer in ihren Wäldern zu dulden haben.

Fazit: Das Recht der Öffentlichkeit, mit Ski den Wald zum Zwecke der Erholung zu betreten, ist eine Ausprägung der Sozialbindung des Eigentums und muß von den Waldeigentümern entschädigungslos hingenommen werden.

1) s.o. 7.3.1, S. 71 ff

2) s.o. S. 109

9.3.3 Kategorisierung des Reitens

Die Interessen der Freizeitreiter stehen im Widerstreit zu den Interessen der Waldeigentümer. Unter Punkt 7.3.2 ¹⁾ wurde bereits darauf hingewiesen, daß durchaus Bedenken daran bestehen können, ob die Schar der Freizeitreiter die "Öffentlichkeit" oder "Allgemeinheit" repräsentiert. Zwar erfreut sich der Reitsport einer immer größeren Beliebtheit, jedoch verhält sich die Zahl der Freizeitreiter zu den Wanderern immer noch wie ca. 1 : 100, und auch die Zahl der Freizeitskifahrer wird von den Reitern nicht erreicht. Andererseits gibt es zahlenmäßig keine Mindestgrenze, die überschritten werden muß, damit eine bestimmte Interessengruppe zur Allgemeinheit zu zählen ist. Im folgenden wird davon ausgegangen, daß eine beschränkte Freizeitreiterei im Walde der Allgemeinheit bzw. deren Wohl dient. Hiervon ging auch der Gesetzgeber aus, als er neben dem Betreten auch das "Reiten im Walde auf Straßen und Wegen" gestattete. Denn für den Fall, daß die Reiter nicht die Allgemeinheit repräsentieren würden, hätten die privaten Waldbesitzer durch den Gesetzgeber nicht verpflichtet werden können, die Freizeitreiterei im Walde zu dulden, da die absoluten Rechte aus dem Eigentum durch den Staat nur durch eine Konkretisierung der Sozialbindung oder eine enteignende Maßnahme beschnitten werden können. Sowohl die Sozialbindung als auch eine enteignende Maßnahme setzen das "Wohl der Allgemeinheit" voraus. Die Tatsache, daß der private Eigentümer gegenüber diesem Wohl der Allgemeinheit zurückstecken muß, beruht auf einer gerechten Interessenabwägung zwischen der Allgemeinheit und Individualrechtsinhaber.

Zu prüfen bleibt die Frage, ob das Reiten im Walde zum Zwecke der Erholung, wie es § 14 BWaldG und im Einklang hiermit auch die Ländergesetze vorsehen, zur Sozialbindung gehört oder für den Eigentümer einen enteignenden Eingriff darstellt.

1) s.o. S. 73

Die Gemeinverträglichkeit des Reitens ist aus den bereits erwähnten Gründen um vieles geringer als die des Skilaufs. Während bei der rechtmäßig angestrebten Ausübung des Reitsports grundsätzlich Schäden zu verzeichnen sind, die je nach Bodenbeschaffenheit und Witterung verschiedene Ausmaße annehmen können, ist dies beim Skilauf nicht der Fall. Da der Zumutbarkeitsgedanke unter anderem ein Abgrenzungskriterium zwischen enteignendem Eingriff und Sozialbindung ist, muß die schädigende Wirkung des Reitens Berücksichtigung finden bei einer Kategorisierung. Dasselbe gilt für die Gesichtspunkte der Substanzminderung, der Schutzwürdigkeit, der Schwere des Eingriffs und des Sonderopfers.

Als der Bundesgesetzgeber vor der Frage stand, ob er durch die Rahmengesetzgebung des Bundeswaldgesetzes die Voraussetzung dazu schaffen soll, daß in Zukunft die Waldeigentümer verpflichtet sein sollen, die Freizeitreiter bis zu einem gewissen Maße in ihren Wäldern zu dulden, hat er die Belange der Betroffenen gegenübergestellt und nach Gewichtung der verschieden gelagerten Interessen eine Lösung gefunden, die nach § 14 BWaldG "das Reiten im Walde nur auf Straßen und Wegen gestattet". Mit dieser Regelung unterscheidet der Gesetzgeber deutlich zwischen Skiläufern und Reitern. Während den Skiläufern, die unter das allgemeine Recht des "Betretens" fallen, keine speziellen Bewegungsräume vorgeschrieben sind, werden die Reiter im Walde auf Straßen und Wege verwiesen. Die Regelung des § 14 BWaldG bedeutet, daß außerhalb der Wege und Straßen das Reiten nicht gestattet ist (Umkehrschluß).

Das vieldiskutierte Problem der Nutzung der Wälder durch die Freizeitreiter ging in seiner Problematik am Gesetzgeber nicht vorbei. Nachdem er wegen der ständig steigenden Zahlen das Betreiben dieser Sportart dem "Wohl der Allgemeinheit" zugeordnet hatte, mußte er auch die Tat-

sache erkennen, daß es für die Freizeitreiter notwendig ist, geeignete Landschaftsräume zur Verfügung zu haben, in denen sie ihre Sportart betreiben können. Da der Staat nicht Eigentümer aller Felder und Wälder ist, und da die Pferde zur Bewegung einen natürlichen Lebensraum benötigen, muß dies notwendigerweise zur Folge haben, daß sich die Pferde - inklusive Reiter - auch auf privatem Grund und Boden bewegen dürfen. Dadurch entstehen notgedrungen ausser rein ideellen Duldungspflichten betriebswirtschaftlich relevante Schäden, deren Auswirkungen spürbar für den Forstbetrieb sind.

Hätte der Gesetzgeber im BWaldG den Reitern denselben Bewegungsspielraum zugebilligt wie den Wanderern und Skiläufern, so wären die Waldeigentümer wegen der erheblich schädigenden Wirkung des Freizeitreitens mit Schäden größeren Ausmaßes an ihrem Wald konfrontiert gewesen, was mit Sicherheit sowohl die Grenze der Zumutbarkeit, wie auch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit überschritten hätte. Denn der Maßstab für jeden staatlichen Eingriff muß der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit sein.

Nachdem der Gesetzgeber erkannt hat, daß den Freizeitreitern auch auf privatem Grund und Boden ein Bewegungsspielraum zugebilligt werden muß, und daß die entsprechende Duldungspflicht der privaten Eigentümer unter Umständen auch der Sozialbindung zuzuordnen ist, sofern die Belastungen ein zumutbares Maß nicht überschreiten, mußte er bei der Interessenabwägung auch die Verhältnismäßigkeit einer etwaigen staatlichen Regelung überprüfen.

Das Interesse der Freizeitreiter geht verständlicherweise dahin, so viel Bewegungsraum wie möglich zu erhalten. Dem steht das Interesse der Waldeigner entgegen, die wegen der befürchteten Schäden möglichst wenig oder gar keinen Reiter in ihren Wäldern wissen wollen.

Nach dem BWaldG wird das Reiten nur auf Straßen und Wegen gestattet. Im Zusammenhang damit muß die weitere Regelung des § 14 BWaldG gelesen werden, wo es in Abs. 2, Satz 1 heißt: "Die Länder regeln die Einzelheiten".

Da das BWaldG als Rahmengesetz den Landesgesetzgebern die Grenzen einer Regelungsbefugnis aufzeigt, kann aus der Abfassung des § 14 BWaldG der verbindliche Schluß gezogen werden, daß im Bundesgebiet "das Reiten im Walde nur auf Straßen und Wegen gestattet ist". Innerhalb dieses Bewegungsrahmens haben die Länder die Möglichkeit, Einzelheiten zu regeln. Dies ergibt sich außerdem aus der Stellung des Satzes, daß die Länder die Einzelheiten regeln, in Satz 1 des Abs. 2, § 14 BWaldG. Denn während im Absatz 1 geregelt ist, welche Benutzungsformen im Wald gestattet sind, behandelt Absatz 2 des § 14 BWaldG die Einschränkungsmöglichkeiten von Benutzungen.

Es wäre wünschenswert gewesen, die Länderregelungen diesbezüglich einheitlich abzufassen. Leider ist dies nicht geschehen. Nach dem Baden-Württembergischen Landeswaldgesetz (§ 37) "ist das Reiten im Wald nur auf Straßen und Wegen gestattet; auf gekennzeichneten Wanderwegen und auf Fußwegen sowie auf Sport- und Lehrpfaden ist das Reiten nicht gestattet. In Verdichtungsräumen, in Naturschutzgebieten und im Erholungswald ist das Reiten im Wald nur auf den dafür ausgewiesenen Waldwegen gestattet".

Mit dieser Regelung kam das Land Baden-Württemberg dem Auftrag des Bundeswaldgesetzes nach, indem es zunächst das Reiten im Wald nur auf Straßen und Wegen gestattete und überdies aufgrund vorrangiger, übergeordneter Interessen gewisse Einschränkungen vorgenommen hat.

Die Andersbehandlung der Reiter gegenüber den Skiläufern ist sachlich gerechtfertigt. Bei der Interessenabwägung zwischen Benutzern und Eigentümern muß gegenüber den Reitern das Interesse der Waldeigentümer stärkere Beachtung finden wegen der sonst drohenden erheblichen Schädigung des Waldeigentums.

Dadurch, daß die Reiter auf die ausgewiesenen Straßen und Wege verwiesen sind, ist die Eigentumsbeschränkung für den Waldeigentümer relativ gering. Das setzt allerdings voraus, daß diese Straßen und Wege durch das Reitaufkommen keine erhebliche Beschädigung erfahren oder gar zerstört werden. Geringfügige, betriebswirtschaftlich nicht beachtliche Kleinstschäden wird der Waldeigentümer entschädigungslos hinnehmen müssen, nicht jedoch solche Schäden, die ihm den Einsatz finanzieller Mittel zur Schadensbeseitigung abverlangen, insbesondere zum Erhalt oder zur Wiederherstellung der Straßen und Wege in seinem Wald, die er dringend benötigt im Rahmen seines Forstbetriebes.

Fazit: Die Eigentumsbeschränkung der Waldeigentümer, die in Bezug auf das Reiten den Waldeigentümern durch die Abfassung des Bundeswaldgesetzes, welches gleichzeitig die Regelungsbefugnis der Länder abgrenzt, auferlegt wird, gehört - was die reine Benutzung des Waldareals durch die Reiter angeht - der Sozialbindung an und muß vom Waldeigentümer entschädigungslos hingenommen werden.

Da aber das Reiten im Walde im Gegensatz zu anderen Benutzungsarten wie dem Betreten und Skilaufen auch bei ordnungsgemäßer Ausübung ohne Schäden kaum denkbar ist, wird im Rahmen der Beurteilung nach 9.4.1 (s.u.) bei der Abgrenzung

zwischen Schäden, welche eventuell von den Skiläufern angerichtet werden und solchen, welche die Reiter verursachen, in der Praxis sehr differenziert auf die einzelnen Nutzungsarten abzustellen sein.

9.4 Rechtliche Beurteilung der Beeinträchtigungen des Eigentums, die über die Nutzung des Waldes hinausgehen

Unter Punkt 8 wurden die faktischen Auswirkungen des gestiegenen Erholungsverkehrs im Walde, die parallel zu der Nutzung des Waldes durch Erholungssuchende auf den Waldeigentümer zukommen, dargestellt. Im einzelnen lassen diese sich aufteilen in drei Hauptgruppen:

- Schäden, hervorgerufen durch die Waldbenutzer
- Duldung von Maßnahmen zur Ermöglichung und Verbesserung des Freizeitsports
- Aktive - eigene - Maßnahmen der Waldbesitzer zur Förderung des Freizeitsports und des Erholungswertes

9.4.1 Schäden, hervorgerufen durch die Waldbenutzer

Das Benutzungsrecht räumt den Freizeitskiläufern und Freizeitreitern ausschließlich ein, sich auf dem fremden Waldgrundstück - Reiter: nur auf Straßen und Wegen - zu bewegen, nicht jedoch dort Schäden anzurichten in irgendwelcher Art. Dennoch treffen die Waldeigentümer tatsächlich noch weitere Belastungen über die reine Verpflichtung hinaus, den Erholungsverkehr - und damit auch die Freizeitsportler - im Walde zu dulden. Die Schäden, welche die Waldbenutzer anrichten, können aufgegliedert werden in die Rückstände, die sie hinterlassen und die Schäden, die unmittelbar durch die Benutzung entstehen.

Als Schäden, die durch Rückstände des Erholungsverkehrs entstehen, sind hauptsächlich die Überreste an Papier, Konserven, Flaschen und ähnlichen Dingen zu nennen, die nach dem Abfallbeseitigungsgesetz entfernt werden müssen und dadurch Kosten verursachen. Hierzu gehört aber auch der Waldbrandschaden, der entsteht durch achtlos geworfene Zigarettenreste oder unsachgemäßes Feuer im Wald, wie zum Beispiel bei Grillfeuern etc.

Die Schäden, die unmittelbar mit der Nutzung des Waldes durch Freizeitreiter und Skiläufer zusammenhängen, sind hauptsächlich folgende:

- Am deutlichsten sind solche Schäden erkennbar bei der Nutzung des Waldes durch Reiter. Die Schäden nehmen ihr größtes Ausmaß an, wenn der Boden weich und die Wege oder Straßen unbefestigt sind. Dies gilt grundsätzlich für den Fall, daß die Reiter so einsichtig und konsequent sind und sich an die gesetzliche Diktion halten, auf Straßen und Wegen zu bleiben. Der Waldeigentümer muß aber befürchten, daß es sogenannte "Ausreißer" gibt, die auch schon als "Wilde Reiter" bezeichnet werden, die sich nicht an die ausgewiesenen Straßen und Wege halten und - dem Gesetz zuwiderhandelnd - quer durch den Wald reitend noch größere Schäden verursachen.
- Nicht nur die Reiter können durch die Benutzung des Waldes zu Erholungszwecken Schäden anrichten, sondern auch die Skiläufer. Einerseits kommt ihnen zugute, daß bei der Ausübung dieser Sportart immer der Schnee einen gewissen Schutzmantel zum Schutze für die Natur abgibt, andererseits folgt daraus, daß beim Rückgang der Schneelage sogenannte "apere Stellen" auftreten, an denen Gras, Buschwerk oder gar Bäume hervortreten, die dann von den

Skiläufern leicht beschädigt oder zerstört werden können. In diesen Bereich gehört auch der Folgeschaden, der den Grundstückseigentümern dadurch erwächst, daß infolge der Schneekomprimierung auf der Skipiste das Wachstum der Natur um bis zu 8 Wochen nachhinkt.

Den Waldbesitzer interessiert nun vor allem, von wem und auf welchem Weg er auftretende Schäden ersetzt bekommt.

In Betracht kommen 3 Möglichkeiten:

- a) vom Schädiger nach den Grundsätzen des zivilrechtlichen Schadensersatzes
- b) vom Staat nach Enteignungsgrundsätzen
- c) vom Staat aus öffentlich-rechtlicher Gefährdungshaftung

Zu a) Schadenersatz vom Schädiger aufgrund zivilrechtlichen Anspruchs

Fast völlig aussichtslos ist es für den Waldbesitzer, den Schaden vom Schädiger ersetzt zu bekommen. Der Waldbesitzer müßte als Anspruchssteller und zugleich Beweisbelasteter den einwandfreien Nachweis führen, daß der bestimmte Einzelne, gegen den er seinen Anspruch richtet, den geltend gemachten Schaden schuldhaft verursacht hat.

Da der Waldeigentümer nicht hinter jedem Baum stehen kann, um des Schadensverursachers habhaft zu werden, bleibt sein Anspruch hier wohl im theoretischen Ansatz stecken. Auch realisiert sich ein Schaden oft erst in der Summierung der geschädigten Pflanzen und Bäume. Wird z. B. in einer

Schonung ein Bäumchen niedergetreten, so ist dies kaum sichtbar und hält sich vielleicht noch im Rahmen der "natürlichen Auslese". Werden aber in wenigen Monaten (ein Sommer) mehrere hundert Bäumchen umgeknickt, ist ein beträchtlicher Schaden entstanden. Sollte dann der Eigentümer doch einen oder mehrere der Schädiger festgestellt haben, werden sich diese mit Hinweis auf die vielen anderen Schädiger aus der Verantwortung zu ziehen wissen - und der Waldeigentümer müßte wieder alleine den Schaden als Folge des Betretungsrechts tragen. Den Waldeigentümer auf "den schädigenden Waldbesucher" zu verweisen, hieße, ihn einer Fata Morgana nachjagen zu lassen.

Zu b) Entschädigung nach Enteignungsgrundsätzen

Durch die Normierung des Betretungsrechts hat der Gesetzgeber dem Waldeigentümer eine öffentlich-rechtliche Belastung auferlegt. Bei dieser gesetzlichen Öffnung der Wälder für die Allgemeinheit rechnete die Legislative selbst nicht damit, daß dieses reibungslos bzw. schadenfrei funktionieren würde. Deshalb wurden die §§ 41 und 83 als strafbewehrte Verbotsnormen in das Gesetz aufgenommen. Denn aufgrund allgemeiner Erfahrung war davon auszugehen, daß es unter der großen Schar der Waldbesucher auch solche geben wird, die - aus welchen Gründen auch immer - das ihnen eingeräumte Betretungsrecht dazu mißbrauchen würden, Schäden im Wald anzurichten.

Durch die öffentlich-rechtliche Belastung aufgrund des eingeräumten Betretungsrechts läuft der Waldeigentümer Gefahr, einen Schaden zu erleiden, der über das von der Sozialbindung gedeckte Betretungs-

recht hinausgehend in sein Eigentum eingreift.

Auch dürfte es hier zu einer spezifischen ungleichen Belastung einzelner Waldeigentümer kommen. In Wäldern, die nahe an großen Städten oder Ballungsräumen liegen und verkehrsgünstig zu erreichen sind, wird es häufigere und vor allem höhere Schäden geben als in einsamen, abgelegenen Waldgegenden, die meistens nur von naturverbundenen Wanderern oder der (noch) umweltbewußteren dörflichen Bevölkerung aufgesucht werden.

Die Frage, der Unmittelbarkeit des Schadens kann innerhalb dieser Problematik einer Entschädigung nicht im Wege stehen. Wollte man hier eine Entschädigung ausschließen, weil die Beeinträchtigung nicht vom Staat, sondern von den Bürgern ausgehe, so hätte Entschädigung auch für besonders belästigenden Verkehrslärm nie gewährt werden dürfen, denn auch dieser geht regelmäßig nicht vom Staat, sondern von anderen Bürgern aus; der Staat zwingt aber die Anlieger, ihn hinzunehmen. ¹⁾

Der BGH hat in einer durchaus vergleichbaren Problematik ²⁾ einen Entschädigungsanspruch bejaht. Als wesentlich in dieser Entscheidung ist vor allem folgender, darin wiedergegebener Gedankengang ³⁾ hervorzuheben:

1) von Schalburg, NJW 78, S. 307

2) vgl. BGHZ 28, S. 310 ff

3) vgl. BGHZ 28, S. 313

Ein Eingriff im Sinne unmittelbarer Auswirkungen auf das Eigentum kann auch dann noch angenommen werden, wenn die hoheitliche Maßnahme eine Gefährdung auferlegt und die eingetretene Eigentumsverletzung eine Realisierung dieser Gefährdung bedeutet.

Diese bedeutsame und richtungsweisende Rechtsauffassung erscheint einleuchtend und sachgerecht. Wenn der Staat den Privatrechtssubjekten eine Gefährdung (hier: Betretungsrecht als öffentlich-rechtliche Belastung) auferlegen kann, so soll er auch die Schäden ersetzen, die aus der Realisierung dieser Gefährdung entstehen.

Im Falle eines durch den Freizeitverkehr im Walde kausal bedingten Schadens entsteht für den einzelnen Waldbesitzer also ein Schaden, der über die Sozialbindung durch das Betretungsrecht hinausgeht, sich ungleich auf die Gruppe der Waldeigentümer verteilt und die Realisierung durch die staatliche Eigentumsgefährdung des Betretungsrechts darstellt.

Diese Rechtslage beinhaltet per se jeweils die Subsumtion unter die oben ¹⁾ ausgeführten Grundsätze der Rechtsprechung zu enteignenden Eingriffen.

1) S. 32 ff - Enteignungstheorien des BGH und BVerwG

Fazit: Schäden, die der Waldeigentümer durch das Betretungsrecht der Waldgesetzgebung erleidet, sind ihm vom Staat nach Enteignungsgrundsätzen zu erstatten.

Zu c) Öffentlich-rechtliche Gefährdungshaftung

Dieser dritte Weg der Entschädigung der Waldeigentümer ist trotz oder gerade wegen des Ergebnisses zu b) interessant genug, ihn zu verfolgen.

Denn auf dem klagenden Waldeigentümer lastet das Risiko des Prozeßausgangs. Zwar erscheint nach heutiger Rechtsprechung der Ersatz seines Schadens gesichert. Den Verfasser beunruhigt jedoch, daß der Begriff der Enteignung und der Entschädigung nach Enteignungsgrundsätzen sich immer mehr zubewegt auf ein Auffangbecken für Entschädigungsurteile, die sich im Rahmen von Billigkeitserwägungen und "Gerechtigkeitsgefühl" bewegen. Die allein judikative Abwägung zwischen Sozialbindung und Enteignung ist mehr gekennzeichnet von sprachlicher Filigranarbeit als von grundsätzlicher Fallrechtsprechung.¹⁾

Auch die Formulierung, daß bei vom Staat auferlegter Gefährdung der sich daraus realisierende Schaden vom Staat ersetzt werden müsse²⁾, zeigt schon sprachlich die Nähe zur Gefährdungshaftung - auch wenn die Entschädigung nach Enteignungsgrundsätzen erfolgte.

1) vgl. das Unbehagen zu dieser Frage bei Leisner, S. 12
2) vgl. BGHZ 28, S. 313 und oben, S. 124

In der Literatur wird - angeführt von Forsthoff - teilweise eine öffentlich-rechtliche Gefährdungshaftung befürwortet. ¹⁾

Gerade in der Waldgesetzgebung des Landes Baden-Württemberg hat der Gesetzgeber selbst einen Schritt in diese Richtung unternommen durch § 43 LWaldG:

§ 43 LWaldG

- (1) Das Land gewährt den Privatwaldbesitzern bei Waldbrandschäden eine Zuwendung, wenn der Verursacher nicht feststellbar, haftbar oder zahlungsunfähig ist. ²⁾
- (2) Soweit Privatwaldbesitzer die Beseitigung von Abfällen im Auftrag des Beseitigungspflichtigen ³⁾ übernehmen, sind ihnen die entstehenden Aufwendungen von diesem zu ersetzen.

Nach der Entstehungsgeschichte des Gesetzes (der Regierungsentwurf sah nur die Kosten für die Wiederaufforstung vor) soll die Zuwendung über den Kosten der Wiederaufforstung liegen und auch Wertersatz sein. ⁴⁾

1) Forsthoff, S. 332; zum Stand der Diskussion vgl.

Ossenbühl, Staatshaftungsrecht, § 23

2) Unterstreichung vom Verfasser

3) Beseitigungspflichtig ist die öff. Verwaltung (Körperschaften des öffentl. Rechts; Kreisbehörden etc.) gem. §§ 1 und 3 Abfallbeseitigungsgesetz in Verbindung mit den Landesverordnungen

4) Dipper-Ott, § 43 Rdnr. 1

Es soll dadurch ein Ausgleich im Sinne des § 1, Nr. 3 LWaldG zwischen den Belangen der Allgemeinheit (Betretungsrecht) und den Privatwaldbesitzern erfolgen. Nach Dipper-Ott soll der Tatsache Rechnung getragen werden, daß der Gesetzgeber das Betreten des Waldes gestattet.¹⁾

Hier übernimmt das Land das Risiko dafür, daß es bei Privatwaldbesitzern durch das Betretungsrecht zu Schäden kommt. Leider beschränkt sich dieser zu begrüßende Schritt auf Waldbrände und Abfallbeseitigung, so daß für andere Schäden nur der Weg über eine Entschädigung nach Enteignungsgrundsätzen führt.

Aber noch an anderer Stelle läßt das Gesetz Ansätze zu gleichgerichteten Überlegungen erkennen.

In § 39 wird für Waldgebiete, wo das Reiten nur beschränkt auf gekennzeichneten Wegen erlaubt ist, der Ersatz von Schäden an diesen gekennzeichneten Reitwegen vom Land übernommen. Dafür erhebt es von den Reitern eine Abgabe, welche die Kosten für diesen Schadenersatz abdecken soll. Auch hier liegt der Gedanke zugrunde, daß für die Erlaubnis, in diesen Gebieten Reiten zu dürfen, staatlicherseits von allen Reitern eine Abgabe erhoben wird, gleichgültig, ob der einzelne Reiter einen Schaden verursacht hat oder nicht.

1) Dipper-Ott, § 43 Rdnr. 1 f

Von diesen grundsätzlichen Gedanken geleitet sollte das Land auch die Schäden aus dem allgemeinen Betretungsrecht übernehmen. Die Mittel dazu sollten aus dem Steueraufkommen genommen werden, da eine separate "Waldbetretungssteuer" aus vielerlei Gesichtspunkten nicht sinnvoll erscheint. Wenn auch der bisherige Steueretat nicht ausreichen würde, so wären meßbar höhere Steuerbelastungen für den Einzelnen durch Zahlungen aus dem Steuerfond deshalb nicht zu erwarten, jedenfalls erscheint eine geringfügige und angemessene Steuermehrbelastung der Bürger als Ausgleich für die alternative und zugleich erholende "Veranstaltung eines Waldbesuchs" zumutbar. Vom Gesetzeszweck des Ausgleichs zwischen den Belangen der Allgemeinheit und der Waldeigentümer her erscheint es jedenfalls nicht sinnvoll, zwischen einzelnen Schadensarten zu differenzieren oder die Unterscheidung zu treffen, welche Art von Waldbesuchern einen solchen Schaden verursacht hat.

Auch in der Schadenshöhe ist keine Rechtfertigung für eine unterschiedliche Beurteilung zu finden, da eine fortgeworfene Zigarettenkippe einen gleich großen Schaden verursachen kann wie das Herumtrampeln in einer Jungkultur. Der eine Eigentümer bekommt dann ohne Schwierigkeiten den größten Teil seines Schadens ersetzt, während der andere auf einen Prozeß mit allen darinliegenden Risiken verwiesen wird. Wichtig ist nur, daß die Grenze festgehalten wird, wo ein Schaden beginnt, als solcher für den Waldbesitzer zu entstehen.

Da in § 43 LWaldG der erste Schritt zu einer staatlichen Gefährdungshaftung gegangen worden ist, wäre es nur konsequent gewesen, alle Schäden aus dem

allgemeinen Betretungsrecht dadurch abzudecken, indem der Staat - zumindest als primär Haftender - für die Schäden des Waldbesitzers aufkommt, die ursächlich auf den Erholungsverkehr in seinem Wald zurückzuführen sind.

9.4.2 Duldung von Maßnahmen zur Ermöglichung und Verbesserung des Freizeitsports

Die ausdrückliche Ermächtigung der Länder, Vorschriften zu erlassen, wonach die Waldeigentümer zur Duldung solcher Maßnahmen verpflichtet werden können, ergibt sich unmittelbar aus dem BWaldG.

Nach dem Wortlaut des § 13 gilt:

§ 13 Erholungswald

- (1) Wald kann zu Erholungswald erklärt werden, wenn es das Wohl der Allgemeinheit erfordert, Waldflächen für Zwecke der Erholung zu schützen, zu pflegen oder zu gestalten.
- (2) Das Nähere regeln die Länder. Sie können insbesondere Vorschriften erlassen über
 1. die Bewirtschaftung des Waldes nach Art und Umfang;
 2. die Beschränkung der Jagdausübung zum Schutze der Waldbesucher;
 3. die Verpflichtung der Waldbesitzer, den Bau, die Errichtung und die Unterhaltung von Wegen, Bänken, Schutzhütten und ähnlichen Anlagen oder Einrichtungen und

die Beseitigung von störenden Anlagen
oder Einrichtungen zu dulden;

4. das Verhalten der Waldbesucher.

Den Waldbesitzer interessiert es hauptsächlich, welche Auflagen er zu erdulden hat und ob dies gegebenenfalls von ihm entschädigungslos verlangt werden kann.

Was die Duldung von Maßnahmen angeht, so regelt § 13, Abs. 2, Nr. 3 die Befugnis der Länder zum Erlaß dahingehender Vorschriften. Da es nach dem Wortlaut des Gesetzes heißt, die Länder können "insbesondere" Vorschriften erlassen, ist die Aufzählung des Gesetzes nicht abschließend, sondern nur beispielhaft. Es erübrigt sich daher, die aufgezählten Fälle jeweils einzeln zu untersuchen. Es ist zweckdienlicher, grundsätzlich die Frage zu klären, wann und inwieweit der Waldeigentümer solche Maßnahmen entschädigungslos zu dulden hat. Die in § 13 BWaldG aufgeführten Maßnahmen und die Ermächtigung der Länder zum Erlaß von Vorschriften zur Regelung dieses Themenbereiches hängen unmittelbar mit der Erholungsfunktion des Waldes zusammen. Das bedeutet zugleich, daß die Waldeigentümer durch die von den Ländern zu erlassenden Vorschriften nur insoweit in die Pflicht zur Duldung genommen werden können, als dies der Erholung dient. Die zu erduldenen Maßnahmen müssen also immer in direktem Zusammenhang mit der Erholungsfunktion des Waldes stehen. Diese Erholungsfunktion wird hauptsächlich durch die Benutzung des Waldes in Anspruch genommen. Also dienen die Maßnahmen nach § 13 BWaldG auch unmittelbar der Nutzung des Waldes durch die Erholungssuchenden. Diese muß vom Waldeigentümer als Ausprägung der Sozialbindung entschädigungslos hingenommen werden. Soweit die Grenze der Zumutbarkeit nicht überschritten wird und ein einzelner Waldeigentümer nicht unter Verletzung des Gleichheitssatzes

zu besonderen Maßnahmen herangezogen wird und darüber hinaus die Erduldung einer solchen Maßnahme nicht gleichzeitig eine Belastung des Forstbetriebes darstellt, sind auch diese Maßnahmen von den Waldeigentümern entschädigungslos zu erdulden, anderenfalls ist ihnen eine angemessene Entschädigung in Geld zu gewähren. Eine genaue Abwägung ergibt sich erst aus dem Einzelfall.

9.4.3 Aktive - eigene - Maßnahmen der Waldbesitzer zur Förderung des Freizeitsports und des Erholungswertes

Solche Maßnahmen stehen, wie auch diejenigen unter 9.4.2 ¹⁾ behandelten, in direktem Zusammenhang mit der Ausübung des Freizeitsports und müssen unter Enteignungs- und Sozialbindungsgesichtspunkten betrachtet werden. Anders als die unter 9.4.2 dargestellten Maßnahmen, die der Eigentümer tatenlos erdulden muß, handelt es sich hier um ein eigenes, aktives Tätigwerden. Ein solches kann sich aus Ländervorschriften ergeben, die gemäß § 13, Abs. 2 erlassen werden können. Für das Reiten und den Skilauf könnte die Vorschrift des § 13, Abs. 2, Nr. 1 relevant werden, indem Vorschriften erlassen werden über "die Bewirtschaftung des Waldes nach Art und Umfang".

Es kann auf den Waldeigentümer zukommen, daß ihm nach der für ihn zutreffenden Ländervorschrift auferlegt wird, bestimmte Baumsorten zur Steigerung des Erholungswertes seines Waldes anzupflanzen. Nicht notwendigerweise, aber möglicherweise kann es passieren, daß dadurch der Ertrag des Waldes erheblich reduziert wird, oder gar, daß der ohnehin geringe Ertrag ins Negative umkippt. Eine solche Länderregelung würde einen Eingriff in den Gewerbebetrieb des Waldeigentümers darstellen, wenn dieser Betrieb "vorhanden und eingerichtet" ist. Bei einem Forstbetrieb ist

1) s.o. S. 129 ff

hiervon regelmäßig auszugehen. Ein entschädigungspflichtiger Eingriff liegt dann jedenfalls nicht vor, wenn dem Waldeigentümer auferlegt wird, eine bestimmte Baumart nicht zu pflanzen, wenn er sie auch bisher nicht in seinem Forstbetrieb hatte. Denn Erwerbschancen, die lediglich auf die Zukunft gerichtet sind, werden durch den Schutz des Eigentums nach Art. 14 GG nicht geschützt. Dagegen kann ein enteignender Eingriff durchaus vorliegen, wenn eine langjährig gepflegte Anbauart untersagt wird, um den Erholungswert des Waldes durch den Anbau neuer Baumarten zu steigern. Gerade beim Forstbetrieb muß bei der Interessenabwägung zwischen Allgemein- und Individualinteresse berücksichtigt werden, daß der Forstbetrieb heute kaum mehr in der Lage ist, kostendeckend zu produzieren. Dadurch gewinnt auch das Abgrenzungskriterium der "Schwere des Eingriffs" ¹⁾ besondere Bedeutung. Weitere Erkenntnisse werden sich jedoch aus den Einzelfällen und der sich daran anschließenden Rechtsprechung entwickeln.

9.5 Entschädigungsregelung

Voranstehende Untersuchungen haben ergeben, daß die Nutzung des Waldes durch ein Betreten mit Ski ²⁾ oder durch die Freizeitreiterei im Wald ³⁾ durch die Allgemeinheit von den jeweiligen Waldeigentümern geduldet werden muß, ohne daß sie dafür eine Entschädigung erhalten, weil diese Formen der Nutzung unter die Sozialbindung ihres Eigentums fallen (bei Reiten allenfalls auf Straßen und Wegen). Des weiteren wurde festgestellt ⁴⁾, daß der Staat aus Enteignungsgrundsätzen für alle Schäden

1) Theorie des BVerwG, vgl. S. 36

2) 9.3.2, S. 113

3) 9.3.3, S. 114

4) 9.4, S. 119 ff

aufzukommen hat, die ursächlich zurückzuführen sind auf solche Waldnutzungen.

Im Rahmen dieser Untersuchung wurde darauf hingewiesen, daß neben diesen rechtlichen Ergebnissen auch die Rechtsauffassung vertreten wird, daß solche Schäden auch im Wege einer öffentlich-rechtlichen Gefährdungshaftung zu ersetzen sind und nicht allein eine Entschädigung nach Enteignungsgesichtspunkten bei Vorliegen der genannten Voraussetzungen zu erfolgen habe.

Nach beiden Lösungskonstruktionen können weitere Fälle eines enteignenden Eingriffs auftreten, wenn die nach § 13 BWaldG vorgesehenen Länderregelungen die Grenze der Sozialbindung überschreiten, was in jedem Einzelfall zu überprüfen ist.

Nach Art. 14, Abs. 3 GG ¹⁾ darf eine Enteignung nur durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt.

Die Vorschrift, welche den enteignenden Eingriff zum Inhalt hat - ob dies das Gesetz selbst oder die Verwaltungsvorschrift, die aufgrund eines Gesetzes ergeht, ist - muß dem belasteten Eigentümer also aufzeigen, welche Entschädigung ihm nach Art und Ausmaß als Ausgleich für die Beeinträchtigung gewährt wird. Diese Regelung des Art. 14 GG wird als "Junktim-Klausel" bezeichnet.

Es dürfte keine Schwierigkeiten bereiten, die Frage zu beantworten, was unter "Ausmaß" der Entschädigung zu verstehen ist: Hierdurch soll geregelt werden, wieviel der

1) s.o. S. 20

betreffende Eigentümer für die erlittene Beeinträchtigung erhalten soll.

Berechtigter erscheint die Frage, was unter "Art der Entschädigung" zu verstehen ist. Jedenfalls will der Verfassungsgeber damit zum Ausdruck bringen, daß die Vorschrift, aufgrund derer ein enteignender Eingriff stattfindet, gleichzeitig die Frage zu beantworten hat, was der betreffende Eigentümer als Ausgleich für die eigentumsbeschränkende Maßnahme erhalten soll. Dabei wird nach Sach- und Geldentschädigung zu unterscheiden sein. Ein Eigentümer wird also für eine Eigentumsbeschränkung mit Enteignungscharakter entweder einen Sachersatz (Beispiel: Entschädigung in Land) oder eine Entschädigung in Geld erhalten. Beide Entschädigungsarten, die geeignet sind, "Art der Entschädigung" zu regeln, setzen jedoch eine konkrete Bemessungsgrundlage voraus. So muß festgestellt werden, für welche Art der Beeinträchtigung welche Art der Entschädigung und in welcher Höhe zu gewähren ist. Ist dies nicht der Fall, so wird die gesamte Entscheidung den Gerichten vorbehalten, was nicht die Absicht des Verfassungsgebers war. Nach seiner Vorstellung - dies folgt aus dem Wortlaut des Art. 14, Abs. 3 GG - sollte eben gerade die Entschädigung nach Art und Ausmaß, und dazu gehört auch die Möglichkeit der Einstufung, im belastenden Gesetz selbst bereits geregelt werden. ¹⁾

1) Eine vorbildliche Gesetzesregelung nach dieser Vorstellung findet sich im Bundesbaugesetz, wo ein umfangreicher Katalog von Sachverhalten angegeben ist, welcher geeignet ist, dem Eigentümer aufzuzeigen, bei welchen Maßnahmen und Belastungen ihm eine Entschädigung zu gewähren ist.

Die landesgesetzlichen Regelungen, die im Anschluß an das BWaldG erlassen oder in ihrer bisherigen Form belassen wurden, treffen in der Überzahl eine Aussage zu den in ihnen enthaltenen Eigentumsbeschränkungen in der Weise, daß "eine angemessene Entschädigung zu leisten ist, soweit Maßnahmen aufgrund dieses Gesetzes enteignende Wirkung haben". Aus dieser Art der Regelung läßt sich nicht entnehmen, welche Eingriffe zu einer Entschädigung führen müssen und welche nicht.

Es wird nicht verkannt, daß eine solche Aussage, je detaillierter sie getroffen werden soll, überaus schwierig ist. Das bedeutet aber nicht, daß keine Aussage getroffen werden darf, wenn gewisse Grenzbereiche schwierig einzustufen sind. Denn diejenigen Maßnahmen, die sicher dem einen (Sozialbindung) oder aber anderen Bereich (enteignender Eingriff) zuzuordnen sind, müssen vorab geprüft werden, und im Anschluß daran müssen die dem enteignenden Eingriff angehörenden Tatbestände aufgeführt werden. Für die Einstufung in den übrigen, strittigen Bereich bleiben nach wie vor im Falle von Meinungsverschiedenheiten die Gerichte zuständig. Jedenfalls erscheint eine gesetzliche Regelung, wie sie hier aufgezeigt wurde, nicht ausreichend, und es müssen äußerste verfassungsrechtliche Bedenken gegen diese Gesetzesfassung vorgetragen werden.

10. Schlußbetrachtung

Gegenstand dieser Arbeit war die rechtliche und forstwissenschaftliche Untersuchung der Auswirkungen gestiegenen Erholungsbedürfnisses im Wald. Diese erfolgte anhand der Benutzungsformen des Reitens und Skilaufens, der beiden in diesem Zusammenhang meistdiskutierten Sportarten unserer Zeit.

Nach Entwicklung der gesamten rechtlichen Problematik im allgemeinen und Untersuchung der konkreten Themenstellung kann resümierend festgestellt werden:

Durch den Schutz des Eigentums und der dem Eigentum ähnlichen Rechte nach Art. 14 GG kann der Waldeigentümer in zweifacher Hinsicht durch eine eigentumsbeschränkende Maßnahme betroffen sein:

Zum einen in seiner Position als Eigentümer von Grund und Boden, zum anderen als Inhaber des Forstbetriebes, da diese Rechtsposition ebenfalls den Schutz des Art. 14 GG genießt.

Bei der Untersuchung der Frage, ob die Benutzung des Waldes durch die Reiter und Skiläufer vom Grundstückseigentümer entschädigungslos als Ausprägung der Sozialbindung seines Grundstückes und Forstbetriebes hingenommen werden muß, waren zunächst einige Vorfragen zu klären:

Reiter wie Skiläufer sind zwar Vertreter einer beachtlichen Interessengruppe, jedoch ist damit nicht gleichzeitig gesagt, daß sie das "Interesse der Allgemeinheit" repräsentieren, oder auch, daß sie die "Öffentlichkeit" darstellen. Bei der rechtlichen Klassifizierung der einzelnen Sachverhalte kommt man jedoch nicht umhin, eine Subsumierung unter diese Rechtsbegriffe vorzunehmen. Die Begriffe der "Öffentlichkeit" und der "Allgemeinheit" wurden untersucht, anschließend ergab die Subsumtion, daß Reiter wie Skiläufer darunter zu verstehen sind, wobei dies für die Reiter nicht ohne Bedenken festgestellt wurde.

Nach den Formulierungen der Bundes- und Ländergesetze konnte die Frage nicht klar beantwortet werden, ob unter

"Betreten" im Sinne dieser Gesetze auch das Reiten und Skilaufen im Walde zu verstehen sind. Die Untersuchung ergab, daß zwar das Skilaufen als "Betreten" im Gesetzes-sinne angesehen werden kann, nicht jedoch das Reiten. Dieses fällt unter den weiter gefaßten Begriff der "Benutzung", welcher in den Gesetzen eine andere Regelung erfährt als das "Betreten".

Aus den vorliegenden Ergebnissen folgte nach weiterer Untersuchung die Erkenntnis, daß die Benutzung des Waldes durch Skiläufer und Reiter (diese nur auf Straßen und Wegen) von den betroffenen Waldeigentümern entschädigungslos hinzunehmen sind, da diese Benutzungsarten unter die Sozialbindung ihres Eigentums fallen.

Die Auseinandersetzung mit der These, daß das Betretungsrecht "Gemeingebrauch am Wald" sei, ergab, daß diese These nicht haltbar ist. Die Einordnung als öffentlich-rechtliche Belastung des Waldeigentums hat auch weiterhin begründetermaßen ihre Berechtigung.

Die über dieses Ergebnis hinausgehende Frage, wie die Schäden zu behandeln sind, die den Waldeigentümern als Auswirkung der Benutzung ihres Waldes entstehen, fand folgende Beantwortung:

Mit der Verpflichtung für die Waldeigentümer, ihre Wälder zu öffnen für die erholungssuchende Mehrheit schaffte der Gesetzgeber gleichzeitig eine Gefährdungssituation, die zwar noch nicht unmittelbar zu irgendwelchen Schäden führte, die aber den Schaden als Realisierung dieser Gefährdung gewissermaßen bereits in sich trug. Die Regulierung von Schäden, die sich aus derartigen Sachverhaltskonstellationen ergeben, ist noch nicht abschließend und eindeutig gesetzlich geregelt. Daher wurde der derzeitige Diskussionsstand erörtert und im Anschluß daran folgendes Ergebnis herausgestellt:

Grundsätzlich sind die aus der Öffnung des Waldes für die Allgemeinheit entstehenden Schäden dem Eigentümer vom Staat zu ersetzen. Die Entschädigung findet nach Enteignungsgrundsätzen statt.

§ 43 LWaldG stellt einen ersten begrüßenswerten Ansatz zu einer öffentlich-rechtlichen Gefährdungshaftung dar. Für eine saubere dogmatische Einordnung und die Abgrenzung zur Enteignungsentschädigung wäre es wünschenswert, die Gefährdungshaftung nicht auf bestimmte Schadensarten zu begrenzen.

Zur aufgestellten Fragestellung wird zusammenfassend ausgeführt:

Das Betreten des Waldes zu Fuß oder mit Skiern zum Zwecke der Erholung ist jedermann gestattet. Freizeitreiter dürfen den Wald ebenfalls nutzen, jedoch nur auf Straßen und Wegen. Einzelheiten regeln die Länder, Ausnahmen hiervon sind aus wichtigem Grund nach Maßgabe der Gesetze zulässig.

In dieser Form sind die genannten Benutzungsarten von den Waldeigentümern entschädigungslos hinzunehmen. Dies ist eine Ausprägung der Sozialbindung ihres Eigentums.

Alle Schäden, welche die Waldeigentümer in diesem Zusammenhang erleiden, und die ursächlich auf diese Benutzer zurückzuführen sind, sind ihnen vom Staat zu ersetzen.

Anhang

11. Literaturverzeichnis

Anby, Jean-Marie

Die Ersatzleistung für
Schäden durch hoheitliche
Eingriffe im Öffentlichen
Recht, DÖV 1955,
Seite 536 - 538

Badura, Peter

Eigentum im Verfassungs-
recht der Gegenwart,
49. Deutscher Juristen-
tag 1972, Band 2, Teil T

Entschädigung nach Enteig-
nungsgrundsätzen 1971
anhand ausgewählter Ent-
scheidungen des BGH
exemplarisch dargestellt
für den Eigentumsschutz
des Anlieger-Gewerbebetriebs,
Stuttgart-München-Hannover;
Boorberg

Grenzen der Sozialpflichtig-
keit des Waldeigentums, in:
Der Forst- und Holzwirt 1976
Seite 237 - 245

Baur, Fritz

Lehrbuch des Sachenrechts
10. Aufl. 1978
C. H. Beck, München

Beisel, Rolf

Der Einsatz öffentlicher
Mittel und Kapazitätsaus-
lastung bei Wintersport-
Dienstleistungsbetrieben,
insbesondere bei Skiliften,
aus:
Allgemeine Forstzeitschrift
1977, 20 ff

Bender, Bernd

Sozialbindung des Eigen-
tums und Enteignung
NJW 1965, Seite 1297 ff

Staatshaftungsrecht
(Schadenersatz-, Entschädi-
gungs- und Folgenbeseiti-
gungspflichten aus hoheit-
lichem Unrecht), Karls-
ruhe 1971

Haftung der öffentlichen
Hand und Grundrechtsbindung
des Privatrechts
NJW 1975, Seite 1815 ff

Bernhardt, A.

Geschichte des Waldeigen-
tums
Bd, 3, 1875, Seite 122 ff

Bettermann, Karl-August

Rechtsgrund und Rechtsnatur
der Staatshaftung

DÖV 1954, Seite 299 - 305

Zur Lehre vom Folgenbe-
seitigungsanspruch

DÖV 1955, Seite 528 - 536

Brossmann

Zum sachgemäßen Begründen
von Skipisten, aus:

Allgemeine Forstzeitschrift
1977, Seite 31

Burchardi, Friedrich

Die Haftung des Staates
für Zufallschädigungen. Ein
Beitrag zur Diskussion um
die sogenannte "Öffentlich-
rechtliche Gefährdungs-
haftung"

Dissertation Hamburg 1966

Decker, Paul

Das Recht zum Betreten von
Wald und Feld außerhalb der
Wege

Dissertation Köln 1964

Deutsche Reiterliche
Vereinigung e.V. und
Deutsches Olympiade-
Komitee für Reiterei e.V.

Jahresbericht 1976,
Warendorf

Deutscher Sportbund

Sport - Leistung - Gesell-
schaft
Eine zeitkritische Dokumen-
tation des Deutschen Sport-
bundes
1975 München

Deutscher Skiverband

70 Jahre Deutscher Skiver-
band 1905 - 1975

Jahrbuch 1979 - 1980

Schriftenreihe des Deutschen
Skiverbandes

Fachausschuß Freizeit-Sport,
Heft 1

1. Seminar Freizeit-Ski-
sport vom 16. - 23.09.73
in Bormio-Stilfserjoch/Itali

Schriftenreihe des Deutschen
Skiverbandes

Fachausschuß Freizeit-Sport,
Heft 3

2. Seminar Freizeit-Ski-
sport vom 22. - 29.09.74
in Medraz/Österreich

Dipper-Ott

Waldgesetz für Baden-
Württemberg mit den wichtig-
sten Nebenvorschriften
(Loseblattausgabe)
Kohlhammer 1976, Stuttgart

Drescher, W.

Langlauf-Zentren - aber wie?
aus: Allgemeine Forstzeit-
schrift 1977, S. 19

Dreus - Wacke - Vogel

Gefahrenabwehr
8. Aufl.
Köln-Berlin-Bonn 1975-77
München .

Durig, Günther

Der Staat und die vermögens-
werten Berechtigungen seiner
Bürger in: Festschrift für
Willibalt Apelt,
München - Berlin 1958,
Seite 13 - 57

Eigentum als Menschenrecht
Zeitung gesammelter Staats-
wissenschaften
Ed. 109

Grundfragen des Öffentlich-
rechtlichen Entschädigungs-
systems
JZ 1955, Seite 521 - 525

- Ebersbach, H. Eigentumsbeschränkungen im Hinblick auf die Sozialfunktion des Waldes in: Agrarrecht 2, 1972, Seite 129
- Ebert, Arnold Der Wald und seine Sozialbindung in Nordrhein-Westfalen, aus: Allgemeine Forstzeitschrift Nr. 27, 1975
- Eggerling, Angelika Mobilmachung gegen die "Wilden Reiter" aus: "Unser Wald" Nr. 3, 1975
- Ernst, Werner Bodeneigentum und Bodenrecht Agrarrecht 1972, Seite 97
- Findler Zum Wandel der Auffassung vom Eigentum
- Forsthoff, Ernst Zur Lage des verfassungsrechtlichen Eigentumsschutzes Festschrift für Maünz, 1971
- Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 1. Band, Allg. Teil Ch. Beck, München, 1973

Franke, Franz-Joseph

Der Folgenentschädigungs-
anspruch, Folgenbeseitigung
durch Entschädigung,
Verwaltungsarchiv 57 (1966)
Seite 357 - 376

Friedlein-Weidinger

Bayerisches Naturschutzgesetz
Taschenkommentar München 1973

Gaede

Enteignung, enteignungs-
gleicher Eingriff und
Härteausgleich, IV Rechts-
und Gesetzesfragen, aus:
"Der bayrische Waldbesitzer"
Nr. 6, 1975

Gelzer, Konrad

Der Umfang des Entschädi-
gungsanspruchs aus Enteig-
nung und enteignungsgleichem
Eingriff;
NJW-Schriftenreihe Heft 2,
München 1969

Gueng, Urs

Die allgemeinen rechts-
staatlichen Entschädigungs-
pflichten
Karlsruhe 1955

Haas, Diether

Eigentum und Enteignung,
MDR 1951, Seite 650 - 653

Hachenberg, Fr.

Forstpolitische Ziel-
setzungen des Bundeswald-
gesetzes und Auswirkungen
auf das Landesforstgesetz
von Rheinland-Pfalz, in:
Der Deutsche Forstmann 1976,
Seite 3 ff

Hasel, K.

Erholung und Waldbetretens-
recht in der neueren Forst-
gesetzgebung, in:
Der Forst- und Holzwirt
1972, Seite 265

Gedanken zum Bundeswald-
gesetz, in:
Recht der Landwirtschaft
1975, Seite 197

Zur Geschichte des Waldbe-
sitzes in Deutschland, in:
Wirtschaftliche und sozial
Strukturen im sekularen
Wandel
Festschrift für Wilhelm Abel
zum 70. Geburtstag,
Bd. 1/1974

Hedemann, J. W.

Das Eigentum im Wandel
DNotZ 1952, Seite 6 ff

Hesse, Konrad

Grundzüge des Verfassungs-
rechts der Bundesrepublik
Deutschland; 11. Aufl. 1978
C.F. Müller, Karlsruhe 1967

- Hockenjos, Wolf 5 Jahre Schwarzwälder Löipen
ein Erfahrungsbericht, aus:
Allgemeine Forstzeitschrift
1977, Seite 15
- Hornsmann Ein trächtiges Gesetz, das
Waldgesetz für Bayern, aus:
Unser Wald Nr. 1, 1975
- Ipsen Das Bundesverfassungsgericht
und das Privateigentum,
AÖR Bd. 91
- Kemmler, Jürgen Wer treibt Wintersport?
aus: Allgemeine Forstzeit-
schrift 1977, Seite 28
- Keul, Josef Medizinische Aspekte bei der
Gestaltung von Skilanglauf-
Loipen, aus: Allgemeine
Forstzeitschrift 1977,
Seite 18 ff
- Kimminich, Otto Bonner Kommentar
Loseblattsammlung
Hansischer Gildeverlag
Heitmann, Hamburg 1976

Kimminich, Otto

Eigentum, Enteignung, Entschädigung
Kommentierung des Art. 14 GG
Sonderausgabe aus dem Bonner
Kommentar,
Hansischer Gildeverlag
Heitmann, Hamburg 1976

Die öffentlich-rechtlichen
Entschädigungspflichten,
JUS 69, Seite 349 ff

Kind, Christian

Haftung des Staates für
eingriffslose Schädigungen
Dissertation Bonn 1969

Kirchmair, Werner

Gedanken über die Planung
von Skigebieten, in:
AFZ 1977, Seite 308 f

Knoll

Eingriffe in das Eigentum
im Zuge der Umgestaltung
gesellschaftlicher Verhältnisse,
AÖR Bd. 79 und Bd. 81

Konow, Karl-Otto

Eigentumsschutz gegen Eingriffe
der öffentlichen Hand
Erich Schmidt Verlag
1968 Berlin

Krause, K. P.

Grüner Wald in roten Zahlen,
die unnötigen Verluste im
Staatsforst, in: FAZ vom
3. 4. 1976

Kröner, Herbert

Die Eigentumsgarantie in
der Rechtsprechung des
Bundesgerichtshofes
2. Aufl. Köln-Berlin-
München-Bonn 1969
Verlag Heymanns

Kroeschell, Karl

Landwirtschaftsrechtl.
Akademia juris
Lehrbücher der Rechtswissen-
schaft
2. teilweise neu bearb. Aufl.
Heymanns Verlag, 1966 Köln

Kroth, W.

Beitrag der Forstwirtschaft
zur Infrastruktur, in:
Der Forst- und Holzwirt
1976, Seite 433 ff

Krüger

Die Bestimmung des Eigentum-
inhalts
Hamburger Festschrift für
F. Schack, 1966, Seite 71-84

Kuckein, J. D.

Die Eigentumsordnung in der
Bundesrepublik Deutschland
unter besonderer Berück-
sichtigung des Wesens des
Eigentums
Würzburger Rechtswissen-
schaften, Dissertation vom
21. 12. 1973

Lauterwasser, Erwin

Überlegungen zur Anlage von
Abfahrtspisten im Wald, aus:
Allgemeine Forstzeitschrift
Jan. 1977

Leibholz/Rinck

Kommentar zum Grundgesetz
5. Aufl. 1975, Köln
Otto Schmidt Verlag

Leisner, Walter

Das Eigentums-Syndikat, in:
DVBl 1976, Seite 125

Leisner

Eigentum als Schranke der
Waldgesetzgebung, AFZ 1977,
Sonderdruck

Gefährdungshaftung im Öffent-
lichen Recht?
VVDStRL 20 (1963),
Seite 185 - 245

Leisner, Walter

Sozialbindung des Eigentums
nach öffentlichem und
privatem Recht
NJW 75, Seite 233

Sozialbindung des Eigentums,
Schriften zum öffentlichen
Recht
Bd. 196, Verlag Duncker &
Hornblot, Berlin

Lessmann, Dietrich

"Betreten" über das Betreten
des Waldes, aus:
"Unser Wald" Nr. 3, 1975

Luhmann, Niklas

Öffentlich-rechtliche Ent-
schädigung rechtspolitisch
betrachtet
Berlin 1965

Zweckbegriff und System-
rationalität
Tübingen 1968

Mantel, Kurt

Die sozialen und wirtschaft-
lichen Auswirkungen der
Walderholungsfunktion und
ihre Behandlung in der Forst-
politik, in: FHW 1966, S. 339

Forstliche Rechtslehre 1964
Verlag Neumann - Neudamm,
Melsungen

Mantel, Kurt

Wald, Forstwirtschaft und
Landschaftsrecht, in:
Der Forst- und Holzwirt
1972, Seite 417

Maunz-Dürig-Herzog

Loseblatt-Kommentar zum GG
Beck-Verlag, München 1977

Maunz, Theodor

Die Enteignung im Wandel
der Staatsauffassung,
Freiburger Universitäts-
reden, Heft 21, 1936

Bodenrecht vor den Schranken
des GG
DÖV

Staatslehre/Verfassungs-
geschichte
Verlag C. F. Müller,
Karlsruhe 1975

Mayer, Franz

Der Gemeingebrauch
JUS 63, Seite 205 ff

Mayer, G.

Die Kosten der Maßnahmen zur
Erfüllung der Erholungs- und
Schutzfunktion der Waldungen
in Baden-Württemberg
Methodik und Ergebnisse einer
Untersuchung über das Forst-
wirtschaftsjahr 1971, Mit-
teilungen der forstlichen
Versuchs- und Forschungsan-
stalt, Heft 71, Nov. 1975

Nicolavsen, Gert

in: Hamburger Festschrift
für F. Schack
1966, Seite 107

Nießlein, Erwin

Arbeitspapier zum Forst-
gesetz-Seminar am 29.04.76
in Freiburg

Die Sozialbindung als forst-
politische Bestimmungsgröße,
AFZ 1975, Seite 837

Die Sozialbindung als
politische Bestimmungsgröße,
Vorlesungsmanuskript Uni-
versität Freiburg 1976

Waldeigentum und Gesellschaft
Parey-Verlag Hamburg 1979

Der Bayrische Verfassungs-
gerichtshof zur Reiterfrage,
in: FHW 1975, Seite 339

Was ist ordnungsgemäße Forst-
wirtschaft?

in: Der Forst- und Holzwirt
1977, Seite 37 ff

Opaschowski, Horst

Leitlinien für die Standortbestimmung der Freizeitpädagogik und des Freizeitsportes, Schriftenreihe des Deutschen Skiverbands, Fachausschuß Freizeitsport, Heft 1 zum 1. Seminar Freizeit-Skisport vom Sept. 1973 in Bormio/Italien; München 1973

Freizeitpädagogik in der Leistungsgesellschaft, 2., neu bearb. u. erweiterte Aufl., Klinkhardt-Verlag, 1973 Bad. Heilbrunn

Ortlieb, Samuel

Vorteilsanrechnung bei Bemessung der öffentlich-rechtlichen Entschädigung
Dissertation Zürich 1926

Ossenbühl, Fritz

Staatshaftungsrecht
2. Aufl. 1978
C. H. Beck, München

Ott, Wilfried

Der Privatwald im baden-württembergischen Landeswaldgesetz, in:
Der Forst- und Holzwirt
1976, Seite 337 ff

Renner, Klaus

Freizeit und Skisport aus
gesellschaftlicher Sicht
Schriftreihe des Deutschen
Skiverbandes, Fachausschuß
Freizeit-Sport, Heft 1,
1. Seminar Freizeit-Ski-
sport Sept. 1973,
Bormio/Italien

Riedel, Jürgen

Öffentlich-rechtliche
Gefährdungshaftung
Dissertation Erlangen-Nürnberg 1966

Rinck, Gerd

Gefährdungshaftung
Göttinger rechtswissenschaft-
liche Studien, Bd. 29,
Schwartz-Verlag, Göttingen
1959

Rüfner, Wolfgang

Öffentliches Recht I
Allg. Verwaltungsrecht
Wiederholungs- und Vertie-
fungskurs in den Kerngebieten
des Rechts, Bd. 9, 3. Aufl.
Melzner-Verlag, Frankfurt
1979

Schack, Friedrich

Die Enteignungstheorie des
Bundesverwaltungsgerichts
NJW 1963, Seite 750 - 752

Gefährdungshaftung auf dem
Gebiet des deutschen öffent-
lichen Rechts

DÖV 1961, Seite 728 - 734

Öffentlich-rechtliche Ent-
schädigung und Schadenersatz
BB, Seite 1259 - 1266

Schlegelberger, Franz

Das Recht der Gegenwart
Bd. 1, Loseblattausgabe,
Verlag Vahlen, 5. Aufl.
1974 München

Schröder, Hubertus

Die Länder müssen Entschädi-
gungsregelungen treffen, die
das Eigentum schützen und
die Forstwirtschaft fördern,
aus: Allgemeine Forstzeit-
schrift Nr. 14, 1976, S. 275 f

Rechtsprobleme privater Wege
der Waldeigentümer, in:
Der Forst- und Holzwirt
1976, Seite 320 ff

- Schulte, Hans
Eigentum und öffentliches
Interesse
Habilitationsschrift
Verlag Duncker & Humblot
Berlin 1970
- Sellmann, M.
Sozialbindung des Eigentums
und Enteignung
NJW 1965, Seite 1689 (1692)
- Steinbach, Manfred
Sport macht Spaß
in Sport - Leistung - Ge-
sellschaft, eine zeit-
kritische Dokumentation
des Deutschen Sportbundes,
herausgegeben vom Deutschen
Sportbund in Verbindung mit
dem Nationalen Olympischen
Komitee für Deutschland und
der Stiftung Deutsche Sport-
hilfe; Verlag Prosport
München 1975
- Still, Heinz
Erholung, Jagd und Fischerei
in Naturschutzgebieten, in:
Forstliche Mitteilungen 16/76,
Seite 303 ff

Speidel, Gerhard

Wirtschaftliche Grenzen der Sozialpflichtigkeit des Waldeigentums, Vortrag anlässlich der Tagung des Deutschen Forstvereins in Freiburg-Breisgau vom 13. - 17. 9. 1976 in: Der Forst- und Holzwirt 1976, Seite 429 ff

Stach, Peter

Skilifte und Erholungslandschaft aus der Sicht des Naturschutzes, aus: Allgemeine Forstzeitschrift 1977, Seite 22 ff

Stein, Ekkehart

Lehrbuch des Staatsrechts
6. Aufl. 1978, Tübingen

Zur Wandlung des Eigentumbegriffs
Festschrift Gebhard Müller,
1970

Tesmer, G.

Der freie Zugang (betreten, fahren, reiten) zum Wald nach dem Bundeswaldgesetz, in: Der Forst- und Holzwirt 1976, Seite 177 ff

- | | |
|--------------------------|--|
| Trenkner, Hubert | Freiburger Impressionen
Tagung des deutschen Forst-
vereins vom 13. - 17.09.76 |
| Verbeek, Albrecht | Förderung des Skilanglaufs
im Südschwarzwald durch die
Landesforstverwaltung, aus:
Allgemeine Forstzeitschrift
1977, Seite 11 |
| Volüpke, Hans-Burghard | Grundeigentum und Land-
schaftspflege
Kurzbeitrag in Agrarrecht
1976, Seite 166 f anlässlich
der Frühjahrstagung der
Deutschen Gesellschaft für
Agrar-Recht, München am
13./14. 5. 1976 |
| Von Böselager, Ph. Frhr. | Ohne Leistungsfähigkeit keine
Sozialbindung
AFZ 1975, Seite 827 |
| Von dem Knesebeck, B. | Reiten und Reiter im Wald |
| Von Krauss, Rupprecht | Der Grundsatz der Verhältnis-
mäßigkeit
Hamburger Abhandlungen aus
dem Seminar für öffentliches
Recht
Hamburg 1955 |

- Von Mangoldt-Klein Das Bonner Grundgesetz,
Kommentar, 2. Aufl., Verlag
Vahlen, Berlin/Frankfurt,
1966 - 1974
- Von Nell-Breunig, Oswald Leitsätze über Eigentum und
Bodenrecht aus: Eigentum
und Bodenrecht, Münchner
Akademieschriften, Bd. 58,
herausgegeben von Franz
Henrich und Walter Kerber,
Kösel-Verlag München
- Von Schalburg, Robert Die Einschränkung des Grund-
eigentums in den Forstge-
setzen und Landschaftsschutz-
gesetzen des Bundes und der
Länder
NJW 78, Seite 303 ff
- Weber, H. Einstellungen und Verhaltens-
weisen von Waldbesuchern im
Mittleren Neckarraum, in:
Der Forst- und Holzwirt 1976,
Seite 356 ff
- Über den Schlußvortrag
49. DJT von P. Badura,
JZ 72, Seite 760

Weber, Werner

Eigentum und Enteignung
aus: Neumann-Nipperdey-
Scheuner
Die Grundrechte, Band II,
Handbuch der Theorie und
Praxis der Grundrechte,
Verlag Duncker & Humblot,
Berlin 1954

Weiß, Peter-Hubertus

Unfallhaftung auf Loipen
aus: Allgemeine Forstzeit-
schrift 1977, Seite 24 f

Weismann, Alfred

Bundeswaldgesetz nach An-
rufung des Vermittlungs-
ausschusses endgültig be-
schlossen, aus:
"Unser Wald" Nr. 2, 1975

Werthenbruch, Wilh.

Eigentum aus verfassungs-
rechtlicher Sicht, aus:
Eigentum und Bodenrecht,
Münchener Akademieschriften,
Bd. 58, herausgegeben von
Franz Henrich und Walter
Kerber, Seite 49 ff

Wohlfahrt, E.

Zur Freiburger Tagung des
Deutschen Forstvereins
in: Der Forst- und Holzwirt
1976, Seite 437 ff

Wolff-Bachof

Verwaltungsrecht I
9. Aufl. 1974, C. F. Beck,
München

Wolff-Raiser

Lehrbuch des BGB, Bd. 3
Sachenrecht
Marburg-Tübingen, 1957,
10. Bearbeitung

Zeitler, Gerhard

Waldgesetze und Sozial-
bindung des Eigentums,
Vortrag anlässlich der Mit-
gliederversammlung der
Forstkammer Baden-Württem-
berg e.V. am 19.03.76 in
Offenburg, Waldwirt 1976,
Seite 55

Zerle, A.

Das Waldgesetz für Bayern
- nach der Verabschiedung
des Bundeswaldgesetzes, aus:
Allgemeine Forstzeitung
Nr. 6, 1976
Stellungnahme vom 03.12.75
an die Mitglieder des Land-
wirtschaft- und Ernährungs-
ausschusses sowie des Finanz-
ausschusses im Landtag von
Baden-Württemberg: Stellung-
nahme zum Landeswaldgesetz
aus: Forstliche Mitteilungen
Nr. 8, 1976

Zerle, A.

zu: Entschädigungsregelungen
aus: Allgemeine Forstzeit-
schrift Nr. 15, April 1976

Zundel, R.

Aspekte der Landschaftspflege
und des Naturschutzes aus
forstrechtlicher Sicht, in:
Der Forst- und Holzwirt
1976, Seite 202 ff

12. Lebenslauf

Am 15. Dezember 1946 wurde ich als Sohn des Diplomingenieurs Friedrich Brucker und seiner Ehefrau Annemarie, geborene Riemann, in Welzheim geboren.

Von 1953 bis 1955 besuchte ich die Grundschule in Stuttgart. Von dort wechselte ich umzugsbedingt über in die Spitalschule nach Leonberg. Von 1957 bis 1966 besuchte ich das Albert-Schweitzer-Gymnasium in Leonberg, wo ich die Reifeprüfung ablegte.

Im Mai 1966 begann ich mein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität in Tübingen. Zum Wintersemester 1967/68 wechselte ich über an die Universität in Freiburg, wo ich am 13. Dezember 1972 das erste juristische Staatsexamen bestand.

Im Frühjahr 1973 begann ich im Regierungsbezirk Freiburg meine zweijährige Ausbildungszeit als Rechtsreferendar, die ich 1975 mit dem zweiten juristischen Staatsexamen abschloß.

Beim Justizministerium in Stuttgart beantragte ich anschließend die Zulassung als Rechtsanwalt, die mir im September 1975 erteilt wurde. Von diesem Zeitpunkt an begann ich meine Tätigkeit in meiner neu aufgebauten Rechtsanwaltskanzlei in Kirchzarten bei Freiburg. Gleichzeitig arbeitete ich von 1975 bis 1977 am Institut für Forstpolitik und Raumordnung der Universität Freiburg unter der Leitung von Herrn Professor Dr. Ing. Erwin Nießlein an einer Forschungsarbeit im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Ebenfalls im September 1975 begann ich mit der vorliegenden Dissertation.

Seit 1. Januar 1978 bin ich bei den Vereinigten Bau-
beschlagfabriken Gretsche & Co. GmbH (GEZE) als Assistent
des Sprechers der Geschäftsleitung beschäftigt.

